

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschäßch behördlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark., für Selbst- abholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Postgebühren. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postkassentkonto Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion:** Leipzig, Lauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**  
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig.**  
Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

**Anzeigenpreis:** Die 10gepalt. Kolonelle 35 Wfg., bei Wapportchrift 40 Wfg. Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Wfg. Familienanzeigen von Privaten die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachsch. Kellameisele 2 Wfg. Inserate u. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Wfg. bei Wapportchr. 50 Wfg. Kellameisele 2.25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die Wahlstrategie der Gegner

### Das Ende des Bürgerblocks

Wahltermin 13. Mai?

Berlin, 15. Februar.

Der Bürgerblock ist tot. Er war die Klassenvertretung der deutschen Großbourgeoisie. Er ist gescheitert an der Wahlstrategie der Volkspartei, in der die Interessen des Industriekapitals am stärksten vertreten sind. Herr Dr. Scholz, der Fraktionsführer der Streikmannpartei, hatte mit seinen Neben, die er 1926 in Insterburg und Königsberg vom Stapel ließ, dem Bürgerblock die Fronten abgesteckt, und Herr Scholz sang auch dem Bürgerblock sein Totenlied.

In seinen Wirtschaftsorganisationen ist das Kapital zu einheitlichem Handeln zusammengeschlossen, aber der wirtschaftliche Block des Finanzkapitals vermochte politisch die Parteien des Bürgertums nicht zusammenzuhalten. Er scheiterte an einer Frage der Kulturpolitik, und mit ihrem notdürftig aufpolierten nationalliberalen Kulturfirmenschild versuchen die Volksparteiler die Massen der Wähler einzufangen. Durch den Zerfall des Bürgerblocks treten die sozialpolitischen Gesichtspunkte bei den Wahlen in den Vordergrund. Weiße Schichten der proletarischen Wählerkreise, vor allem aber der Mittelschichten, werden dadurch von dem eigentlichen sozialen Kern des Kampfes abgelenkt, und insofern haben sich Zentrum und Volkspartei gegenseitig geschickt in die Hände gespielt. Es ist daher eine der Hauptaufgaben, die der Sozialdemokratie erwachsen dürften, die sozialen Quellen des Elends und der Not um so entschiedener aufzudecken.

Zweifellos befindet sich die Volkspartei in einer nicht unangünstigen Situation. Sie hat sich aus der Umklammerung losgerissen, in die sie im Bürgerblock unter dem Zwang der Verhältnisse gekommen war. Charakteristisch aber ist das Verhalten der Zentrumspartei. Als im März 1927 das Arbeitszeitgesetz zur Verabschiedung kam, da trat ausgerechnet Herr Stegerwald, der christliche Gewerkschaftsführer, auf die Tribüne des Parlaments und schilberte in beweglichen Worten, daß die wenigen Konzeptionen, die die Vertretung des Großkapitals, die Volkspartei, zugestanden habe, alles sei, was in langen Verhandlungen vermocht herausgeholt zu werden. Damals war es die Sozialdemokratie, die auf die unhaltbaren Ergebnisse verwies, mit denen sich die christlichen Gewerkschaftsführer zu begnügen strebten.

Das Arbeitszeitproblem ist die wichtigste Kulturfrage für das Proletariat, und kein Zentrumsmann gedachte auch nur, in Hinsicht auf die Erledigung dieses Gesetzes, an die Volkspartei die Kabinettsfrage zu stellen. Damals begnügte man sich mit den wenigen Brocken, die Herrn Stegerwald gewährt worden waren. Am der Verfinsternung der Schulen aber, im Kampfe um die Vernebelung der Köpfe der Jugend, da kommt das Kapital in Gefahr. Da besteht das Zentrum auf dem Scheine der Richtlinien des Bürgerblocks, weil man gleichzeitig auch glaubt, auf diesem Wege den sozialen Gärungsprozess unter den katholischen Arbeitern abzudämmen, um so mit verfälschter Rechnung Geschäfte zu machen. Darin kennzeichnet sich der „soziale“ Charakter der Zentrumspartei, von dem in ihren Resolutionen so reichlich geschrieben wird.

Damit enthüllt sich gleichzeitig auch das eigentliche Wesen des Zentrums. Die Einseitigkeit der kapitalistischen Interessen im Klassenkampfe des Proletariats besteht fort. Der Streit um die Beherrschung der Schule führt nur zum Kampfe mit verteilten Rollen.

In der kurzen interfraktionellen Sitzung am Mittwochvormittag blieb nur noch übrig, das Ende des Bürgerblocks auch offiziell festzustellen, nachdem alle Kompromißvorschläge, trotz des Bierabends bei Hindenburg, gescheitert waren. Damit trat die entscheidende Frage in den Vordergrund: Der Wahltermin. Hindenburg hatte in seinem Briefe das Arbeitspensum scharf umrissen, das der Reichstag vor den Wahlen noch erledigen soll. Im Grunde waren die Blockparteien mit diesen Vorschlägen durchaus einverstanden. Nur das Zentrum blieb bei dem Vorbehalt, daß das Schulgesetz unbedingt erledigt werde. Die Deutschnationalen hofften dabei, die Wahlen bis zum Herbst hinauszuschieben, um bis zum äußersten Termin an der Herrschaft zu verbleiben, und um die bevorstehende Wahlniederlage möglichst lange Zeit hinauszuschieben.

Nachdem aber diese Absichten gescheitert waren, traten sie, wie schon angedeutet, für die sofortige Auflösung des Reichstages ein. Der Etat sollte durch eine Notlösung verabschiedet werden, während die Mehrheit der Parteien eine ordnungsgemäße Verabschiedung bei kontingentierter Redezeit als das zweckmäßigste erachteten.

Darum gingen die Verhandlungen, die im Anschluß an die kurze interfraktionelle Sitzung geführt worden sind. Die Auflösung stand durch den Zerfall der Koalition positiv fest, und

nun ist Ende März als der äußerste Termin für die Auflösung des Reichstages vorgegeben. Die Wahlen werden für Sonntag, den 13. Mai, geplant. Dies alles für den Fall, daß sich bis zum Ablauf des März keine weitere Panne mehr ergeben wird. Und dazu dürften sich mancherlei Möglichkeiten bieten, denn der Bürgerblock wurde in aller Form aufgelündigt, aber die Trümmer des Blockes regieren fort. Die Deutschnationalen hatten sich während der letzten Wochen so artig und folgsam eingereiht, daß mit einigen Seitensprünge sicher zu rechnen ist. Allerdings wird ihr Betätigungsvorhang etwas gehemmt, da sie die geplanten landwirtschaftlichen Kredite nicht gefährden dürfen. Diese werden in einem Nachtragset für 1923 dem Reichstage vorgelegt, und damit werden die Unentwegten einigermaßen im Zaume gehalten.

Jedenfalls ist nunmehr freie Bahn. Der Bürgerblock ist tot. Damit ist auch der Reichstag dem Ende nahe. Die Abrechnung der Wähler steht bevor. In Kampfbereitschaft! Das ist die Lösung.

### Die Sozialdemokratie soll mithelfen

Amtlich wird mitgeteilt: In der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Vizelanzlers Herzog mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums, der Deutschen und

der Bayerischen Volkspartei abgehaltenen Besprechung wurde die Stellungnahme des Kabinetts zu den augenblicklich schwebenden innerpolitischen Fragen mitgeteilt.

Es herrschte völlige Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Durchführung eines Arbeitsprogramms, das den Haushalt für 1928, den Nachtragset für 1927 und wichtige damit im Zusammenhang stehende Fragen zum Gegenstand haben soll. Die Einzelheiten dieses Arbeitsprogramms sollen noch in dieser Woche festgelegt werden. Die Reichsregierung nimmt wegen der geschäftlichen Verhandlung auch mit den übrigen Parteien alsbald Fühlung.

SPD Im Laufe des Mittwochabends hat die Reichsregierung entsprechend dem Wunsche der Regierungsparteien mit den Sozialdemokraten und den Demokraten wegen der Aufstellung eines Arbeitsprogramms Fühlung genommen. Beide Parteien haben sich bereit erklärt, einem solchen Arbeitsprogramm zuzustimmen. Die Reichsregierung wird nun ein Arbeitsprogramm aufstellen, über das sie am Freitag die endgültige Entscheidung der Parteien erwartet.

### Die Wahlen in Preußen

Wie der Soz. Pressedienst mitteilt, werden die preussischen Wahlen im Mai mit den Reichstagswahlen stattfinden. Zwischen den preussischen Koalitionsparteien ist bereits eine entsprechende Übereinstimmung erzielt worden.

## Der Bürgerblock schückt die Betrüger

### Auch in Frankreich!

SPD Paris, 15. Februar.

Die französische Sozialistische Partei führt seit Jahren einen schweren Kampf gegen die Betrügereien, die bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete begangen wurden. Der Abg. Ingheles hatte schon 1924 in der Kammer nachgewiesen, daß der französische Staat durch Zuerkennung von ungerichteten Schadenersatzsummen um Milliarden geschädigt worden ist und eine Nachprüfung der schwindelhaften Verfahren gefordert. Unter dem Eindruck dieser Enthüllungen hat selbst die Regierung des Bloc-national der öffentlichen Meinung weichen müssen. Knapp vor den Wahlen des Jahres 1924 kam ein Gesetz über die Revision jener

Kriegsschadenersatzverfahren, in denen mehr als 500 000 Franken Schadenersatz zuerkannt worden waren, zustande. Schon in den ersten Wochen nach dem Inkrafttreten des Gesetzes wurden nicht weniger als 2251 Strafersuchen eingeleitet. Davon sind bisher 422 erledigt worden, wodurch dem französischen Staat 101 Millionen Franken zurückerstattet wurden.

Am Mittwoch hat nun die französische Regierung versucht, das Gesetz durch eine eben in der Kammer zur Verhandlung stehende Novelle derart abzuschwächen, daß es jeden praktischen Wert verlieren würde. Für die sozialistische Fraktion protestierte Abg. Udry gegen den Versuch, die Betrügereien zu vertuschen und ihre Nutznießer ungeschoren zu lassen. Der sozialistische Abg. Lafont wies auf einen Fall hin, in dem ein Schaden von 900 000 Franken mit 10 Millionen Franken vergütet worden ist. Nichtsdestoweniger wurden alle Anträge auf Rückverweisung des Revisionsentwurfs an die Kommission mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Parteien des Nationalen Blocks wolle den Kriegsschadenersatzkanal aus wahlpolitischen Gründen endgültig niederschlagen.

### Hindenburg hat befohlen!



Gemeinsames Spiel zur Täuschung der Wähler

### Asquith gestorben

11 Berlin, 15. Februar.

Wie hier verlautet, ist der frühere englische Ministerpräsident Lord Oxford and Asquith heute um 8 Uhr gestorben.

Eine L.A.-Meldung aus London besagt: Ueber den Tod Lord Oxford and Asquith meldet der amtliche englische Funkspruch, daß das Ableben des greisen englischen Staatsmannes heute morgen um 10 Minuten vor 7 Uhr auf seinem Wohnsitz in Berkshire erfolgte. Alle Mitglieder seiner Familie waren bei seinem Tode anwesend.

Der Verstorbene wurde bereits im Jahre 1886 mit 34 Jahren zum Abgeordneten des Unterhauses gewählt. Im Jahre 1890 wurde er zum erstenmal Mitglied einer liberalen Regierung. Seitdem gehörte er fast jedem liberalen Kabinett an, 1902 bis 1905 als Schatzkanzler und endlich 1908 als Ministerpräsident. Aber schon zu dieser Zeit war der Stern des Liberalismus bereits im Sinken, während die Sonne der Arbeiterpartei immer schneller und gewaltiger aufstieg. Nur mit Hilfe der irischen Stimmen konnte die spätere Regierung Asquith leben. Anfang 1916 mußte Asquith nach achtjähriger Präsidentschaft zurücktreten, um Lloyd George Platz zu machen. Der ein Koalitionskabinett mit den Konservativen bildete, an dessen Spitze er bis zum Sommer 1922 blieb. Seitdem ist Asquith nicht mehr Minister gewesen. Sein berechtigter Groll gegen Lloyd George führte sogar zu einer jahrelangen Spaltung zwischen den „echten“ Liberalen, deren Führer er war, und den Koalitionliberalen unter der Leitung von Lloyd George. Erst kurz vor den Wahlen vom Dezember 1923 wurde zwischen den beiden Rivalen Burgfrieden geschlossen.



# Neuorientierung der lettischen Außenpolitik?

Von M. Smig-Benario.

Der neue lettische Außenminister A. Balodis empfing in diesen Tagen die Vertreter der ausländischen Presse, vor denen er das Programm seiner Außenpolitik ausführte. Er erklärte zwar eingangs, daß er den inneren Zusammenhang und die Kontinuität wahren werde, aber es scheint doch, daß man diesen Worten nur eine formale Bedeutung beimessen kann; denn aus der Rede des Herrn Balodis geht offensichtlich hervor, daß Lettland in seiner Außenpolitik neue Wege zu gehen beabsichtigt. Um das Programm des neuen Außenministers richtig würdigen zu können, sei auf die Grundprinzipien der bisherigen lettischen Außenpolitik hingewiesen.

Die kürzlich zurückgetretene sozialdemokratische Regierung Stujeneck, die Ende 1920 zur Macht gelangte, hatte durch ihren Außenminister Zeelens eine Politik betrieben, die auf Anbahnung enger freundschaftlicher Beziehungen politischer und wirtschaftlicher Natur mit dem großen Nachbar im Osten, mit der Sowjetunion hinauszielte. Nach Ansicht des Ministers Zeelens war eine solche Politik schon allein durch die geographische Lage Lettlands gegeben; er lehnte deshalb die Einbeziehung Lettlands in die englische Entrentungspolitik ab, weil er sich sagte, daß eine solche Politik für die künftige Entwicklung Lettlands mit großen Gefahren verbunden sein würde. Von dem Prinzip des Ausbaus freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland ausgehend, hat auch Zeelens am 1. März 1927 mit der Sowjetunion einen Garantievertrag abgeschlossen, wobei jedoch einige Punkte, die die Beziehungen Lettlands zum Völkerbund und zur Sowjetunion regeln sollten, nicht paraphrasiert wurden. Im weiteren Verlauf ihrer Politik hatte die Regierung Stujeneck im November vorigen Jahres den so viel umstrittenen Handelsvertrag mit Rußland unterzeichnet. Trotzdem das lettische Parlament mit 52 gegen 45 Stimmen den Handelsvertrag mit der Sowjetunion ratifiziert hatte, herrschte in maßgebenden Kreisen in Lettland über diesen Vertrag die größte Unzufriedenheit und der eigentliche Grund für den Rücktritt der Regierung Stujeneck bildete auch dieser Handelsvertrag; formell ist sie allerdings nicht deswegen zurückgetreten.

Der neue Außenminister Lettlands, Balodis, will, wie es scheint, sich die Grundzüge der Außenpolitik der zurückgetretenen Regierung nicht zu eigen machen. Er erklärte bei dem Empfang der ausländischen Presse, daß seine Politik vor allem danach bestrebt sein wird, freundschaftliche Beziehungen zu denjenigen Staaten anzubahnen, die durch ihre geographische Lage gemeinsame Interessen mit Lettland haben. Diese Staaten seien Finnland, Estland, Litauen und Polen. Balodis betonte dabei, daß er sich in erster Linie bemühen werde, die bis jetzt in den Beziehungen zu Polen noch offenstehenden Fragen zu klären. Diese Worte müssen besonders auffallen, da während der Regierungszeit Stujenecks die Beziehungen Lettlands zu Polen ziemlich kühl waren. Lettland lehnte nämlich damals eine Annäherung an Polen ab, weil es befürchtete, daß ein Bund der baltischen Staaten, an dem auch Polen beteiligt wäre, zur Hegemonie Polens über die übrigen baltischen Staaten führen und darüber hinaus Lettland in Zukunft in einen Konflikt mit Rußland hineingezogen werden würde. Unter Herrn Balodis scheint jetzt Lettland Wert auf eine Annäherung mit Polen zu legen. In dieser Beziehung gewinnen die Ausführungen des neuen Außenministers über den polnisch-litauischen Konflikt an Bedeutung. Er erklärte, daß es Lettland sehr gerne sehen würde, wenn die vom Völkerbundrat in der Resolution vom 10. Dezember vorgesehene Verhandlung zwischen Polen und Litauen in Riga stattfinden würde. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß Minister Balodis, der übrigens bisher lettischer Gesandter in Rom war, die Rolle des Vermittlers zwischen Polen und Litauen übernehmen möchte. Zu berücksichtigen ist auch der Umstand, daß erst eine Verständigung zwischen Polen und Litauen die Voraussetzung eines Bundes der baltischen Staaten mit Einbeziehung Polens schaffen würde. Man wird deshalb nicht fehl gehen, wenn man behauptet, daß ein solcher Bund das Ziel des neuen lettischen Außenministers ist.

Die Neuorientierung der lettischen Außenpolitik kommt aber erst klar zum Vorschein, wenn man die Ausführungen des Herrn Balodis über die Beziehungen Lettlands zu Rußland in Betracht zieht. Balodis erklärte, daß Lettland die politischen Beziehungen zu Rußland auf der Grundlage des seinerzeit zwischen den beiden Ländern abgeschlossenen Friedensvertrages aufrechterhalten und ausbauen wolle. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, mit Rußland neue politische Verträge abzuschließen, so dürften dadurch in keiner Weise die Bestimmungen des Friedensvertrages geschwächt, die Mitarbeit Lettlands im Völkerbund eingeschränkt oder etwa die Bedeutung des politischen Bündnisses zwischen Lettland und Estland eingeeignet werden. Der letzte Punkt ist sehr bedeutsam, wenn man bedenkt, daß in Estland in letzter Zeit Stimmen laut geworden sind, daß durch die Politik Zeelens Rußland gegenüber die estnisch-lettische Freundschaft in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Der neue Außenminister legt somit Wert darauf, hervorzuheben, daß es ihm vor allem an der Aufrechterhaltung des engen Verhältnisses zu Estland liege. Lettlands Außenpolitik zeichnete sich bisher von der Politik der übrigen baltischen Staaten, wenn man von Litauen absieht, dadurch aus, daß es bestritt war, in der Frage des Nichtangriffsvertrages mit der Sowjetunion möglichst rasch eine Klärung herbeizuführen. Demgegenüber erklärte der neue lettische Außenminister wörtlich folgendes:

„Konkret läßt sich sagen, daß die Frage des Abschlusses eines Nichtangriffsvertrages mit der Sowjetunion in letzter Zeit nicht als sehr aussichtsreich angesehen werden kann. Ich bin der Ansicht, daß der Abschluß eines solchen Vertrages erst nach sehr gründlicher Prüfung und längerer Vorbereitungen erfolgen kann.“

Wenn man bedenkt, wie vorsichtig sich Außenminister in der Regel auszudrücken pflegen, so können diese Worte des Herrn Balodis nur so verstanden werden, daß Lettland im Gegensatz zu der früheren Politik Stujeneck vorläufig nicht die Absicht hat, einen neuen Nichtangriffsvertrag mit der Sowjetunion abzuschließen, jedenfalls nicht, bevor Finnland, Estland und vor allem auch Polen sich zu einem solchen Schritt entschließen würden. Die Lösung des Sicherheitsproblems im Osten, soweit es sich um die Beziehungen der östlichen Staaten zur Sowjetunion handelt, ist damit neuerdings in die Ferne gerückt.

Während Balodis den weiteren Ausbau der Beziehungen zu Rußland skeptisch beurteilt, und speziell über den Handelsvertrag erklärt: „Lettland werde alles tun, damit der Vertrag so erfüllt wird, wie die abschließenden Staaten es sich gedacht haben“, äußerte er sich sehr warm über die westeuropäischen Staaten. Er betonte, daß Lettland auf Grund seiner kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nach Westeuropa orientiert sei. Balodis hielt es für notwendig, „mit tiefgeföhntem Dank“ all jener Freunde und Staaten zu gedenken, die bei der Entstehung des lettischen Staates mit Rat und Tat beistanden. Das Land, das leinergest das heutige Lettland im Kampf gegen den Bolschewismus in heroischer Weise zu begründen half, war England; deshalb gewinnen die Ausführungen Balodis im Zusammenhang mit seinen Ausführungen über Polen und Rußland an symptomatischer Bedeutung.

Es scheint somit sicher zu stehen, daß Lettland in seiner Außenpolitik einen neuen Kurs einzuschlagen gedenkt. Der Nachfolger des früheren lettischen Gesandten in Riga, des Sir Tubor Baugha, der bisherige Mitarbeiter der englischen Botschaft in Berlin Sir Addison, wird also bei dem Antritt seines neuen Postens am 1. März eine für England günstigere Situation vorfinden. Er wird es deshalb auch leichter haben, bei seinen Bemühungen, Lettland in die englische Entrentungspolitik einzubeziehen. Allein an diesem Hinweis kann man erkennen, welche große Bedeutung für die politische Lage im Osten die außenpolitische Orientierung des kleinen Lettlands ist.

# Dem Ende zu!

## Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

### Der Wohnungsbau vor dem Reichstag

Berlin, 15. Februar.

Als Präsident Vöbe den Haushalt des Reichsarbeitsministeriums aufruft, wendet

Abg. Höllein (Komm.) ein: Hat das denn noch Zweck? Präsident Vöbe erwidert: Sind Sie so genau über die politische Lage informiert?

Abg. Höllein: Ja, es herrscht doch starker Verweilungsgeruch. Präsident Vöbe: Jedenfalls können wir wohl diesen Etat noch zu Ende beraten.

In der fortgesetzten zweiten Lesung des Haushalts wird das Kapitel „Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ besprochen.

### Abg. Bren (Soz.)

beklagt sich darüber, daß auf Grund der Bedürftigkeitsprüfung Unterhaltungen zu Unrecht abgelehnt worden seien. Unzulässig sei es auch, daß die Erwerbslosenunterstützung für Mietersubjekte unmittelbar an den Hauswirt gezahlt wird. Der Redner schildert die Mängel der Krisenunterstützung der langfristigen Erwerbslosen, seit diese den Gemeinden übertragen worden sei, und beantragt in einer Entschließung, die Krisenfürsorge so zu gestalten, daß die längere Zeit hindurch Arbeitslosen dieselbe Unterstützung unter denselben Bedingungen wie in der Arbeitslosenversicherung erhalten. Die Arbeitsvermittlung müsse in sozialem Geiste durchgeführt werden; das sei leider heute vielfach nicht der Fall.

Abg. Hemmer (Dnat.) begründet eine gemeinsame Interpellation der Regierungsparteien gegen Mißstände, die sich nach Einführung der Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft eingestellt hätten. Wenn man die Versicherung an sich auch begrüßen müsse, zumal das Reich durch sie finanziell entlastet werde, so habe sie doch auf der andern Seite plätsch in der Landwirtschaft künstlich eine Arbeitslosigkeit hervorgerufen.

Abg. Kemmer (Dem.) bezweifelt, daß der Zusammenhalt zwischen den bisherigen Koalitionsparteien noch so stark ist, daß sie mit der eben gehörten Begründung ihrer gemeinsamen Interpellation durch den Abg. Hemmer einverstanden wären. (Lachen bei den D.Nat.) Die Landflucht sei besorgniserregend, aber das Arbeitslosenversicherungsgesetz könne man dafür nicht verantwortlich machen. 60 000 Arbeiter suchten nach der neueren Statistik vergeblich Beschäftigung in der Landwirtschaft. Auf der andern Seite aber seien mehrere zehntausende polnische Landarbeiter sogar noch in diesen Wintermonaten in der deutschen Landwirtschaft tätig, weil man dieses Arbeitermaterial aus einer Reihe von Gründen den deutschen Arbeitern vorziehe. (Lebh. Hört, hört! links.)

### Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

Die Erörterung der Landflucht führt auf Gebiete, die nicht zu der Beratung dieses Etats gehören. Zu Unrecht schätzt der Redner die Arbeitslosigkeit höher, als es die amtlichen Stellen tun. Er muß die Verschiedenartigkeit der Statistiken bedenken; Berlin z. B. führt noch etwa 30 000 Arbeitslose, die gar nicht mehr allgemein arbeitsfähig sind.

Die Staatsanfälle für Erwerbslose waren alle nur vorläufige, sie sind allerdings in diesem Jahr niedriger, aber aus dem Vorjahr sind erhebliche Mittel noch verfügbar.

Der Minister äußert sich dann zu der großen Zahl der übrigen Anträge, Entschließungen und Interpellationen. Dabei verurteilt er u. a. eine den Arbeitern sehr entgegenkommende Anwendung der Bestimmungen über die Krisenfürsorge. Im Übrigen würden auch diejenigen, die aus der Krisenfürsorge entlassen werden müßten, nicht ihrem Schicksal überlassen, sie würden von der öffentlichen Für-

sorge unterstützt. (Widerpruch links.) Er, der Minister, habe die Reichsanstalt ermächtigt, die Krisenfürsorge bis zum Ende des Winter zu verlängern, soweit in einzelnen Bezirken ein dringendes Bedürfnis bestehe. Die vom Reichstag beantragte Übernahme der gesamten Kosten der Krisenunterstützung auf das Reich — bisher tragen die Gemeinden  $\frac{1}{2}$  — lehnt der Redner ab, ebenso die in einer Entschließung geforderte Befreiung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge.

Abg. Frau Teusch (Ztr.) erklärt ihr völliges Einverständnis mit dem Inhalt der gemeinsamen Interpellation. Auf jedes einzelne Wort könne sich allerdings eine Koalition bei einem solchen Kompromißprodukt nicht festlegen lassen.

Abg. Heddermeyer (Komm.) erklärt, das Arbeitslosenversicherungsgesetz verfolge dieselbe rückläufige Tendenz, wie alle anderen Teile des Bürgerblatts und die Sozialdemokraten leisteten Hilfe dabei.

Beim Kapitel „Wohnungs- und Siedlungswesen“ begründet

### Abg. Lipinski (Soz.)

den Berichterstatter ein vom Wohnungsausschuß vorgeschlagenes „Bauetatsgesetz 1928“. Dieses ermächtigt den Arbeitsminister, im Einvernehmen mit dem Finanzminister, das Kapital der Bau- und Bodenbank um 10 Millionen zu erhöhen, mit dem Zweck, Zwischentreibnisse für den Kleinwohnungsbaubau zu fördern. Für 200 Millionen solcher Zwischentreibnisse der Bank darf das Reich die Rücklage übernehmen. Die Bank muß über die Verwendung der Kredite der Regierung und einem Reichstagsausschuß halbjährlich Bericht erstatten.

Im Namen seiner Partei fordert der Redner ein festes Bauprogramm auf lange Sicht, mindestens bis 1935, zur Entlastung des Wohnungsmarktes sowohl, wie auch vor allem des Arbeitsmarktes. Die bisherige Planlosigkeit habe zu sprunghafter Baukonjunktur geführt. Der Redner tritt für Rußlandosanktionen für den Wohnungsbau ein und bekämpft Mietersubventionen. Die Aushebung der Zwangswirtschaft komme gar nicht in Frage, da die Wohnungen im wesentlichen aus öffentlichen Mitteln geschaffen würden.

Abg. Höllein (Komm.) errechnet bei einem zehnjährigen Bauprogramm zur Befreiung der Wohnungen ein Gesamtkapital von 3,8 Milliarden. Die Hauszinssteuer müsse lediglich für den Wohnungsbau verwendet werden.

Abg. Dr. Steiniger (Dnat.) fordert stärkere Beteiligung privater Bauunternehmer. Die Hauszinssteuer müsse mindestens im bisherigen Umfang bestehen bleiben. Der Redner stimmt dem vom Ausschuß beschlossenen Bauprogramm zu.

Abg. Tremmel (Zent.) betont, daß der private Bauprogramm heute den Wohnungsbedarf nicht decken könne. Die Wohnungsbedürftigen in den deutschen Großstädten so groß, daß 81 Personen auf ein Haus kommen. Das es auch anders möglich sei, zeige Bremen, wo schon auf 8 Personen ein Haus entfiel.

Abg. Wimmelsh (D. Sp.) verlangt völlige Objektivität bei der Verteilung der Hauszinssteuermittel. Besonders die kleinen Bauunternehmer müßten berücksichtigt werden.

Abg. Luse (Wirtsch. Vereinigung) erklärt, mit öffentlichen Mitteln werde sehr teuer und sehr schlecht gebaut.

Abg. Frau Dr. Wüders (Dem.) befürchtet, daß Deutschland den Namen eines Kulturvolkes verliere, wenn weiterhin die Lasten des besetzten Ostens, das 1.300 000 Familien ohne eigene Wohnung sind.

Abg. Witt (Dem.) betont, daß das Reichsarbeitsministerium im Einverständnis mit den großen politischen Parteien in den letzten Jahren viel mehr für den Wohnungsbau getan habe, als die Wirtschaftspartei überhaupt nur in Aussicht gestellt habe.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und auf Donnerstag, 14 Uhr, vertagt. — Schluß 10,15 Uhr.

## Putschluft in Griechenland

SND Athen, 15. Februar.

Die innerpolitischen Schwierigkeiten Griechenlands werden durch das Herauswachsen eines Staatstreifers, der Venizelos zur Stellung eines griechischen Mussolini verhelfen soll, gesteigert. Von den Anhängern des früheren Ministerpräsidenten Venizelos wird zur Zeit eine lebhafteste Kampagne geführt, die ihn als den einzigen Retter aus allen Nöten Griechenlands anpreist, um ihm das Feld für seine Wahl als Staatspräsident mit unbegrenzten Vollmachten vorzubereiten.

Diese Agitation hat unter den höheren Offizieren der Armee fruchtbareren Boden gefunden und das heretisch von politischen Differenzen durchwühlte Heer noch stärker in den Strudel der Politik gerissen. Von dem Kriegsminister General Mazarakis ist der vergebliche Versuch gemacht worden, dieser Bewegung Einhalt zu tun. Er hat seine Ministerkollegen aufgefordert, gegen die Führer der Venizelisten im Heere disziplinarisch vorgehen zu dürfen, ist aber mit seiner Forderung auf heftigen Widerstand gestoßen, weil die Mehrheit des Kabinetts mit den Plänen von Venizelos sympathisiert. Mazarakis hat sich infolgedessen genötigt gesehen, seine Demission einzureichen.

Besonders heftig ist der Streit um Venizelos bei den in griechisch Mazedonien stehenden Verbänden. Verschiedene höhere Offiziere leiten den Anordnungen ihrer Vorgesetzten, die Propaganda für Venizelos einzustellen, offenen Widerstand und einige Inhaber höherer Kommandostellen haben sich trotz des Verbots aus ihren Garnisonen entfernt und nach Athen begeben, um mit den venizelistischen Führern über weitere Schritte zu beraten.

## Die Lords zur Abrüstung

WB London, 15. Februar.

Im Oberhaus unterbreitete Lord Cecil einen Antrag, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die britische Regierung eine Politik internationaler Abrüstung nachdrücklich fördern und nach Zurückziehung der Dominions die Jurisdiktion des Ständigen internationalen Gerichtshofes in den dem Gericht unterworfenen Streitfällen durch Unterzeichnung der Fakultativklausel annehmen wird. Cecil betonte, daß sein Antrag in keinem Sinne ein Mißtrauensantrag gegenüber der Regierung sei. Er fragte die Regierung, was mit dem Satz, daß das Schiedsgerichtssystem auf andere Länder anwendbar sein könne, die in einer besseren Lage seien als England, nicht aber auf England, gemeint sei. Die Regierung habe erklärt, es gebe gewisse Fälle, die kein Land einem Schiedsgericht unterbreiten würde, worunter wahrscheinlich Fälle verstanden werden, die die nationale Ehre und lebenswichtige Interessen betreffen. Weshalb? Wahrscheinlich, weil das Risiko des Schiedsgerichtsbarkeit zu groß sei. Aber sei dieser Gegensatz auch nur einigermahen so groß wie das Risiko des Krieges? Gerade die Frage der Ehre und der lebenswichtigen Interessen verursachen die Kriegsgefahr.

Lord Cusheburn, der für die Regierung antwortete, erklärte, indem er die Frage der Fakultativklausel mit Bezug auf den Internationalen Gerichtshof erörterte, er könne keine Hoffnung hegen, daß in irgendeiner nahen Zukunft Großbritannien seine Politik ändern werde. Es wäre ein sehr unklarer Schritt, über das Schiedsgerichtssystem hinauszugehen. Er betonte, in welchem Maße Großbritannien abgerüstet habe und bemerkte: Andere Nationen nehmen keine entsprechenden Abrüstungsverbindungen vor; kontinentale Nationen haben nicht die Absicht, von dem Heersystem abzugehen, durch das alle Männer des Landes im Kriegsfall verfügbar sind. So lange dieses System aufrechterhalten wird, ist es sehr schwierig, es mit einem wirklichen System der Abrüstung in Einklang zu bringen.

Gegen Schluß der gestrigen Oberhausitzung sagte der Lordgeheimsekretär Lord Salisbury: Das Oberhaus ist sich einig darüber, daß schiedsgerichtliche Entscheidungen einem Kriege vorzuziehen sind und daß Großbritannien so weit in dieser Frage gehen sollte, wie es seine Sicherheit zuläßt. Aber der Krieg hat uns gelehrt, keine Vereinbarungen zu schließen, die wir nicht einhalten können. Mindestens ein Dutzend Verträge sind während des Weltkrieges unbeachtet gelassen worden. Zur Abrüstungsfrage sagte Salisbury: Großbritannien hat soweit wie möglich abgerüstet. Wir haben Heer und Flotte vermindert und würden sehr froh sein, auch unsere Luftwaffe im Interesse der Abrüstung zu vermindern. Aber zweifellos besteht bei anderen Ländern eine besondere Abneigung, uns zu helfen. Später werde hoffentlich einmal die Zeit kommen, wo jede Streitfrage ohne Bedenken einem Schiedsgericht vorgelegt werden könne. — Lord Cecil erklärte sich von den Regierungserklärungen für nicht befriedigt. Wenn Schranken gegen den Krieg errichtet werden sollten, müßte dies geschehen solange noch die Erinnerung an den letzten Krieg wach sei. Hierauf zog er seinen Antrag zurück.

## Neue Verträge

II Rom, 15. Februar.

Il Piccolo bringt eine Meldung des Corriere de la Sera aus Neapel, wonach der dortige italienische Botschafter de Martino von der italienischen Regierung beauftragt worden ist, mit der amerikanischen Regierung über den Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen in den nächsten Tagen beginnen. Die italienische Initiative sei von Amerika wohlwollend aufgenommen.

III Basel, 15. Februar.

Der Schweizer Bundesrat hat in seiner heutigen Vormittagsitzung das politische Departement ermächtigt, mit Afghanistan einen Freundschaftsvertrag abzuschließen. Der in Paris und Brüssel akkreditierte afghanische Gesandte hält sich zu diesem Zweck bereits seit Montag in Bern auf.

## Der Beobachter

SND Genf, 15. Februar.

Die Sowjetregierung hat dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß als „Beobachter“ für die am 20. Februar beginnenden Sitzungen des Sicherheitsrats ein sowjetischer Delegierter des sowjetischen Kommissariats für ausländische Angelegenheiten Boris Stein teilnehmen wird. Stein begleitete Titonow bereits anlässlich der Genfer Abrüstungsverhandlungen.



# Der Führer einer nationalen Revolution

## Sun Yat Sen „Grundlehren von dem Volkstum“

Trotz der reichhaltigen Literatur, die in der letzten Zeit über die chinesische Revolution und ihre Lehren erschienen ist, ist es für die europäische Arbeiterschaft noch immer schwer, sich ein klares Bild über die politischen Vorgänge und ihre ideologische Grundlage zu machen, die für die gesamte Arbeiterklasse von weittragender Bedeutung sind. Dazu kommt, daß das Bild des großen Führers der chinesischen Revolution durch die Parteien Haß und Genuß verzerrt, heute noch ganz besonders schmerzhaft ist. Es wird sicherlich auch ein vergeblicher Versuch sein, Sun Yat Sen schablonenmäßig nach unsern europäischen Begriffen irgendwo einordnen zu wollen. Es wird nicht möglich sein, ihn als „Marxist“ in unserm Sinne zu bezeichnen, wenn er sich auch zweifellos gegen Ende seines Lebens zwar nicht den marxistischen Lehren, so doch ganz bestimmt der marxistischen Betrachtungsweise sehr erheblich angenähert hat. Seine „Grundlehren von dem Volkstum“, die er für die Partei gehalten hat (und die kürzlich von dem Schöffer-Verlag als Buch herausgegeben worden sind), bilden eine sehr notwendige Ergänzung zu seinen bisher erschienenen Werken; sie liefern den deutlichen Beweis, daß wir die chinesische Revolution nicht nach den Maßstäben einer proletarischen Revolution messen können; die Phase des nationalen Befreiungskampfes ist wohl von unserm Standpunkt aus betrachtet als erster Appell an den Willen der Massen der Welt, der sie notwendig zum Klassenbewußtsein führen muß, aber die Reden Sun Yat Sens enthalten noch kaum erste Anläufe dazu. Sie beginnen und enden mit dem Rufe, daß das Volkstumbewußtsein wieder erwachen müsse, um China zu retten vor dem europäischen und amerikanischen Imperialismus. Diese Ideologie ist nur zu verstehen aus der besonderen Struktur Chinas, die geeignet ist, die Union von der Identität von Staat und Volk zu nähren. Da die vierhundert Millionen Menschen, die China bewohnen, „echte“ Chinesen seien, nach „Schrift, Sprache, Blut, Religion und Sitte“, den fünf Merkmalen für das Volkstum, während in allen andern Staaten der Welt fremde Völker wohnten, bestünde allein in China kein Unterschied zwischen Volk und Staat. Und so kommt es, daß auch innerhalb dieses Volkes, das zusammengehalten würde oder wenigstens werden sollte durch das gemeinsame Interesse, seinen Staat zu erhalten, keine Gegensätze bestehen, sondern der allein gemeinsame Feind der außerchinesische Imperialismus ist. In der Zeit, in der ein Teil dieser Reden entstanden ist, waren in der Tat die innerchinesischen Klassengegensätze noch weit stärker hervortretend als heute; nicht in dem Kapitalismus, der in China sofort in der Gestalt seiner „jüngsten Klasse“, des Imperialismus in die Erscheinung trat, sondern in dem „Ausland“ wurde der Feind des Landes gesucht. Sehr interessant, nicht allein für die Auffassungen der chinesischen Revolutionäre, sondern für die Kenntnis der wirtschaftlichen Struktur sind Suns Darlegungen über „die Unterdrückung durch die wirtschaftliche Macht“. Ihre besondere Gefahr besteht darin, daß sie vom Volke weniger leicht wahrgenommen würde, als die politische Unterdrückung. Ueber die Flottenunterdrückung vor Kanton sei die Bevölkerung des ganzen Reichs in Aufregung geraten, aber davon, daß China wirtschaftlich eine Kolonie sei, wußten die wenigsten etwas. Dabei ergoß es sich schimmernd als allen andern Kolonien. Auf Korea als Kolonie Japans und auf Annam als Kolonie Frankreichs blide man mit Berücksichtigung herab und betrachte die Bevölkerung als Sklaven. China aber sei nicht die Kolonie eines Staates, die Chinesen nicht Sklaven eines andern Reichs, sondern China sei die Kolonie aller Mächte. Die andern Kolonien werden wenigstens von ihren Herren geschützt, wenn sie angegriffen werden, China aber sei schutzlos dem Spiel der Mächte ausgeliefert. Als Beweis führt er den Kampf Chinas um den Seehandel an. Hier kommt noch ganz der alte Standpunkt von der chinesischen Marine zum Ausdruck. Früher wußten wir nichts vom Seehandel und blieben lange Zeit geschloßen. Dann kamen die Engländer und Klopften an unsre Tür, um mit uns Handel zu treiben. Wir lehnten alle Vorschläge ab. Doch die Engländer schlugen mit Gewalt unsre Tür auf und besetzten Kanton.“ So gerieten sie in den Besitz der Seehäule. Sicherlich ist diese Darstellung, die ja einer Agitationsrede entnommen ist, absichtlich besonders primitiv gehalten, aber da sie auf den chinesischen Kult wirken soll, ergibt sich aus ihr die Psychologie jener Menschen, die noch an den alten Vorstellungen vom chinesischen Volk und Staat festhalten. Doch Sun geht einen Schritt weiter und zeigt die Wirkungen des Seehandels und der andern Maßnahmen des Wirtschaftskriegs, der von den Mächten gegen China geführt wird. Die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit dem Ausland hat die alten idyllischen Zustände nach dem Worte der Väter, „die Männer sollen pflügen, und die Frauen sollen weben“, zerstört. Sun fährt in diesen Reden noch auf ähnliche Ideale, sein Haß richtet sich gegen die Baumwollspinnerei und „unbereiten Schanghai, die an die Stelle der Spinnenden und Webenden Frauen getreten sind. Die Entwicklung der Industrie brachte einen jährlichen Einfuhrüberschuß von 500 Millionen Dollar mit sich. Sun meint, daß diese Millionen dem Inland verloren gehen.“ Dazu kommt, daß das Land von ausländischen Banken ausgebeutet wird. Er sagt, daß die Chinesen kein Vertrauen zu den eignen Banken und zu ihrem eignen Geld haben, lieber fremde Währung nehmen und ihr Geld auf fremde Banken geben, obwohl diese nicht nur keine Zinsen zahlen, sondern noch Aufbewahrungsgeld von den Chinesen verlangen. So lägen 1-2 Milliarden Dollar an chinesischen Geldeinlagen auf fremden Banken. Auch durch die Frachtschiffe wird das Land ausgebeutet. Durch die Verträge, die Japan mit den Mächten abgeschlossen hat, sind für alle von Europa nach Nagasaki oder Yokohama beförderten Waren die Frachttarife niedriger, als für die, die nach Schanghai gehen, obwohl der Weg näher ist. Die hohen Frachten verteuern die für Europa bestimmten chinesischen Waren. Durch Steuer und Wachen und den Handel mit Grundstücken gehen jährlich 4 bis 500 Millionen Dollar verloren. Dazu kommen die Verluste durch Spekulationen an B. in Kaufschuß und deutscher Papiermarkt. Im Ganzen kommt Sun zu dem Ergebnis, daß jährlich 120 000 Millionen Dollar für die chinesische Wirtschaft verloren gehen.

Wirtschaftlicher und politischer Kampf gegen die Ausländer und als Voraussetzung zu diesem Kampf Rückeroberung des Volkstumbewußtseins ist nach Suns Auffassung der Weg, um China zu retten. Dieser Kampf ist ein nationaler. Er will nichts hören von dem „Internationalismus“, der die jungen Strömungen in China beherrscht. Er will zum Internationalismus erst gelangen durch den nationalen Kampf. Doch an einigen Stellen deutet Sun an, daß der Kampf der Unterdrückten nicht allein ein Kampf Chinas sei: „Durch Lenin ist das Selbstbewußtsein der unterdrückten Völker erweckt worden. Auch sie rufen zum Kampf gegen die Ungleichheit in der Welt. Die Mächte kämpfen gegen Lenin, weil sie ihn für den geistigen Führer der Weltrevolution halten; denn die Weltrevolution bedeutet für sie den Untergang. Die Völker haben erkannt, daß alle von den Mächten über Rußland verbreiteten Nachrichten auf Unwahrheit beruhen; sie werden sich nicht zum zweitenmal von ihnen betrügen lassen. Alle unterdrückten Völker haben die Hoffnung, durch den Kampf gegen den Imperialismus ihre Freiheit zu erlangen.“

Dora Fabian.

# Opposition in der rumänischen Kammer

**Bukarest, 15. Februar.**

In der gestrigen Kammerstimmung interpellierte der ehemalige Ministerpräsident V. I. Parvan, einer der Führer der Opposition, die Regierung erneut wegen der rumänischen Außenpolitik. Er forderte, ausgehend von einer Unterredung, die der Außenminister Titulescu einem Wiener Blatte erteilt hatte, Aufklärungen über das Verhältnis Rumaniens zu Italien, Frankreich und Südamerika. Parvan sprach sich in seiner Rede gegen das System der Geheimverträge aus. Der stellvertretende Außenminister Duga verweilte in seiner Antwort auf seine Erklärungen über das Vorgehen in der St. Gotthard-Affäre und wiederholte, daß zwischen dem Außenminister Titulescu und der

# Der „sparsame“ Etat

## „Abstriche unmöglich, untragbar“!

Reichswehrminister Gröner behauptete in seiner Rede: Die Aufstellung des Etats ist mit größter Sparfameit vorgenommen. Es ist unmöglich, an ihm wesentliche Abstriche zu machen.“ Die nachstehenden Ausführungen eines Marinefachverständigen, des Kapitäns zur See o. D. Perzius, illustrieren trefflich die „größte Sparfameit“ im Reich. Die Red. der Volkszeitung.

Die letzten Jahre ließen das Marinebudget von 112,3 Millionen Mark (1924) auf 223,3 (1927) steigen. Rapide wuchs vor allem das Seeoffizierskorps an. In jedem Jahr erschienen neue Admiralsstellen im Etat. Gehler hatte eine warmes Herz für seine Offiziere. Neue Schiffe baute er (Kreuzer und Torpedoboote), schaffte so verstärkte Möglichkeiten zu Anbordkommandierungen, die hohe Taktik- und Messingfelder belegen. Damit die Seeoffiziere nicht zu stark unter dem harten Seemannshandwerk litten, berief er von Jahr zu Jahr mehr Herren nach Berlin. Hier konnten sie sich von den Strapazen des Schiffsdienstes erholen.

### Ueber 80 Offiziere — bei 844 Insgeamt! — drücken die Bureau- sessel in der Marineleitung.

Die sich damit beschäftigt, den 15 000 Köpfen des Marinepersonals Schreibarbeit zu besorgen. Schon Tirpitz hielt darauf, daß recht vielen Offizieren in Berlin „die Tinte nur so aus den Fingern fließt“. Immerhin begnügte er sich mit insgesamt 92 (Etat 1914). Außer diesen brauchte er noch 28 höhere Beamte. Heute benötigt die achtmal kleinere Flotte der Republik 124 solcher Herren! Viele Herren in Berlin und an Bord zu beschäftigen, wäre nötig, so hieß es, um die geringen Gehälter aufzubessern. Sind die Gehälter so knapp bemessen? Vom Zwang zum Schandenmachen sprachen Abgeordnete der rechten Parteien. Herr Gehler hat noch nicht vor seinem Schicksal den Seeoffizieren ein ganz ansehnliches Geschenk gemacht. Er rang dem Reichstag höhere Gehaltsätze ab. Statt 19 500 Mk. bekommt

der Admiral jetzt ein Jahresgehalt von 24 000 Mk., statt 10 500 der Kapitän zur See (Oberstrang) nur 12 600, und auch die Leutnants gingen nicht leer aus. Bisher fingen ihre Gehälter mit 1458 Mk. an. Nun erhalten sie 2400 bis 4000 Mk.

### Die Stellenvermehrung

1914 gab's bei uns 2197 Seeoffiziere, bei einem Gesamtpersonal von 68 188 Köpfen, in England für die 124 840 Köpfe nur 3576, in Frankreich für 64 500 Köpfe nur 1783 Seeoffiziere. Heute über-

Regierung keinerlei Widersprüche bestünde. Er erklärte ferner, Rumänien bestreite keine Geheimverträge. In der gestrigen Sitzung wurden weitere Ausschließungen von oppositionellen Parlamentariern vorgenommen, wobei es wieder zu erregten Szenen kam, bei denen die Rednertribüne zerschlagen wurde und die Abstimmungsurne in Scherben gieng. Der Vorsitzende der Nationalen Bauernpartei, Maniu, erklärte daraufhin, daß die Opposition für die nächsten Tage an den parlamentarischen Beratungen nicht mehr teilnehmen werde.

# Der Rentenprozeß Eisner

## Von der Regierung sabotiert

München, 14. Februar.

Am 13. Februar sollte über die von der Witwe Eisners gegen den bayerischen Staat angestrebte Rentenforderung vor der I. Zivilkammer des Landgerichts München erstinstanzlich entschieden werden. Geständlicherweise wurde dieser Termin verlagert, weil sich die beklagte bayerische Regierung überhaupt noch nicht geäußert und nicht einmal einen Anwalt bestellt hatte. In jedem anderen Falle wäre ein Veräußerungsurteil erlassen worden. In der Rentenangelegenheit Eisner hat sich aber das Münchner Gericht demüßigt gefühlt, auf die Verschleppungs- und Sabotageakt durch Vertagung ins Unendliche Rücksicht zu nehmen.

Das Verhalten der bayerischen Regierung, die heute keineswegs mehr unter dem völkischen Druck steht wie 1921 und 1923, ist um so empörender, als ihr spätestens am 20. Mai vorigen Jahres bekannt wurde, daß die Witwe Eisners gegen den bayerischen Staat auf dem Klagenwege vorgehen wolle. Auf das Abhelfegesuch der Frau Eisner vom 20. Mai 1927 hat sich die bayerische Regierung überhaupt nicht geäußert und der Witwe Eisners erst auf wiederholtes Drängen und da nur auf Umwegen wissen lassen, daß keine Rechtsbehelfe. Erst unter dem Druck der einleuchtenden öffentlichen Kritik hat man der Frau Eisner das Armenrecht bewilligt. Seit fast drei Vierteljahr konnte und mußte die bayerische Regierung einen Referenten mit der Bearbeitung der Eisnerschen Rentensache beauftragen und vor mindestens sechs Wochen hätte sie einen Anwalt für das Gericht bestellen müssen. Daß sie das alles nicht tat, ist offenbar nur auf ihr Bestreben zurückzuführen, unter allen Umständen eine öffentlich-gerichtliche Feststellung ihrer wahren Rechtsbeugung in der Rentenangelegenheit Eisner zu verhindern. Jede eingehendere Untersuchung der Rentenangelegenheit Eisner führt zu dem zwingenden Ergebnis, daß hier ein beispielloses Rechtsbruch vorliegt.

Die bayerische Regierung weiß offenbar immer noch nicht, wie sie ohne Gerichtsverurteilung und die Anerkennung der Rechtspflicht herunterschlappen kann. Oder braucht man längere Zeit, um einen elenden Vergleich auszuknablen, der der Witwe Eisners ein paar Beilebensmittel hinwirft, — aus den bekannten „Billigkeitserwägungen“, — um die öffentliche Kritik zum Schweigen zu bringen. Oder will man die Neuwahlen zum bayerischen Landtag (Ende April) abwarten und es der kommenden bayerischen Regierung überlassen, die Rentenangelegenheit Eisners ins Leere zu bringen?

In den bayerischen Regierungskreisen scheint man sich immer noch von antikommunistisch-legitimistischen Standalitäten, wie dem berüchtigten bayerischen Vaterland bestimmen zu lassen, das der „arroganten jüdischen“ Witwe des „zugewanderten galizischen Juden, Usurpators und Lumpen“ Eisner, der sich die Macht „unverrechtlich angeeignet“ habe, den Rat gibt, um Arbeitslosensunterstützung nachzusuchen, auf die sie nicht einmal einen Anspruch hätte.

# Berliner Arbeiter gegen die USP

Die Selbst-Partei setzt ihre Bemühungen, die Berliner Arbeiter für die „Allsozialisten“ zu gewinnen, mit dem bekannten „Erfolge“ fort. Eine am Mittwoch von der USP in Berlin veranstaltete Versammlung nahm wieder einen für michischen Verlauf. Als der erste Redner, Adolf Barthels (Königsberg) über die Beweggründe seines Uebertritts sprach, wurde er, dauernd durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen, so daß seine Rede in dem Tumult vollständig verloren gieng. Sodann wurden sozialistische Kampfslieder angestimmt, so daß der Versammlungsfelder die bereitstehende Schutzpolizei in den Saal kommen, einen Teil der Ruheförder durch sie feststellen und sie aus dem Saal bringen ließ. Ruhe trat jedoch erst ein, als der Führer der Sozialdemokraten die Anwesenheit gab, daß seine Anhänger den Saal verlassen möchten.

treffen wir an Zahl der Offiziere alles irgendwo und irgendwann Dagewesene. Besonders die 12 Admiralsstellen sind zu beanstanden. Wir haben gemäß dem Diktat von Versailles nur die Erlaubnis, höchstens 12 Schiffe, d. h. ganz kleine und alte Schiffe, in Dienst zu halten. Nach internationalem Brauch befehligt ein Admiral zum mindesten ein Geschwader, das wenigstens vier Schiffe zählt. Anfang der 80er Jahre befaßen wir dreizehn Panzerschiffe, 18 Kreuzer usw. Hierfür waren vorhanden fünf Admirale. (Rangliste von 1883.) Kann also behauptet werden, daß unser Personaletat mit „größter Sparfameit“ aufgestellt ist?

Noch weniger Sparfameit, wenn's überhaupt möglich ist, herrscht beim Material. Nur wenige Belege. Der Vorkanflag für das viel umstrittene Panzerschiff lautet auf 80 Millionen Mark. Bisher wurden die Vorkanflag regelmäßig überschritten. Unter neuester Kreuzer „E“ z. B., der 6000 Tonnen Displacement hat, sollte anfänglich etwa 25 Millionen kosten. Nun haben wir 41 875 000 Mark bezahlen müssen. Das Panzerschiff darf höchstens 10 000 Tonnen verdrängen. Voraussichtlich würde es sich mindestens auf 100 Millionen stellen. Vor dem Kriege kostete ein 10 000-Tonnen-Panzerkreuzer, wie beispielsweise die Vertreter unserer „Brandenburg“-Klasse, pro Stück 16 Millionen. Man wird einwenden, die damaligen Preise lassen sich nicht auf heutige Zeiten anwenden. Aber die Engländer haben schon ihren 40 000-Tonnen-Gallath-Panzer, die „Kelson“ in Dienst gestellt. Sein Bau beanspruchte 120 Millionen Mark. Der neueste Panzerkreuzer „Kent“, der 10 000 Tonnen misst, kostet 39 517 720 Mk. Rechnet man wohlfeil baut man im sonst so teuren Amerika. Um nur 800 Tonnen großen Torpedoboote — es sind sechs Stück gebaut — kosteten je 6,37 Millionen Mark. Das neueste britische Torpedoboot „Amazon“ hat eine Wasserverdrängung von 1200 Tonnen, sein Bau verlangte 6,827 Mill. Mark. Diese wenigen Beispiele belehren, daß

### Die Preise, die unsere Marineleitung vom Reichstag für die Schiffshauten fordert, exorbitant hoch sind.

daß sie keinen Anspruch machen können, als „sparsam“ zu gelten. Der gewissenhafte Fachmann kommt zu dem Schluss: es ist unmöglich, daß die im Etat geforderten Summen tatsächlich für die Herstellung der Schiffe ausgegeben werden können. Hier hätte die Kritik einzusetzen. Die Rechnungslegung der Marine sollte nicht nur, wie jetzt bei der Höbhus-Affäre, sondern ganz allgemein einer ganz strengen Kontrolle unterworfen werden. Es schreit zum Himmel, daß 5 Millionen für Ausrüstungen aus dem Etat gestrichen wurden, während der Flotte, die keine Daseinsberechtigung hat, über 200 Millionen geopfert werden.

# Am die Strafgesetzreform

Im Anschluß des Reichstages für den Strafsatzbuchentwurf stellte zu Beginn der Sitzung am Mittwoch Abgeordneter Brodau (Dem.) die Frage, ob es bei der politischen Lage und der in Aussicht stehenden Reichstagsauflösung noch Sinn und Zweck habe, daß der Ausschuh weiterzuge; eine Fortsetzung der Beratungen, die doch ohne Zweifel nicht mehr zu Ende geführt werden könnten, habe doch nur dann einen Zweck, wenn es durch ein Ueberleitungsgesetz ermöglicht werde, daß der neue Reichstag einfach an die Arbeiten des bisherigen Reichstages anknüpfen könnte.

Abg. Dr. Rosenfeld (SPD) begründete diese Anfrage des Abgeordneten Brodau; die Öffentlichkeit im Reich müsse es unverständlich finden, daß der Strafsatzbuch weiterzuge, unbekümmert darum, daß eine Reichstagsauflösung kommen könne, ohne daß auch nur noch Zeit sei, ein Ueberleitungsgesetz zu schaffen. Abg. Schulte (Zentr.) betonte darauf, daß das Zentrum den Gedanken eines Ueberleitungsgesetzes nicht fassen lassen habe, und er stellte fernerseits an die Vertretung der Oppositionsparteien die Frage, ob diese einem Ueberleitungsgesetz zustimmen würden. Während Abg. Dr. Rosenfeld sich für seine Partei die Entscheidung vorbehaltlich, stellte Abgeordneter Brodau für die Demokraten diese Zustimmung in Aussicht.

# Ein Hofbader als Fememörder verhaftet

TU Bremen, 16. Februar.

Auf Ersuchen des Untersuchungsrichters in Stettin wurde der in Bremen wohnhafte Arbeiter Ewald Fräbel, der früher der Organisationskommission angehört, wegen Verdachts der Beteiligung an einem Fememord verhaftet. Der Verhaftete wurde zur Vernehmung durch den Untersuchungsrichter von Stettiner Kriminalbeamten nach Stettin gebracht.

# Notizen

Der von französischen Kriminalbeamten in Bad Nauheim verhaftete deutsche Polizeikommissar Steinebach ist in das Untersuchungsgefängnis Mainz eingeliefert worden. Als Grund der Verhaftung wird angegeben, daß Steinebach in dem Landesvertragsverfahren gegen den Franzosen Cremer eine strafbare falsche Aussage gemacht hat.

In Paris wurde der 30jährige Österreichische Staatsangehörige Elias Schideller festgenommen, da die Polizei bei ihm Papiere gefunden hat, die seine Beziehungen zur 3. Internationale bezeugen, und die ergeben, daß er damit beauftragt war, den nach Frankreich gestückelten ausländischen und den französischen Kommunisten Direktiven zu geben. Schideller wurde im Laufe des gestrigen Abends an die Grenze gebracht.

Das Kriegsgericht in Bukarest fällte das Urteil im Prozeß gegen die der Spionage zugunsten Sowjetrußlands Angeklagten. Maria Löbel wurde zu zwei Jahren, der Student Paul Schor zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Der dritte Angeklagte, Tschincost, gieng straffrei aus.

Bei den Präsidentenwahlen in Cojarica, die in vollkommenen Ruhe verliefen, wurde Cleto Gonzalez mit großer Mehrheit gewählt. Cleto Gonzalez, von Beruf Rechtsanwalt, war bereits von 1906 bis 1910 Präsident der Republik; er geniesst großes Ansehen in seinem Lande.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herrig in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Hugo Erdmann in Leipzig. Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei: Altengrundstraße Leipzig.

Gesunde Nerven. Blut. Körperkraft erhöhen die Leistungsfähigkeit. Beste Wirkung durch Salomon hat. Bestes Geschenk für jedermann. Albin Köhler Salomon. Apotheke. Postversand Grimmaische Straße 17.

Diese Nummer umfaßt 18 Seiten.







Dr. Frey legt die Verteidigung nieder

Schwere Zusammenstöße im Kranz-Prozess — Verhandlung bis Sonnabend ausgesetzt

Paul Kranz zusammengebrochen

Was nun?

Wie im größten Teil unserer gestrigen Auflage bereits mitgeteilt worden ist, hat der Verteidiger im Kranz-Prozess, Dr. Frey, infolge eines Zusammenstoßes mit dem Vorsitzenden sein Mandat niedergelegt.

R. Berlin, 15. Februar.

Der Kranz-Prozess ist aufgelassen — wenigstens vorläufig. Der Verteidiger Dr. Frey hat ihn gesprengt. Er glaubte nicht an den Freispruch seines Mandanten. Eine Verurteilung schien ihm aber unabweisbar. Ein neuer Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden von einer vielleicht im Moabit-Gerichtssaal noch nie dagewesenen Schärfe bot ihm den gewünschten Anlaß. Er legte die Verteidigung nieder. Der Verteidiger will annehmen, daß die Gerichtsverhandlung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt wird. Er hofft, daß das Verfahren dann auf irgendeine Weise totgemacht wird. Ob das möglich ist, steht auf einem anderen Blatt.

Das Gericht beauftragte aber einen Offizialverteidiger mit der Wahrnehmung der Interessen des Angeklagten. Dieser bat um Aussetzung der Verhandlung oder wenigstens um Vertagung, damit er wenigstens Gelegenheit habe, den Stoff des Prozesses zu bewältigen. Das Gericht vertagte die Verhandlung bis auf Sonnabend. Der Offizialverteidiger R.A. Schulz erklärte sich darauf bereit, das ihm aufgetragene Amt zu übernehmen.

Damit ist die Fortführung des Prozesses durchaus noch nicht gesichert. Dr. Magnus Hirschfeld erklärte im Namen aller übrigen anwesenden Ärzte: Dr. Mahrenholz, Prof. Kramer, Dr. Hodann, daß der Gesundheitszustand Kranz', der bereits vor einigen Tagen einen Ohnmachtsanfall erlitten habe, ihm nicht gestatte, den neuen Verteidiger nun wieder in alle Einzelheiten über sein Innenleben zu informieren. Es sei ein völliger Nervenzusammenbruch des Angeklagten zu befürchten.

Der Vorsitzende meinte darauf, daß, sofern das zu befürchten sei, würde der Prozess selbstverständlich ausgesetzt werden müssen. Dann müssen aber die Kosten des Verfahrens dem Verteidiger Dr. Frey auferlegt werden. Damit war die Sitzung geschlossen.

Gleich darauf fiel die Mutter des Angeklagten in Ohnmacht. Paul Kranz hielt man jurid, damit er dieses Schauspiel nicht sehe. Sonst wäre ihm am Ende noch das gleiche passiert.

Man erinnert sich nicht in Moabit eines ähnlichen aufgeregten Tages. Große Menschenmengen vor dem Gerichtsgebäude. Wir wollen den unglücklichen Jungen sehen, sagen die Frauen. Die Nachricht von der Niederlegung der Verteidigung schlug wie eine Bombe ein. Es war die Sensation der Berliner Abendblätter.

Und doch begann die heutige Gerichtsverhandlung in der ruhigsten Stimmung. Etwas Verdägliches lag über dem Gerichtssaal. Tief menschlich empfunden war die Aussage des Oberlehrers aus dem Untersuchungsgefängnis. Günstig für den Angeklagten die Gutachten der beiden Psychiater und insbesondere das des ersten pädagogischen Sachverständigen, des Professors der Pädagogik an der Universität Berlin, Prof. Dr. Eduard Spranger. Er deckte auch in zwei Sätzen den Sinn des Prozesses auf. Der Angeklagte sollte daraus eine Lehre für sein zukünftiges Leben ziehen; die Öffentlichkeit sich der Verantwortung bewußt werden, die sie gegenüber der heutigen Jugend hat.

Man hatte den Zusammenstoß während der Vernehmung des Oberlehrers aus dem Untersuchungsgefängnis bereits vergessen. Da kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Niederlegung der Verteidigung durch R.A. Frey.

X Berlin, 15. Februar.

Die Gerichtsverhandlung schloß begann mit einer Erklärung des Staatsanwalts. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß der Angeklagte gestern abend mit seinen Eltern das Café Vaterland besucht habe. Der Vorsitzende will von diesen persönlichen Verhältnissen des Angeklagten nichts wissen.

Der Verteidiger regte die eventuelle Ladung der Zeugen aus der Frauenanstalt Herzberge an, die darüber befragt werden sollen, ob Paul Kranz in der Nacht fähig gewesen sei, ernstlich Mordpläne zu fassen. Auch einen Lokaltermin regt Dr. Frey an, damit Hilde Schellers Angaben nachgeprüft werden könnten, ob die Schlafzimmertür offen oder geschlossen gewesen sei.

Als letzter Zeuge wird der Oberlehrer vom Untersuchungsgefängnis, Seemann, vernommen. Er hat den Angeklagten Paul Kranz während der sechs Monate seiner Untersuchungszeit unausgesetzt beobachtet. Er hat ihn in seiner Zelle besucht, sich von ihm bei der Niederschrift seiner Vorträge helfen lassen, ihm Bücher aus seiner Bibliothek geliehen usw.

Der Zeuge erzählt: Ich sah Kranz zum erstenmal mehrere Wochen nach seiner Einlieferung. Ich fand ihn in der „Schweren“ Zelle. Da gibt es statt einer Bettstelle eine eiserne Brettische. Bestehend war für mich der Eindruck des Gegenfasses zwischen diesem Gefangenen und dem Charakter der Zelle, die nur für die schwersten Verbrecher bestimmt ist. Ich habe nun versucht, in das Seelenleben dieses jungen Menschen einzudringen. Er gewann allmählich Vertrauen zu mir und er offenbarte mir sein Innenleben. So kam ich hinter das Rätsel seines Wesens. Kranz ist ein Mensch von schwankendem Eigenwertbewußtsein: Er ist bestrebt, sich den Anschein eines selbstbewußten Menschen zu geben. In Wirklichkeit ist er es nicht. Er leidet an ausgeprägten Minderwertigkeitsgefühlen, deren Ursache in einer organischen Minderwertigkeit zu suchen ist, die mit seinen Geschlechtsorganen und seinem Geschlechtsleben zusammenhängen. Daher auch sein Bestreben,

seinen Kameraden gegenüber zu renommieren: er fühlte sich ihnen gegenüber nicht gleichwertig. Er gab sich den Anschein von großer Erfahrung in lezuelen Dingen, während er in Wirklichkeit in ihnen äußerst unkundig war. Er renommierete mit seiner Trinkseligkeit, um das historische Charakterbild des Germanen durch sich darzustellen, da ein Lehrer ihn in der Schule als degenerierten Germanen bezeichnet hatte.

Zusammenstoß zwischen Dr. Frey und dem Vorsitzenden

Bei der Vernehmung dieses Zeugen kam es dann zum Zusammenstoß. Als der Zeuge davon erzählt, daß er es versucht habe, den Angeklagten dahin zu bringen, daß er seinen Willen durch Befämpfung seines starken Sexualtriebes über, fragt der Staatsanwalt: Was sollen das für Erprobungen des Willens in der Zelle gewesen sein?

R.A. Dr. Frey: „Hat es Sie nicht gewundert, daß der Herr Staatsanwalt als Beamter der Strafvollzugsbehörde eine solche Frage wie eben überhaupt an Sie —“

Vorsitzender (unterbrechend): „Diese Frage beanstande ich als nicht zur Sache gehörend.“

Verteidiger (sehr laut und sehr erregt): „Ich verbitte mir, daß Sie mich immer unterbrechen. Ich habe das Recht, eine Frage zu stellen. Sie können Sie höchstens beanstanden.“

Vorsitzender (außerordentlich erregt): „Ich muß Ihnen erneut sagen, daß Ihr Ton ungehörig ist.“

Verteidiger (in höchster Erregung): „Nein, Ihr Betragen einem Verteidiger gegenüber ist ungehörig.“

Der Vorsitzende erklärt, sich vom Platz erhebend, daß das Gericht sich nun darüber schlüssig werden müsse, ob dem Verteidiger überhaupt noch das Wort gegeben werden könne.

Nach Rückkehr des Gerichts in den Saal erklärt der Vorsitzende, daß die Frage beanstandet werde und daß das Gericht ihn beauftragt habe, seine Empörung über das Benehmen des Verteidigers zum Ausdruck zu bringen. Dr. Frey erklärt, daß er zu dem Zusammenstoß, noch Stellung nehmen werde. — Es folgen nun die

Gutachten der Sachverständigen

Der Sachverständige unterhält das Gericht über Patronen und Revolver. Der Gerichtsarzt über die Art der Verletzungen: Hans Stephan hätte zwei Schußwunden am rechten Ohr, Günter Scheller eine Schußwunde in der rechten Schläfe.

Das Interesse um die Gutachten erwacht erst richtig, als der Sachverständige Dr. Mahrenholz an den Zeugenstand tritt. Er soll die Frage beantworten, ob § 51 in diesem Falle vorliegt oder nicht.

Für den Angeklagten, sagt der Sachverständige, sind drei Tatsachen von ausschlaggebender Bedeutung: er ist ein Phantast, wird leicht aus der Bahn geworfen und er leidet an depressiven Zuständen. Sein Hang zum Phantastischen ergebe sich aus seinen Gedichten und Tagebüchern. Seine depressiven Zustände stehen im engsten Zusammenhang mit seinem Sexualleben. Bei einer abnorm gesteigerten Sexualität ist er durch einen organischen Defekt daran verhindert, die Geschlechtsfunktion richtig auszuüben. Eine weitere Quelle seiner Depression sind seine häuslichen Verhältnisse. Kranz ist im großen und ganzen eine passive Natur. Zur Zeit der Verabredung sei er zu ernsthaften Entschlüssen nicht fähig gewesen.

Prof. Kramer ergänzt dieses Gutachten. Als Herausgeber der „Zeitschrift für Kinderforschung“ gehört er zu den besten Kennern der Psyche des jugendlichen Menschen in Berlin. Paul Kranz, sagt Prof. Kramer, ist psychologisch wie physiologisch ein Schwächling. Seine durchsichtige Haut, seine Schwächezustände, seine neuropathische Konstitution stempeln ihn dazu. Er ist äußerst empfindsam und ängstlich. Trotz seiner Passivität ist er geistig äußerst lebhaft. Er neigt zu Wahnträumen und ist wirkungslos. Zwischen seiner Phantasie und seiner Willensleistung liegt ein Widerspruch; daher die Disharmonie in seiner Persönlichkeit. Prof. Kramer kommt zu dem Schluß, daß zur Zeit der Verabredung bei Paul Kranz eine klare Ueberlegung nicht bestanden haben könne.

Es folgt der pädagogische Sachverständige Prof. Dr. Spranger. Sein Werk „Jugendpsychologie“ hat erst vor kurzem großes Aufsehen erregt. Er sagt: „Ich gebe hier kein psychiatrisches, sondern ein psychologisches und pädagogisches Gutachten ab. Die Erscheinungen, die hier vorliegen, sind allein aus der Struktur der jugendlichen Seele im allgemeinen zu erklären. Für das Charakterbild Kranz' ist von Bedeutung, daß er aus einfachen Verhältnissen in eine Sphäre der Geistesfreiheit hineinkam. Ich möchte ihn nicht als Phantasten bezeichnen. Sein Tagebuch zeichnet ihn als Menschen mit reichem Innenleben. Man erhält hier auch wichtige Aufschlüsse über seinen Charakter. Zwei Züge zeigen sich hier in der Hauptsache, die übrigens auch sonst den meisten Jugendlichen eigen sind. Ein starker Zug zum Aufbau einer idealen Welt, der, mit schweren Erschütterungen einhergeht, wenn diese Welt zusammenbricht und die Reizung, bei Eintritt einer Krise alles über Bord zu werfen und dem Leben ein Ultimatum zu stellen. An den Aufbau einer idealen Welt, die bei ihm mit der Vorstellung einer idealen Liebe eng verbunden war, hat Kranz außerordentlich fest geklebt. Seine Gedichte sind nicht immer Ausdruck des von ihm Erlebten. Das gilt auch von dem Gedicht „Mord“. Der junge Mensch ist überhaupt den Todesgedanken näher als der Reife. Aus seinem Trieb heraus sich mit dem Leben auseinanderzusetzen, glaubt er auch den Tod durchstoßen zu können. Die Atmosphäre der Mariendorfer Schule scheint diesen Selbstmordgedanken günstig zu sein. Man spielte hier mit dem Gedanken, seinem Leben ein Ende zu machen. Die Liebe zu Hilde war wohl nicht besonders ernster Natur. Das erste sexuelle Erlebnis des Kranz ätzte aber in der Nacht nach. Es war kein ernsthafter Mordplan, es wurde Theater gespielt.“

Es bleibe dahingestellt, ob man bei den Vorgängen am Morgen von Ueberlegung sprechen kann. Es ist aber niemals möglich, die Psyche des jugendlichen in Einklang zu bringen mit einem juristischen Paragraphen. Paul Kranz aber zeigte sich in schwierigen Situationen stets schwach. Ich habe den Eindruck, so schloß der Sachverständige, daß ihm die Majestät des Staates, mit dem er hier zusammenstößt, ihm heute noch nicht klar geworden ist. Ebenso fehlten

ihm damals die Begriffe von der Majestät der Moral und der Verantwortung.

Nach diesem Gutachten, das im Gerichtssaal die Stimmung einer pädagogischen Konferenz in einer modernen Schule geschaffen hatte, kam die letzte Debatte.

Dr. Frey legt die Verteidigung nieder

Rechtsanwalt Dr. Frey bittet um eine Pause; er müsse sich darüber schlüssig werden, ob er die Verteidigung noch weiterführen könne. Es tritt eine Pause ein.

Etwas eine halbe Stunde später kehrt R.A. Dr. Frey in den Gerichtssaal zurück und verliest eine Erklärung. Es heißt da: der Vorsitzende habe ihn während der Fragestellung unterbrochen. Dies sei bereits öfters während des Prozesses geschehen. Der Vorsitzende habe aber nicht das Recht, die bereits formulierte Frage zu beanstanden. Der Einspruch des Verteidigers gegen dieses Vorgehen des Vorsitzenden habe das Gericht veranlaßt, dem Verteidiger seine Empörung über dessen Verhalten auszusprechen. Diese Erklärung des Gerichtshofes sei unbegründet und auch unberechtigt gewesen. Da das Verhalten des Vorsitzenden aber nicht allein eine Herabsetzung seiner Person als Verteidiger, sondern auch eine Herabsetzung der Würde des Anwaltsstandes in der Öffentlichkeit bedeute, so sehe er sich genötigt die Verteidigung des Angeklagten Kranz niederzulegen.

Der Verteidiger verläßt darauf den Gerichtssaal. Der Vorsitzende erteilt eine Pause, damit für den Angeklagten ein neuer Verteidiger bestellt werden kann. Paul Kranz erklärt, er würde sich selbst einen Verteidiger suchen.

Andershalb Stunden später tritt das Gericht wieder zusammen. Der bestellte Verteidiger ist nicht zu sehen. Schließlich erscheint der als Offizialverteidiger bestellte Rechtsanwalt Dr. Arthur Schulz. Er erklärt, daß er sich noch nicht darüber schlüssig sei, ob er die Bestellung zum Verteidiger annehmen könne, da er sich infolgedessen in einer peinlichen Situation befinde, als er die Verteidigung nach einem Konflikt des Gerichts mit dem Verteidiger übernehmen solle. Er wäre jedoch bereit, bei der Beilegung des Konflikts behilflich zu sein.

Landgerichtsdirektor Duff erklärt, daß zwischen dem Gericht und der Verteidigung durchaus kein Konflikt bestehe; der Rechtsanwalt Dr. Frey habe die Verteidigung niedergelegt und habe die Folgen, die für seinen Mandanten daraus entstehen, zu tragen.

Rechtsanwalt Dr. Schulz gibt zu erwidern, ob es doch nicht angebracht sei, einen Gerichtsbeschluss darüber herbeizuführen. Als der Vorsitzende bereits im Begriff ist, diesem Wunsch des Offizialverteidigers nachzukommen, erhebt plötzlich der Erste Staatsanwalt Dr. Steinbeck dagegen Einspruch. Er fragt, ob R.A. Dr. Schulz bereit sei, die Verteidigung zu übernehmen. Dieser erwidert, daß er die Verteidigung schon aus dem Grunde übernehmen müsse, weil er ja gesetzlich dazu verpflichtet sei. Dann fügt er hinzu: Ich bitte, zu berücksichtigen, daß ich der schwierigen Lage, die sich ergeben hat, nicht gewachsen bin; es genügt nicht, in diesem Falle allein die Prozessverichte und die Akten zu kennen. Ich sehe mich deshalb gezwungen, auf Grund des § 145, Absatz 2 der StGO die Aussetzung des Verfahrens und jedenfalls die Unterbrechung des Verfahrens, in erster Linie die Vertagung des Prozesses, und falls dies nicht möglich sein sollte, unter allen Umständen die Aussetzung der Verhandlung zu beantragen, damit ich imstande bin, den Prozeßstoff kennenzulernen.

Erster Staatsanwalt Dr. Steinbeck beantragt darauf, den Prozeß bis Sonnabend auszusetzen.

Das Gericht legt sich zur Beratung zurück. Es wird folgender Beschluss verkündet: das Gericht hat die Vertagung des Prozesses nicht für erforderlich befunden. Es hat sich aber auch nicht der Erkenntnis verschließen können, daß dem Verteidiger eine gewisse Zeit zur Vorbereitung gegeben werden müsse; damit alle Belange des Angeklagten gewahrt werden. Die Verhandlung wird bis Sonnabend unterbrochen, und somit wird der Verteidiger die Möglichkeit haben, den Prozeßstoff kennenzulernen. Ich frage Sie, Herr Verteidiger, ob Sie die Verteidigung übernehmen wollen? R.A. Schulz: Ja.

Nun erhebt sich Sachverständiger Dr. Magnus Hirschfeld. Im Namen sämtlicher ärztlicher Sachverständigen, mit Ausnahme des vom Staatsanwalt geladenen Dr. Macyed, erklärte er, daß der Gesundheitszustand des Angeklagten Kranz, der vor kurzem erst einen Schwächeanfall erlitten hat, ein derartiger sei, daß man an ihn nicht die Anforderungen stellen könne, dem neuen Verteidiger die nötigen Informationen zu geben. Es sei zu befürchten, daß der Angeklagte der weiteren Verhandlung nicht gewachsen sein würde. Die ärztlichen Sachverständigen würden deshalb den Wunsch aussprechen, daß dem R.A. Dr. Frey die Verteidigung wieder übertragen werde.

Der Vorsitzende: Es steht dem nichts entgegen, daß R.A. Dr. Frey die Verteidigung wieder übernehme. Wenn der Gesundheitszustand des Angeklagten die Information des neuen Verteidigers unmöglich machen sollte, so würde das Gericht selbstverständlich die Aussetzung des Prozesses beschließen und die Kosten des Verfahrens auf Grund der Strafprozessordnung dem R.A. Dr. Frey auferlegen.

Dr. Hirschfeld will noch etwas erwidern.

Vors.: Herr Doktor, die Verhandlung ist geschlossen. Im Gerichtssaal herrscht ungeheure Erregung. Die Mutter des Angeklagten Kranz fällt in eine schwere Ohnmacht. Vor dem Gerichtsgebäude drängen sich die Menschen. Der Angeklagte ist durch diesen Ausgang schwer erschüttert. Es verläutet, daß er, in die Wohnung der Eltern zurückgekehrt, einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten hat. Er ist in das Städtische Krankenhaus übergeführt worden.

Unwetter in Frankreich

SWD Paris, 15. Februar.

Die Stürme an der Nordküste von Frankreich dauern mit unverminderter Heftigkeit an. Der russische Dampfer „Dnjepr“, der seit drei Wochen in Brast liegt, kann die Welterreise nach dem Schwarzen Meer nicht antreten. 20 Meilen von der Küste entfernt ist der englische Dampfer „Burnside“ in Seenot geraten. Die Befahrung konnte aber von einem französischen Schiff gerettet werden. Im Innern Frankreichs sind die Flüsse infolge der anhaltenden Regengüsse in rapidem Steigen begriffen. Die Seine steht 3 Meter über dem normalen Wasserstand und dürfte in den nächsten 24 Stunden um weitere 50 Zentimeter steigen. Für Paris und die Vororte besteht vorläufig noch keine Ueberschwemmungsgefahr; dagegen werden aus zahlreichen Städten Nord- und Mittelfrankreichs Ueberschwemmungen gemeldet, die zum Teil nicht unbedeutlichen Schaden angerichtet haben.

Leukoplast spart Geld:



Wichtig für Haushalt, Werkstatt, Sport (Radfahrer, Radio-Bastler, Kanufahrer usw.) Achten Sie auf den Namen Leukoplast, da Nachahmungen im Handel sind. Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Bandagengeschäften in Rollen von 30 Pf. an.



Leukoplast ist immer gut. Wenn man sich verwunden tut. Aber nicht nur zu Verbänden. Kann man Leukoplast verwenden: Pappe, Porzellan und Glas. Alles, Alles klebt das. Ansteckdosen, Bilderrahmen, Schachteln, Schirme, Puppensamen, Gummischläuche, Badekappen, Regenmäntel, Aktentapen, Noten, Bilder, Thermometer, Goethes Faust und Struwwelpeter, Alles klebt das LEUKOPLAST. Sorg, daß Du's im Hause hast!



# Der Kampf der Metallarbeiter

## Die Antwort des DMB

Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes tagte am Dienstag und Mittwoch in Stuttgart. Die Antwort auf den Ausperrungsbeschluss der Metallindustriellen kommt in folgender Entscheidung zum Ausdruck:

Die technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen haben in allen Industrien, besonders in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie,

### eine außerordentliche Produktionssteigerung

gebracht. Dieser Prozess ist keineswegs abgeschlossen. Er geht auch künftig dauernd menschliche Arbeitskräfte in großer Zahl frei, führt bei gleichbleibenden Warenpreisen und gleichbleibenden Löhnen zur Ausfaltung immer größerer Massen aus der Industrie, vermindert deren Kaufkraft und treibt zur Massenarbeitslosigkeit und zu sozialem Elend. Der Arbeitsmarkt weist seit November 1927 eine Verschlechterung auf, die nicht nur auf saisonmäßige Einflüsse, sondern mit auf vorstehende Ursachen zurückzuführen ist. Um diese Verschlechterung auszuhalten und eine Besserung der Wirtschaftslage zu erzielen, müssen alle die Konjunktur beeinflussenden Faktoren zur Anwendung kommen: weitgreifende Wohnungspolitik, soziale Gestaltung der Steuern, durchgreifende Maßnahmen gegen die Marktherrschaft durch Monopole, Abbau der Zölle, in erster Linie aber

### Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhung,

die der Produktionssteigerung entspricht. Diese ist nicht nur eine soziale Pflicht, sie ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Der erweiterte Beirat erwartet vom Vorstand, daß er Einsparung und Abbau des Verbandes dieser Pflicht und Notwendigkeit entsprechend einseht. Er erkennt die Maßnahmen, die vom Vorstand beim Ablauf des seit März 1927 gültigen Lohnabkommens in der Metallindustrie Mitteldeutschlands getroffen wurden, nachdem die Unternehmer jede Lohnerhöhung ablehnten und der Schlichter einen völlig unzureichenden Schiedsspruch fällte. Der erweiterte Beirat spricht den im Kampf befindlichen Kollegen Mitteldeutschlands und Sachsens seine Solidarität aus. Die neuerlich vom Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angefordigte

### Gesamtausperrung der deutschen Metallarbeiter ist eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung,

um dadurch den berechtigten Anspruch der Arbeiter auf Sicherung ihrer Lebenshaltung und Teilnahme an der steigenden Ertragskraft der deutschen Produktion niederzuschlagen. Diese Antündung der Metallindustriellen ist zugleich eine Schädigung der deutschen Wirtschaft, wofür die Unternehmer die Verantwortung zu tragen haben. Der Deutsche Metallarbeiterverband sieht den Maßnahmen der Metallindustriellen mit größter Ruhe in dem Bewußtsein entgegen, daß seine Lohnforderungen berechtigt sind und zugleich im wohlverstandenen Interesse der gesamten Wirtschaft liegen. Der erweiterte Beirat erwartet, daß die Kollegen den ihnen aufgesetzungen

### Kampf in der gleichen muttergütigen Weise fortsetzen,

bis die Unternehmer zu einem die Arbeiter befriedigenden Abschluß bereit sind. An die Gesamtmitgliederschaft richtet der erweiterte Beirat die Aufforderung, diese Zeit der zunehmenden Kämpfe zur Gewinnung der noch absehbaren Metallarbeiter zu brauchen, damit dem Unternehmertum in allen Bezirken eine geschlossene organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft entgegengesetzt werden kann.

## Gewinne und Löhne in der Metallindustrie

Die Metallindustriellen geben sich alle Mühe, die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie merken wohl, daß sich das Unternehmertum mit der nun wiederholten Androhung einer Kesselausperrung auch in weiteren Kreisen des Bürgertums keine Freunde erwirbt. Deshalb lassen die Metallindustriellen verstanden, daß man zwar ihren Ausperrungsbeschluss nicht nur als letzte Drohung betrachten dürfe, daß er jedoch im Grunde genommen nur eine vorläufige Maßnahme sei. Auch damit wird wiederum nur bestätigt, daß es im wesentlichen darauf ankommt, dem Reichsarbeitsministerium demonstrativ einen Grund zu geben, ein neues Schlichtungsverfahren einzuleiten.

Zwischen wird aus der neuesten Nummer der Zeitschrift Maschinenbau in der bürgerlichen Presse das Zahlenmaterial verbreitet, das die "schlechte Lage" dieses bedeutenden Teiles der Metallindustrie dazumal zeigt. Es werden Bilanzergänze von 110 Aktiengesellschaften des deutschen Maschinenbaus für 1926 veröffentlicht, aus deren Zusammenfassung man abgesehen von Verlusten einen Reingewinn für das Jahr 1926 in Höhe von nur 1,8 Prozent der eigenen Mittel herausgerechnet hat. Auf das Aktienkapital allein bezogen, soll der Reingewinn im Jahre 1926 nur 2 Prozent betragen haben gegenüber rund 17 Prozent im Jahre 1918.

Die mitgeteilten Zahlen beziehen sich auf das Jahr der Krise 1926. Selbst wenn sie verlässlich wären, würden sie nichts darüber ausagen, in welcher Weise sich das Hochkonjunkturjahr 1927 in den Ergebnissen der Maschinenfabriken geäußert hat. Aber die Rechnung ist, von welcher Seite man sie auch betrachten mag, falsch, irreführend. Der Reingewinn ist schon längst kein Gradmesser mehr für Gedeihen oder Nichtgedeihen von Unternehmungen. Er ist ein solcher Gradmesser für die Jahre seit 1925 um so weniger, als in diesen Jahren die tatsächlich in oft gewaltiger Höhe erstellten Ueberschüsse durch die Rationalisierung aufgezehrt worden sind. Das heißt, man hat nicht Reingewinne ausgewiesen, keine Dividenden ausgeschüttet, sondern den sogenannten inneren Wert der Unternehmungen gekürzt. Das gilt für die Maschinenindustrie so gut wie für andere Industrien.

Wie extrem sich heutzutage die vorsorgende Gewinnpolitik der Aktiengesellschaften äußert, ist aus manchen Beispielen zu ersehen. Das Magazin der Wirtschaft schloß sich durch die unbestreitbare Tatsache solcher Politik veranlaßt, sich mit den dadurch aufgeworfenen Fragen am 9. Februar in einem Artikel "Dividendenpolitik" zu befassen. In diesem Artikel wird festgestellt, daß bei den Verwaltungen der Aktiengesellschaften die Tendenz besteht,

"möglichst große Teile des Ertrags zurückzubehalten, zur 'inneren Kräftigung', wie es heißt, zur solchen Abschreibung von Anlagen, bei denen die Gefahr besteht, daß sie vorzeitig verfallen, zu Versuchen, um bei dem künftigen Fortschritt der Technik nicht plötzlich ins Hintertreffen zu geraten, zur Ansammlung von Rücklagen, um bei einem nicht vorauszu sehenden Umschwung die finanzielle Möglichkeit zu haben, sich auf andere Produktionsmethoden umzustellen".

Die Verwaltungen der Aktiengesellschaften sind jetzt noch mehr als früher befreit, so sagt das Magazin der Wirtschaft, "große Teile der Gewinne zur inneren Kräftigung der Unternehmen zurückzuführen". Dagegen mehren bereits die nicht an den Verwaltungen beteiligten Aktionäre. Es wird zwar auf alle mögliche Weise versucht, auch vor ihnen die Gewinne zu verdecken, aber man bringt dies doch nicht so gut fertig, daß nicht Anzeichen davon bemerkbar würden, die verstimmen. Das Magazin der Wirtschaft rät deshalb: "Die Verwaltungen sollten aber die nicht verteilten Gewinne ausweisen und den Aktionären die Möglichkeit geben, sich selbst über die Dividendenpolitik der Verwaltung ein Urteil zu bilden." Jedenfalls liegt also auch für das Magazin der Wirtschaft die Tatsache des Bilanzschwindels an sich durchaus fest. Auch die Maschinenbaufirmen werden sich damit abfinden müssen, daß man ihren Zahlen deshalb nicht glaubt.

Dafür steht aber eine andere Tatsache um so fester. Und diese Tatsache ist, daß die Löhne in der Metallindustrie durchschnittlich außerordentlich stark hinter den Löhnen

anderer Industrien zurückbleiben. Am 1. Januar 1928 ermittelte das Statistische Reichsamt im Reichsdurchschnitt tarifmäßige Wochenlöhne in Höhe von Mark:

	für Gelehrte für Ungelernte	
im Baugewerbe	50,13	48,37
in der Brauindustrie	55,33	48,06
im Bergbau	54,30	38,46
im Holzgewerbe	51,34	44,84
im Buchdruckgewerbe	50,96	43,84
im Reichsdurchschnitt aller Gewerbe	49,82	37,43
in der Metallindustrie	48,93	34,25

Die tarifmäßige Lohngestaltung in der Metallindustrie ist demnach alles andere als befriedigend, und es ist deshalb durchaus verständlich, daß ganze drei Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde, die nun auch noch hätten für eine lange Zeit ausreichen sollen, von den mitteldeutschen Metallarbeitern als durchaus ungenügend empfunden wurden. Nach der gleichen Statistik haben die gelehrten Metallarbeiter vom Januar 1927 bis zum Januar 1928, also im Verlauf eines ganzen Jahres, eine Lohnsteigerung um 3,16 Mark, also von noch nicht sieben Prozent, erzielt. Etwas besser sind die ungelerten Metallarbeiter weggekommen, die in derselben Zeit eine Lohnerhöhung von 3,13 Mark erreichten, also etwa 10 Prozent.

Die deutschen Metallarbeiter gelten mit Recht als besonders qualifizierte Arbeitskräfte. Sie haben in besonderem Maße die Beschleunigung des Arbeitstempos durch die Rationalisierung erfahren. Für die Zukunft erwartet man gerade von ihnen für die Steigerung der industriellen Weltleistung Deutschlands, wie es so schön in der Unternehmensprognose heißt, besondere Leistungen. Man ist aber weder geneigt, diese besonderen Leistungen mit besonders hohen Löhnen zu entgelten, noch auch einen Ausgleich für die Mehrleistungen durch die Rationalisierung zu gewähren.

Die Metallindustriellen irren sich allerdings, wenn sie meinen, daß ihr Widerstreben ein ausreichender Grund sei, die Ansprüche der Metallarbeiter zurückzuweisen. Die Metallarbeiter haben dagegen einen ganz anders gearteten Willen und vor allem ihre gewerkschaftliche Macht einzulegen. Allerdings könnte man dem Ausgang des jetzigen Kampfes mit noch größerer Zuversicht entgegen sehen, wenn das Organisationsverhältnis der Metallarbeiter ein noch besseres wäre. Aber trotzdem: die Metallarbeiter werden nicht schuldlos mit sich treiben lassen, weder von den Metallindustriellen, noch von Herrn Brauns, dem Reichsarbeitsminister.

## Sachsens Industrielle solidarisch

zu Dresden, 15. Februar.

Der Verband der Metallindustriellen, Bezirk Dresden, hat in seiner letzten Generalsammlung einstimmig beschlossen, die Abschwächung des Gesamtverbandes Berlin zugunsten des heimischen Mitteldeutschlands nachdrücklich zu unterstützen. Der Verband wendet sich in einer längeren Erklärung an die Öffentlichkeit, in der er diese Stellungnahme begründet und heftige Vorwürfe gegen die Haltung des Reichsarbeitsministers erhebt.

### Ein Sonderlichter

zu Berlin, 15. Februar.

Zum Schlichter in dem Metallarbeiterstreik ist Ministerialrat Hauschild ernannt worden. Beide Parteien sind bekanntlich zum Freitag zu Schlichtungsverhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen worden.

## Simmerer Leipziger!

Am 14. Februar fand im Volkshaus eine gut besuchte Funktionärerversammlung statt. Laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 17. Januar hatte dieselbe die Aufgabe, Wahlvorschläge zum Jahrestellenposten aufzustellen und Anträge zur Generalsammlung vorzubereiten. Die Kommunisten setzten unter der Flagge der Demokratie und glaubten damit Gimpelgang unter den Mitgliedern treiben zu können. Nicht weniger als 14 Wahlvorschläge waren von der Opposition eingebracht; zusammengefaßt, ergab sich ein Wahlvorschlag von 13 Mitgliedern, die sich Kommunisten nennen. Ein weiterer Antrag verlangte: In Delegiertenversammlungen wird den Hauskassieren das Stimmrecht entzogen. Ferner war beantragt, eine gemeinschaftliche Liste aufzustellen.

In der Aussprache wurde von unseren Genossen verlangt, sich über die Schreibweise der SAZ auszusprechen. Diejenigen Mitglieder, die sich mit dem Schmutzartikel "Schurkenstreich von Kronsberg und Genossen" einverstanden erklärten, sollten den Mut aufbringen, dasselbe zu beweisen; trotzdem der Artikelshreiber anwesend war, brachte aber kein Kommunist den Mut auf, den Nachweis anzutreten. Aus diesem Grunde lehnte es die Versammlung gegen 15 Stimmen ab, eine gemeinschaftliche Liste aufzustellen; ebenfalls wurde der Antrag, den Hauskassieren das Stimmrecht in Delegiertenversammlungen zu entziehen, gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Da von den "Kommunisten" keine durchschlagenden Argumente gegen die Tätigkeit des jetzigen Vorstandes angeführt werden konnten, wurde derselbe von unseren Genossen, mit Ausnahme von zwei Besitzern, die ihr Amt zur Verfügung gestellt hatten, wieder vorgeschlagen. Die kommunistische Liste war die altbekannte:

Kameraden! Erscheint nun zeitlos am Sonntag in der Generalsammlung und wählt die Liste I: Kronsberg — Dösch — Fröhlich — Morgenstern!

## Der schwindende Einfluß der SPD

Bei der Spaltung der USPD im Jahre 1920 besaß die SPD zweifellos den maßgebenden Einfluß auf die Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Hallischen Bezirk. In den Ortsverwaltungen von Halle, Merseburg, Bitterfeld, Eisenburg, Wittenberg, Sangerhausen, Staßfurt, Weißenfels, Wittenberg, Bernburg, Jena, Eisenburg, Bernburg, Bodwitz, Heilbrunn und Artern sahen damals kommunistische Leitungen, so daß maßgebende Führer der SPD erklären konnten, die Zeit werde nicht mehr fern sein, wo man den Metallarbeiterverband ganz erobert haben werde. Wie "erfolgreich" man in den folgenden Jahren gewesen ist, erweist man daraus, daß zu Beginn dieses Jahres die Kommunisten nur noch in Halle, Sangerhausen, Eisenburg, Staßfurt, Wittenberg und Naumburg dominierten.

Während des jetzt in der Metallarbeiterindustrie tobenden Kampfes hat sich das Bild noch weiter zu Ungunsten der SPD verschoben. In Eisenburg wurde der Metallarbeiterführer Rittermüller aus der SPD ausgeschlossen, weil er die Einmischung seiner Partei in den Metallarbeiterkampf ablehnte, weitere kommunistische Funktionäre werden ihm freiwillig folgen. Dasselbe ereignete sich in Staßfurt, wo aus dem gleichen Grunde der geistige Führer der SPD und Fraktionsvorsitzende der Stadtverordnetenfraktion, Samuel, aus der Stalin-Partei selbst austrat. Bereits haben verschiedene SPD-Funktionäre sich seinem Vorgehen angeschlossen. Mit dem Austritt Samuels und dem Ausschluß Rittermüllers sind nunmehr auch die Eisenburger und Staßfurter Ortsverwaltungen des Metallarbeiterverbandes für die SPD verloren. Diese Vorgänge zeigen, daß die SPD drauf und dran ist, auch die Hochburg ihres Einflusses, den Hallischen Bezirk, gänzlich zu verlieren. Die Auseinandersetzungen mit der neuen Aktionärspartei werden diesen Entwicklungspfad beschleunigen.



ma Taucha. Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung liegt ein Dringlichkeitsantrag des Rates vor, in dem den Stadtverordneten Kenntnis gegeben wird von einer Entscheidung der Gemeindevorstände, monach für die Stadt Taucha ein Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer von 150 Prozent festgelegt worden ist, und die Erhebung einer Befallungssteuer, weil als Kopfsteuer gedacht, gesetzlich nicht zulässig ist. Deswegen hat der Kreisauschuß die Beschwerde der bürgerlichen Fraktion wegen Festsetzung der Mietpreise für die Neubauwohnungen in der Lindnerstraße abgelehnt. Die bürgerliche Fraktion wollte die Mieten in den Neubauwohnungen bedeutend erhöhen, da sie in keinem Verhältnis zu den Gestehungskosten ständen. Die Linksmehrheit der Stadtverordneten und auch der Rat blieben aber auf dem Standpunkte des Ausschusses, der die Mieten analog denen der anderen Grundstücke in der Lindnerstraße festgelegt hatte, bestehen. — Die Stadtverordneten beschließen, gegen die in der Schiedsrichters Denkschrift zur Verwaltungsreform vorgeschlagene Aufhebung des Amtsgerichts Taucha Protest dahin zu erheben, daß das Amtsgericht Taucha erhalten bleiben soll. Die Kommunisten wenden sich nicht gegen die Verlegung des Amtsgerichts Taucha, sie sind im allgemeinen gegen diese bürgerlichen Gerichte. — Auf Grund gesetzlicher Forderung wird die Ruhestandsunterstützung für die Beamtinnen wie folgt festgelegt: Nach 10 Dienstjahren 250 Mark, nach 15 Dienstjahren 375 Mark, nach 20 Dienstjahren 500 Mark, nach 25 Dienstjahren 625 Mark und nach 30 Dienstjahren 750 Mark. — Im Hinblick auf eine Bestimmung im Reichsgesetzesentwurf beschließen die Stadtverordneten einstimmig, in der Ortschulordnung die Pflichtigkeit der Volksschule festzulegen. Die Ortschulordnung ist dahingehend umzuändern. — Für ganzjährige Schülerwanderungen sollen den Führern 75 Proz. der staatlichen Sätze vom 1. April 1927 an gezahlt werden. — Für den Schulhausmeister ist eine neue Dienstordnung aufgestellt worden. Es wird noch beschlossen, nach dem Vorbild der Leipziger Volksschulen dem Schulhausmeister für die dauernde Dienstbereitschaft eine Entschädigung von 10 Prozent des Grundgehältes zu gewähren. — Einstimmig werden die Bezüge des Dentisten Kube für die Schulhauspflege auf 250 Mark pro Stunde vom 1. Januar 1928 an festgelegt. Weiter wird beschlossen, für den Zeitraum der Schule eine Hobelbank anzuschaffen, die Kosten betragen 234 Mark. — Infolge Anlegung der Platanen- und Erneuerung der Brücke macht sich die Erhöhung des Fußweges von der Leipziger Straße nach der Gräßdorfer Straße notwendig; die Kosten werden vom Bauamt auf 1650 Mark veranschlagt. — Für Weihnachtsgeldbescheinigungen, die vom Bezirk an Fürsorgeempfänger, Sozial- und Kleinrentner und Erwerbslose gegeben worden sind, muß die Stadt ein Drittel zuzahlen, dazu sind 1576 Mark erforderlich; einstimmig wird diese Summe bewilligt.

Seegerich. Aus dem Gemeindeparkament. In ihrer ersten Sitzung, die die Verordneten in diesem Jahre abhielten, wurde mit Stimmenmehrheit der Bürgermeister Baasch zum Verordnetenvorsitzer, der Bürgerliche Schulze zu dessen Stellvertreter gewählt. Nach Kenntnisnahme eines Schreibens der Amtshauptmannschaft, den Grundstücksverkauf Merseburger betreffend, wurde mit fünf Stimmen beschlossen, das Verkaufsrecht geltend zu machen. Ferner wurde Protest an der zuständigen Stelle gegen die Beschäftigung der Aufhebung des Amtsgerichts Taucha eingelegt und einigen Wegebauten zugestimmt. Schließlich wurde auf Antrag des Genossen Klotz beschlossen, wegen des Schulgrundstücks Feststellungsfrage einzulegen.

u. Gahwitz. Gemeindeparkament. In ihrer ersten Sitzung, die die Verordneten in diesem Jahre abhielten, wurde mit Stimmenmehrheit der Bürgermeister Wernet und als dessen Stellvertreter Gen. Kirmse und Herr Kötch wiedergewählt worden. Es wird Kenntnis genommen von einem Schreiben des Verbandes der Saalinhäber, worin der Wunsch ausgedrückt wird, die Vermögenssteuer auf Antrag zu ermäßigen mit Rücksicht auf die angefallene schlechte wirtschaftliche Lage der Saalinhäber. Der Gemeinde ist die Möglichkeit gegeben, jetzt einen Knaben nach Tannenmühle zur Erholung zu schicken, was einstimmig beschlossen wird. Der Bürgermeister gibt Kenntnis davon, daß eine Kommission der Amtshauptmannschaft die besten Straßen besichtigt habe mit dem Ergebnis, daß Gahwitz nicht die schlechtesten Straßen besitze. Es dürfte sich eine Besichtigung der Straßen bei Regenwetter empfehlen, um zu erkennen, daß diese dann eines Ortes wie Gahwitz mit so regem Verkehr nicht würdig sind. — Die Gemeindefeuerordnung wird in zweiter Lesung genehmigt. Der Bezirksverband stellt der Gemeinde anteilig Mittel zur Kinderpeisung zur Verfügung. Die Gemeindevorordneten beschließen, wie im vorigen Jahre die Kinderpeisung auf 4 Wochen, beginnend am 15. Februar, wieder einzuführen. Die Verabsorgung der warmen Milch mit Brötchen geschieht in der Kolonnade des Gastwirtes Frieße und zwar 17,30 Uhr. Die Vergebung des Auftrages auf Lieferung eines neuen Dampfessels für ein Gemeindegasthaus wird dem Bauauschuß übertragen. Der Zusammenstoß der Gemeindevorordneten im November vorigen Jahres wegen einer Entscheidung gegen das Reichsgesetz hat Veranlassung gegeben, die Geschäftsordnung zu revidieren. Die SPD-Fraktion allein kam mit einwandfreien Vorschlägen zur Sitzung, die auch restlos von dem Kollegium angenommen wurden.

Gammert. Öffentliche Gemeindevorordnetenversammlung. Als Stellvertreter des Verordnetenvorsitzers wird gegen 3 Stimmen Herr Oswald gewählt. Dem Finanzausschuß wird auf Antrag des Genossen Sommer die Frage der Gehaltsregelung des Bürgermeisters, des Steuernehmers sowie des Gemeindevorstehers überwiesen. Zur Kenntnis genommen wird die mit der Stadt Brandis getroffene Regelung wegen Beleuchtung der Bahnhofstraße. Für sieben die Volkshaus in Höhe von 42 Mark beschuldete Schüler werden Kosten in Höhe von 42 Mark übernommen. — Bestätigt wird die Wiederwahl des Hauptmanns der Feuerwehr. — Zur endgültigen Regelung wird dem Finanzausschuß ein Gesuch der Arbeitslosen um Gewährung einer einmaligen Beihilfe überwiesen. Derselben Ausschuss wird auch eine beantragte Regelung des Wasserzuges überwiesen.

p. Schkeuditz. Parteimitgliederversammlung. Genosse W. B. Leipzig, hielt in gabelschier. Versammlung einen ebenso interessanten wie lehrreichen Vortrag über die Presse. Anschaulich unterstützt wurde dieser Vortrag durch Vorführung von Lichtbildern. Im Bilde zeigte er, wie sich die sozialistische Presse während des Krieges zwangswise umstellen mußte und wie sie gewaltig gedehnt wurde. Der stärkste Nachfaktor im politischen wie ebenso im wirtschaftlichen Kampfe ist die Presse. Die Arbeiterschaft hat dies bisher nur zu einem geringen Teile erkannt. Tausenden sogenannter unparteiischer Zeitungen stehen circa 180 sozialistische Zeitungen entgegen. Frühere Zeitungen schreiben außerdem nach jedem Mannes Gehirne, richten aber um so größeren Schaden an, da gerade diese Presse, die verdeckte Reaktion verkörpert und täglich in viele Millionen Köpfe ihr Gift verpumpt. In jede Arbeiterfamilie geht die sozialistische Presse.

Zur Unterbezirkskonferenz in Merseburg wurden die Genossen Wagner, Dittmar, Pehold und die Genossinnen Schulze und Holber delegiert.

Der Friseur Weith, Markt, hat die Leipziger Volkszeitung abbestellt, ein halbes Duzend bürgerlicher Zeitungen wird aber von ihm gehalten. Er dokumentiert damit, daß er die sozialistischen Arbeiter- und Arbeiterinnen lieber gehen als kommen sieht. Möge jeder dies beachten.

Karl-Eitlinger. Abend. Der Arbeiter-Bildungsausschuß hatte mit dieser Veranstaltung einen glücklichen Erfolg. Das vollbesetzte Haus kam auf seine Rechnung. Karl-Eitlinger, München, verstand es, mit seinem ihm eigenen Humor eine wirklich fröhliche Stimmung zu schaffen.



## Konzentration der Produktionsmittel

Der Fragenkomplex, der sich mit der Konzentration der Produktionsmittel in einer immer geringeren Zahl von Händen befaßt, vergrößert sich in gleichem Maße, in dem die Bedeutung der Frage der Konzentration in der praktischen Wirtschaftsführung wächst. Aber wir mühten uns bei den bisherigen Diskussionen über dies Thema mit Wahrscheinlichkeitsrechnungen begnügen, die auf sich probenartigen Teilzählungen aufgebaut waren. Erst jetzt ist es möglich, zusammenfassende, zuverlässige Zahlen als Beweismittel heranzuziehen.

Das Statistische Reichsamt bringt uns jetzt die Zählungsergebnisse aus der großen Volks-, Betriebs- und Berufszählung von 1925, die sich mit der Aufstellung der deutschen Gewerbebetriebe auf Klein-, Mittel- und Großbetriebe befaßt. Wir bekommen damit das Material in die Hand, mit dessen Hilfe wir endlich unsere Behauptungen unterlegen, ja sogar beweisen können?

**Daß die Großbetriebe die Klein- und Mittelbetriebe immer mehr aufsaugen;**

wir können nun sogar feststellen, in welchem Maße sie das tun. Natürlich kann es nicht unsere Aufgabe sein, im engen Rahmen eines Zeitungsartikels alle Folgerungen zu ziehen, die möglich und wissenschaftlich sind. Aber wir geben das Wichtigste der Statistik wieder. Das Statistische Reichsamt nimmt folgende Einteilung der Größenklassen vor:

Kleinbetriebe = bis zu 5 beschäftigten Personen.  
Mittelbetriebe = von 6-50 beschäftigten Personen.  
Großbetriebe = über 50 beschäftigten Personen

Am Zählungstermin (16. Juni 1925) ergaben sich 89,1 Prozent Klein-, 9,7 Prozent Mittel- und 1,2 Prozent Großbetriebe. Das scheint unsere obigen Behauptungen Lügen zu strafen. Das Entscheidende sind aber die Zahlen der beschäftigten Personen; die sind nun zwar seit 1907 bei den Kleinbetrieben ebenfalls gewachsen, aber nicht in dem gleichen Maße, in dem die Erwerbstätigkeit überhaupt gewachsen ist. Der Anteil der Kleinbetriebe ist zurückgegangen. Betrug er 1907 = 23,4 Prozent, so stand er 1925 auf 22,4 Prozent. Dabei darf man nicht vergessen, daß sich der Konzentrationsprozeß seit 1925 verschärft hat. Das muß man auch bei der Betrachtung der folgenden Tabelle beachten, die das prozentuale Verhältnis der einzelnen Größenklassen zueinander in der Entwicklung 1907-1925 beleuchtet:

Größenklasse	1907		1925	
	Zahl der Betriebe	beid. Verh.	Zahl der Betriebe	beid. Verh.
Kleinbetriebe	89,7	28,4	87,1	22,4
Mittelbetriebe	8,9	23,4	11,1	22,8
Großbetriebe	1,4	48,2	1,8	54,8
davon Betriebe mit mehr als 1000 Verh.	0,02	11,9	0,04	16,6

Selbst dem flüchtigen Betrachter muß die gegensätzliche Bewegung der beiden Zahlenreihen auffallen. Es ist bedauerlich, daß die Einteilung nach Größenklassen keine schärfere Unterteilung zeigt. Wir hoffen, daß die gesammelten Ergebnisse der Zählung diese Lücke ausfüllen werden. Solange wir die genaueren Angaben vermissen müssen, sind wir gezwungen, uns die Hoffnungen wenigstens herauszusuchen. Da sehen wir eine Zusammenfassung des heutigen Standes in den industriellen Großbetrieben, deren wichtigste Angaben wir in einer Tabelle zusammenfassen wollen:

Größenklasse	Zahl der Betriebe	Zahl der beid. Verh.	Zahl der PS
51 bis 200 Verh.	25 492	2 392 337	2 693 810
201 bis 500 Verh.	5 036	1 528 239	2 201 853
501 bis 1000 Verh.	1341	928 806	2 120 441
1001 bis 2000 Verh.	567	777 480	7 217 519
2001 bis 5000 Verh.	259	771 592	2 842 136
mehr als 5000 Verh.	66	559 953	2 723 760

Innerhalb der Größenklasse der industriellen Großbetriebe zeigt sich also folgendes: Je größer der Einzelbetrieb, desto kleiner die Gesamtzahl der Betriebe. Auch die Zahl der beschäftigten Personen geht zurück, aber nicht im Maße der Betriebszahl. Die Größe der motorischen Kraft, die auf den einzelnen Arbeiter entfällt, steigert sich mit der Größe des Betriebs ganz erheblich.

Tausend Einzelheiten, die uns bei der Vertiefung der amtlichen Zahlen ins Auge springen, könnten wir noch schildern. Da das nicht möglich ist, begnügen wir uns mit den angeführten und besprochenen Hauptpunkten, die schon allein zeigen, daß unsere Behauptungen über die Konzentration der Produktionsmittel in weniger Händen keineswegs übertrieben waren. Noch einmal weisen wir darauf hin, daß wir dank der „ungeheuer schnellen“ Arbeit des Statistischen Reichsamts erst jetzt — nach zweieinhalb Jahren — über Teilsergebnisse der Zählung verfügen, und daß man deshalb darauf achten muß, daß von Mitte 1925 bis Anfang 1928 die Konzentration ungeheuer schnell fortgeschritten ist. So interessant die angegebenen Zahlen auch sind, so sind sie schon historisch geworden, schon von der Wirklichkeit überholt.

## Starke Spartätigkeit

Aus der soeben zur Veröffentlichung gelangenden Sparsparlagenstatistik der Sparkassen Deutschlands ergibt sich im Vergleich mit den Vorkriegsjahren, daß die Neueinlagen in den letzten Jahren alle Vorkriegsjahre übertrafen haben. Es betrug nämlich in Millionen Mark:

Jahr	Bestand Ende des Jahres	Zunahme im Jahre	Durchschnittsvermehrung pro Monat
1906	14 553	632	53
1909	15 672	1119	93
1910	16 781	1109	92
1911	17 822	1041	88
1912	18 680	858	71
1913	19 689	1009	84
1926	3 090	1479	123
1927	4 665	1575	131

Von dieser Seite aus vollzieht sich also eine Kapitalneubildung in außerordentlich schnellem Tempo. Wenn auch die Höhe des nach der Inflation angefallenen neuen Sparsparlages noch weit hinter dem in diesen Jahrzehnten angefallenen Vorkriegs-Sparksparlages zurückbleibt.

## Eisen direkt aus Erz?

Dem Berliner „Börsen-Courier“ wird von seinem Stockholmer Mitarbeiter berichtet: In Schweden soll ein neues Unternehmen gegründet werden, das die Ausbeutung der neuerdings bekanntgewordenen „Hobin-Methode“ übernehmen soll. Die Bedeutung dieses neuen Unternehmens dürfte aus dem Start-Kapital ersichtlich sein, das sich laut Stiftungsurkunde auf mindestens 8 Millionen Kronen belaufen wird. Die genannte Methode besteht in einer bekannten schwedischen Erfindung der beiden Ingenieure S. Hobin und E. Gustafsson. Mit deren Anwendung kann man direkt aus den Erzen mittels elektrischer Densschmelzbares Eisen und Stahl als auch besonders wertvolles Eisen und Stahl auszubereiten. Es wurden bereits Versuche in Uddeholmen, Forshaga und Jagerla angestellt und die Neubildung des Unternehmens läßt darauf schließen, daß die Resultate zufriedenstellend waren. Die nun gebildete Gesellschaft, zunächst eine „Hobin-Compagnie“, soll „Hobin-Järn Aktiebolag“ benannt werden und ihr Aktienkapital wird mindestens 8, höchstens 24 Millionen Schwedenzonen sein.

## Ausbau der Wirtschaftsorganisationen der freien Gewerkschaften

Die von der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.G., im Oktober 1925 gegründete Treuhand- und Steuerabteilung hat infolge erfreulicher Antragsnahme durch den Kundenkreis der Bank eine solche Ausdehnung erfahren, daß es zweckmäßig erschien, ihre in Form einer selbständigen Gesellschaft eigene Rechtspersönlichkeit zu verleihen. Dadurch wird die bisher jederzeit gewährte und gewährte Vertraulichkeit gegenüber den übrigen Instanzen der Bank noch stärker zum Ausdruck gebracht. Die neue, mit einem Stammkapital von 200 000 Mark ausgestattete Gesellschaft führt die Firma

Gesellschaft für Vermögensverwaltung und -verwaltung (Treuhand und Revision) mit beschränkter Haftung.

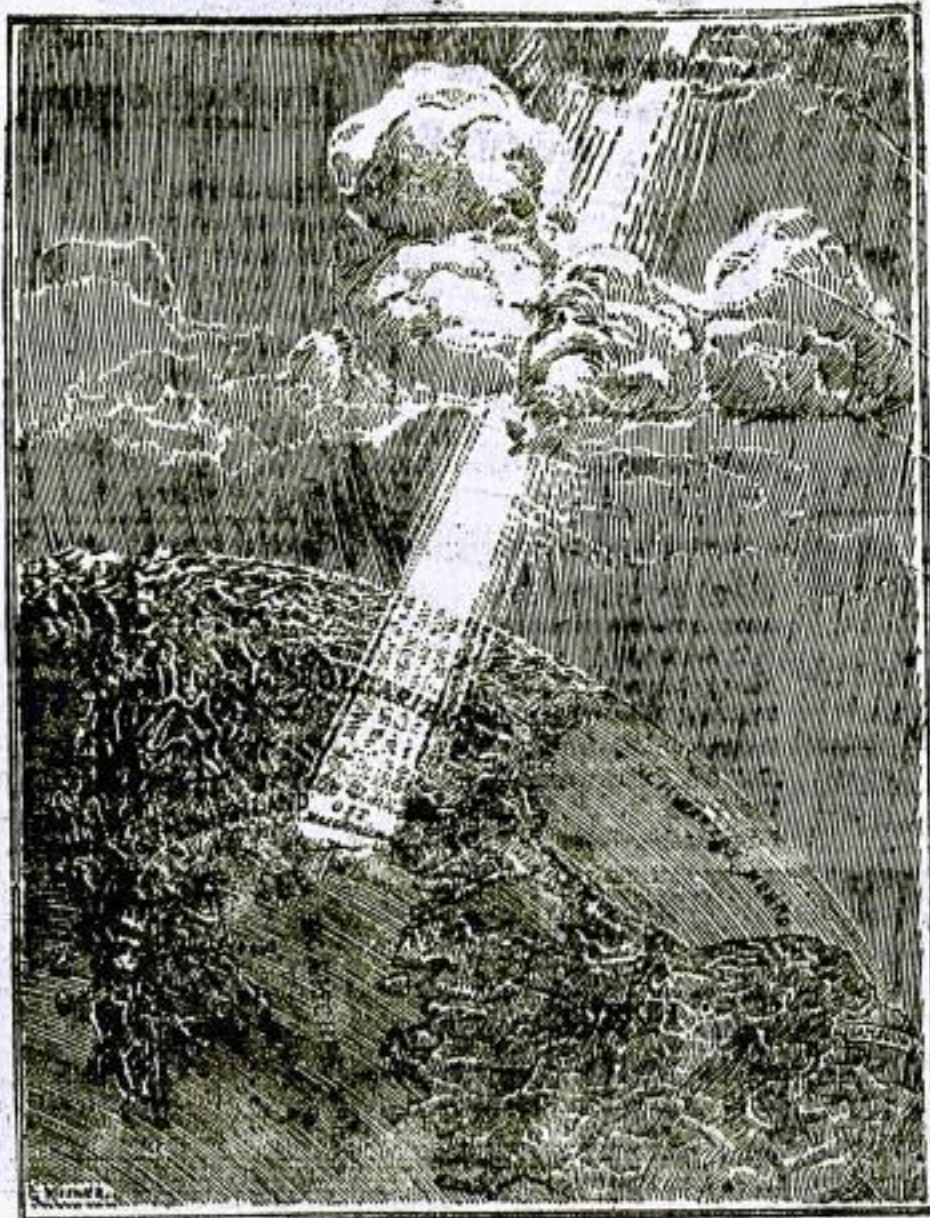
Die Gesellschaft hat sich n. a. folgenden Aufgabenzwecken gestellt: Die Übernahme von Vermögensverwaltungen aller Art und des Amtes als Pfandhalter oder Treuhänder, die Übernahme regelmäßiger, gelegentlicher und dauernder Prüfungen und Überwachungen der Buchführung, der Abschüsse, der Abrechnungen und der Rentabilität kaufmännischer und gewerblicher Firmen, von Einzellieferanten, von Gesellschaften aller Art, von Behörden, von Vereinen, von landwirtschaftlichen Betrieben usw., einschließlich der Beratung in allen die Buchführung und Abschüsse betreffenden Angelegenheiten und in Steuerfragen; ferner die Übernahme aller Geschäfte, die mit der Liquidation von Firmen, Vereinen oder einzelnen Vermögensmassen zusammenhängen, insbesondere auch die Übernahme von Rechten und Forderungen zum Zwecke des Inkassos; ferner die Wahrung der Rechte von Inhabern notleidender Hypotheken und die Vertretung der Besitzer von Schuldverschreibungen; die Übernahme der Ordnung von Gesellschaften und Vereinen, die in finanzielle Schwierigkeiten oder deren Verhältnisse in Verfall geraten sind; die Wahrung der Rechte von Aktienbesitzern aus deren Aktien, die Übernahme von Aktienregistrierungen und Umschreibungen für Gesellschaften jeglicher Art; die Annahme von Wertpapieren zur Hinterlegung und die Ausfertigung von Zertifikaten an Stelle der hinterlegten Wertpapiere usw.

Die Firma Max Singewald u. Co., Aktiengesellschaft in Leipzig, Leutzsch, hat ihren Gläubigern die Mitteilung zugehen lassen, daß sie ein Moratorium bis 30. 9. 1928 anstrebt. Die Darlegung der Gründe, sowie des Status erfolgt in einer einberufenen Gläubigerversammlung. Der mit Aufträgen gut versichene Betrieb arbeitet weiter.

16 Prozent Dividende — aber pessimistisch. In der Aufsichtsratsitzung der Leipziger Baumwollspinnerei wurde beschlossen, daß für das abgelaufene Geschäftsjahr wieder eine Dividende von 16 Prozent in Vorschlag zu bringen. Die Verwaltung wird sich im Geschäftsbericht wie folgt äußern: „Es liegen Aufträge zunächst noch für einige Monate vor. Die Aussichten für ein ungestörtes und erfolgreiches Arbeiten sind aber durch die Erleichterungen, die auf der einen Seite unserer ausländischen Konkurrenten durch die Ermäßigung der Zölle gemacht worden sind, und auf der anderen Seite infolge der Besteuerung der eigenen Produktion durch steigende Steuerlasten, erhöhte Löhne und verkürzte Arbeitszeit recht ungünstig geworden.“

Bei der russischen Sowjetregierung werden zur Zeit alle Maßnahmen getroffen, um beim Beginn der Schiffsfahrperiode aus dem Hafen von Leningrad einen Durchgangshafen großen Stils und eine Hauptbasis für den Handelsverkehr der Sowjetunion mit dem Ausland zu machen. Unter anderem beschäftigt die Direktion der russischen Handelsflotte zur Förderung des Güterverkehrs einen regelmäßigen Schiffsverkehr — dreimal im Monat — auf der Strecke Leningrad—Sibirien—Hamburg—London einzurichten.

# SONNE auf MACEDONIEN



MACEDONIEN gilt als das Land, in welchem die amerikanische Tabakpflanze zuerst im Orient heimisch wurde. Neben ihm darf man auch die Distrikte um Samsoun und Smyrna als Zentren einer alten Tabak-Kultur nennen, wenn sie auch nicht die Bedeutung Macedoniens erlangten.

Als der Zigaretten-Konsum eine gewaltige Steigerung erfuhr, und der Weltbedarf an Orienttabak immer größer wurde, reichten diese Anbauflächen nicht mehr aus. Wie bei andern edlen Naturprodukten, die der Menschheit zu einem Bedürfnis wurden — zum Beispiel beim Wein — so vollzog es sich auch hier. Aus dem ursprünglichen Anbaugbiet ging man in die Nachbardistrikte, aus dem Tal des Hauptflusses in die Nebentäler, vom Festland auf die Insel. Schliesslich überflutete die Losung Tabak-Anbau wie eine Welle alle benachbarten Länder. Nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre wurden folgende Tabakmengen produziert: in GRIECHENLAND jährlich 50 Millionen Kilo in der TÜRKEI jährlich 48 Millionen Kilo in BULGARIEN jährlich 31 Millionen Kilo

Auf „ECHTEN MACEDONEN-TABAK“ den Begriff möchten wir in der nächsten Anzeige noch genauer erklären — entfällt heute nur etwa der sechste Teil der gesamten Orient-Ernte. Sein Preis liegt EIN DRITTEL und mehr über dem Durchschnitt des übrigen Orient-Tabaks. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn er im allgemeinen zu Konsum-Zigaretten nicht verarbeitet werden kann.

Zum ersten Mal gibt unsere OVERSTOLZ auch dem Raucher der 5 Pfg. Zigarette die Gelegenheit, eine echte Macedonen-Mischung zu erhalten. Die starke Nachfrage, durch welche erst die Vorbedingung für einen so hohen Tabak-Aufwand gegeben wurde, hat bewiesen, dass der Raucher die Qualität des Macedonen-Tabaks erkannt hat und seine Vorzüge zu würdigen versteht.

Deshalb möge er auch in Zukunft unterscheiden zwischen dem Sammel-Namen „Orient“ und dem edlen Tabak aus Macedonien. Damit hat er sich einen wichtigen fachlichen Grundbegriff zu eigen gemacht.

Haus Fleuerburg  
O.H.G.



**Der Funktionär**

Das Gedeihen jeder Organisation in der Arbeiterbewegung ist in hohem Grade abhängig von einer geschulten Führerschaft. Daran fehlt es aber besonders auch in der Arbeitersportbewegung. Die Mehrzahl selbst der größten Arbeitersportvereine verfügt nicht über einen technisch und geistig genügend geschulten Funktionärkörper, und bei den kleineren und kleinsten Organisationen ist es in vielen Fällen eine Persönlichkeit, die als Universalfunktionär alle nur denkbaren Interessen des Vereins auf sich nehmen muß. Diese Beobachtungen kann der im Vereinsleben stehende Funktionär und vor allem der Spitzenfunktionär täglich machen.

In der Erkenntnis dieses Zustandes hat sich die Bundeschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes die Schulung eines starken und zielbewußten Funktionärkörpers zu einer ihrer ersten Aufgaben gemacht, wobei es ihr vor allem auf die pädagogische Schulung des Funktionärs, auf die Erziehung der zur Führung befähigten Persönlichkeit ankommt. Bekannte Streitigkeiten können in den kleineren Vereinen oft zu den größten Katastrophen führen und persönlicher Haß die besten Organisationsgebilde zerrütten, wenn nicht ein in sich gefestigter Charakter an der Spitze des Vereins steht und ihn durch den Einfluß seiner Persönlichkeit zusammenhält. So muß selbst die noch so gut durchgebildete Organisation einen Führer haben, der aus der Eigenart seiner Persönlichkeit heraus wirken kann, dem aber andererseits gleichzeitig von der Gemeinschaft Wertschätzung und Anerkennung für seine Leistungen gezollt werden müssen. Die Funktionärschulung ist aber nicht nur ein sporttechnisches und pädagogisches, sondern vor allem ein psychologisches Problem, das gar nicht genug in den Vordergrund der Betrachtung gerückt werden kann. Das hat sich u. a. mit besonderer Eindringlichkeit in der diesjährigen Generalversammlung der größten Arbeiter-Turn- und Sportvereine in Westdeutschland gezeigt. Dort wurde zwar

den Spitzenfunktionären durch ihre einstimmige Wiederwahl das Vertrauen der Versammlung ausgesprochen, gleichzeitig wurde dabei aber auch das Schreiben eines Funktionärs bekannt, das die heftigen Kämpfe und Schwierigkeiten sichtbar beleuchtete, die in seiner Arbeit für seine Organisation zu bestehen schienen. Es heißt in dem Schreiben:

„Meine Tätigkeit hat mir stets Freude gemacht. Sie wurde mir aber verleidet durch das gleichgültige wegwerfende Verhalten nicht nur der Mitglieder im allgemeinen, sondern auch zum Teil des Vorstandes. Ich verlange vor allen Dingen ein Urteil über meine Arbeit, genau wie jeder Sportler wissen will, wie seine Leistungen waren. Wenn aber ein Sportler hundertmal startet, wenn er seine ganze Kraft einsetzt, und dann kein Mensch den Mund auf tut zu einem Urteil, so wird er bald keinen Finger mehr rühren. Genau so geht es mir. Ich habe bis heute, obgleich jedes Mitglied meine Arbeit kennt, kein einziges Mal gehört: Das war gut oder schlecht!“

Viel mehr trifft das Problem des Arbeitersportfunktionärs. Es wird aber gleichzeitig deutlich, wie den bestehenden Mängeln abgeholfen werden kann: den Funktionären gebührt für ihre aufreibende Arbeit vor allem Dank und Anerkennung. Ein wenig Lob, eine kleine Anerkennung und ein Urteil über die von dem Funktionär geleistete Tätigkeit müssen an die Stelle kleinlicher und persönlicher Kritik treten, denn nur dadurch kann den Führern Kraft und Ansporn zu neuer, fruchtbringender Arbeit gegeben werden. Das ist kein Verneinung, sondern eine psychologisch begründete Notwendigkeit für die Sicherung des weiteren Aufbaus der Arbeitersportbewegung. Unzählige der besten Funktionäre sehen keine Anerkennung ihrer Mühen, sie fühlen, daß ihre Tätigkeit lediglich als etwas Selbstverständliches betrachtet wird. Das muß anders werden. Es muß alles getan werden, den Funktionären, die ihre ganze Persönlichkeit für die Gemeinschaft und für das sozialistische Ideal einsetzen, eine Anerkennung zuteil werden zu lassen, auf die sie ein Recht haben. Nur dadurch wird ihre Arbeitsfreudigkeit gehoben und der Aufstieg der Gesamtbewegung gefördert werden können.

**Wetterbericht der Arbeiter-Turn- u. Sportschule**

In den Sächsischen Winterportorten ist allgemein Tauwetter eingetreten. Die Sportverhältnisse sind als mäßig zu bezeichnen. Von den Schließenden Gebirgen belegen die neuesten Wettermeldungen das Gegenteil. Erneut ist dort Schnee gefallen. Gute Sportmöglichkeiten für Ski und Rodel werden gemeldet.

**Vom Berliner Schieberjumpf**

SPD Berlin, 15. Februar.

Der Kriegausleihe-Millionenbetrag des am Dienstagabend wieder verhafteten Berliner Bankdirektors Kuhnert zieht immer weitere Kreise. Allen Anschein nach hat Kuhnert Mitwisser und Mithelfer gehabt. So soll ein gewisser L. Frank, der angeblich an der Berliner Börse als Makler tätig war, an den Effektengeschäften Kuhnerts beteiligt gewesen sein. Diese Effektengeschäfte bestanden im wesentlichen darin, daß Kriegausleihe-Neubriefe als Altbriefe angemeldet wurde. Frank ist bereits verhaftet worden. Kuhnert hat seine faulen Geschäfte über Holland geführt, und zwar durch die Holländische Grundkreditbank in Amsterdam, an der er finanziell beteiligt ist. Aufgedeckt wurden die Machenschaften Kuhnerts vom Finanzamt Berlin-Schöneberg, das schon seit mehr als einem Jahre ihn in Verdacht hatte, daß er große Beträge von Kriegausleihe unter falscher Deklaration bei der Ausleihe-Altbrief-Stelle als Altbriefe angemeldet hatte.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Eine schwere Explosion ereignete sich in Krummenhöl in einem Fabrikraum der Dynamit-Nobel-A.G., der zur Aufstapelung von Nitro-Glycerin diente. Zwei in dem Raume beschäftigte Arbeiter wurden getötet.

**- und diese Fleischpreise**

als Sonderleistung während der Weißen Woche

**Rindfleisch:**

- Querrippe 1 Pfund 1.00
- Gehacktes 1 Pfund 1.20
- Schmorfleisch, ohne Knochen 1 Pfd. 1.35
- Rouladen 1 Pfund 1.45

**Schweinefleisch:**

- Bauch 1 Pfund 80,8
- Keule 1 Pfund 90,8
- Gehacktes 1 Pfund 1.10
- Kamm 1 Pfund 1.10
- Koteletten 1 Pfund 1.20
- Rücken 1 Pfund 1.10

**Kalbfleisch:**

- Pfefferfleisch 1 Pfund 1.00
- Brust 1 Pfund 1.20
- Keule 1 Pfund 1.35
- Niere 1 Pfund 1.35

**Hammelfleisch:**

- Ragout 1 Pfund 1.10
- Bauch 1 Pfund 1.10
- Rücken 1 Pfund 1.20
- Keule 1 Pfund 1.40
- Fettes u. Schmer 1 Pfund 80,8
- Gehacktes, gemischt 1 Pfd. 60,8

**Während unserer Weißen Woche**  
machen wir besondere Anstrengungen, im ganzen Hause. Deshalb auch **Lebensmittel**

zu sehr billigen Preisen!

**Kolonialwaren Weiß- u. Rotweine Fette und Käse**

- Tafelreis 1 Pfd. 30,8
- Bruchmakkaroni 1 Pfd. 42,8
- Schnittnudeln 1 Pfd. 45,8
- Linzen 3 Pfd. 85,8
- Vollreis 4 Pfd. 95,8
- Bruchreis 5 Pfd. 1.00
- Backpflaumen 3 Pfd. 95,8
- Ringäpfel 1 Pfd. 98,8
- Pfirsiche, getr. u. gesch. 1 Pfd. 1.00
- Kaffee, gbr. 1/2 Pfd. 1.80, 1.40, 1.20, 1.10

- Preise einschl. Flasche
- 1926er Gaubickelheimer 1.50
  - 1926er Laubenheimer 1.60
  - 1922er Ockfener Bockstein 1.70
  - 1924er Alsheimer Goldberg 1.80
  - 1926er Haardter Schloßack 1.95
  - 1924er Utiel (span. Rotwein) 1.25
  - 1925er Dirkheimer 1.30
  - 1920er Fleur de France 1.40
  - 1923er San Esteban 1.75
  - 1919er Domaine de la Porte 1.95

- Margarine 1 Pfd. 50,8
- Rindertalg, ausgelassen Pfd. 45,8
- Kokos-Speisefett 1 Pfd. 55,8
- Amerik. Schmalz 1 Pfd. 75,8
- Friedrichsd. Zwieback 4 Pak. 50,8
- Harzer Käse Kiste 45,8
- Frühst.-Käse, 1/2 Fett 3 Stück 50,8
- Limburger Käse 1 Pfd. 58,8
- Edamer Käse, halbfett Pfd. 88,8
- Camembert, vollfett Karton 95,8

**Obst-Konserven**

- Apfelmus 1/4-Kilo-Dose 90, 88,8
- Birnen, ganze Frucht 95,8
- Mirabellen 1.25
- Kirschen, rot oder schwarz 1.30
- Reineklauden 1.50
- Aprikosen, 1/2 Frucht 1.85
- Pfirsiche zur Bowle 1.75

**Südweine vom Faß:**

- Gefüllte bitten wir mitzubringen.
- Tarragona 1/2 Liter 1.25
  - Samos 1/2 Liter 1.48
  - Malaga 1/2 Liter 1.60

**Kaiserauszugmehl 1.18**

- Diamant-Mehl 1.50

- Vollmilch-Schokolade 50,8
- Kalzenzungen 50,25
- Erdnuß-Vollm.-Schokolade 50,8
- Vollm.-Schokolade 50,8

**Orangen-Konfitüre 1.45**

- Vierfr.-Marmelade 85,8
- Kunsthonig 3 Pfund 1.00
- Apfelgelee 2-Pfund-Eimer 1.20

**Obstschauwein Cabinet 1.45**

- Nordhäuser 2.75
- Weinbrand Spezial 2.95
- Weinbrand Scharlachberg 3.95

**Wurstwaren**

- Gek. Schinken 1/2 Pfd. 48, 55,8
- Roh. Schinken 1/2 Pfd. 60,8
- Blut- od. Leberwurst 1 Pfd. 75,8
- Hausmach.-Blutwurst 1 Pfd. 1.20
- Nett- od. Knackwurst 1 Pfd. 1.40
- Landleber 1 Pfd. 1.40
- Hausmacher-Leber 1 Pfd. 1.40

**Gemüse-Konserven**

- Gemüse-Erbisen 60,8
- Junge Erbsen, mittelfein 95,8
- Junge große Bohnen 95, 75,8
- Feine junge Schnittbohnen 80,8
- Junge Brechbohnen 55,8
- Junge Karotten 70,8
- Gewürfelte Karotten 38,8

**Feinste Molkereibutter 1/2 Pfund 95,8**

- Allerfeinste Molkereibutter 1/2 Pfund 1.00

**Geleeheringe 1/2-Lit.-Dose 78,8**

- Bratheringe 1/2-Lit.-Dose 78,8
- Bismarckheringe 1/2-Lit.-D. 78,8
- Rollmops 1/2-Lit.-Dose 78,8

**Geräucherter Speck Pfd. 88,8**

- Schwarzfleisch ohne Rippen 1.35
- Cassler Rippenspeer Pfd. 1.35
- Schinkenspeck 1 Pfund 1.45

**ALTHOFF**

Ab Montag, den 20. Februar, wird unser Haus früh 8.30 geöffnet!





Faschingsfest im Zoo

Man soll die Versuche, süddeutsches oder rheinisches Karnevals-treiben nach Leipzig zu verpflanzen, aufgeben. Der Leipziger hat wohl Sinn für Ill und Narrentanz, aber es fehlt ihm der Schwung, seine Lustigkeit bis zum Letzten auszutoben.

Der Abend fing nett an, weil ich so klug war, zuerst ein Kino aufzusuchen. Zum Anfeuern. Auf eine wirklich originelle Faschings-idee war man dort verfallen. Man hatte eine Menge hübscher Leipziger Mädchen photographiert, um festzustellen, ob bei ihnen alles das vorhanden ist, was zum Filmstar gehört.

Was nichtlich bessere Leute im Zoo. Ich war der einzige Nicht-maskeierte auf diesem Faschingsfest. Allerdings herrschte unter den Maskentypen eine gewisse Gleichförmigkeit. Sehr häufig sah man eine gelbe Phantastuniform, darüber einen Schlapphut, der mit einem runden schwarzweißen Fleck bemalt war.

Man sieht sich verabredet zu haben, die Maskenfreude zu er-läuben, indem man sich gegenseitig mit hochtrabenden Titeln an-redete. Herr Gouverneur, Herr Vizeadmiral, Herr General, Herr Oberst, Herr Marinepater — so schwirrte es um mich herum. Sogar auf den Titel „Durchlaucht“ war man verfallen. Er wurde mir komisch hinter Verbeugung vor einer Dame gesprochen, die als „Prinzessin von Schönburg-Waldenburg“ viel Aufsehen erregte.

Auch die Blütenredner waren noch lustig. Einer, den sie Vize-admiral nannten, sagte, die Chinesen schmissen jetzt Gott sei Dank alle fremden Kolonisten hinaus, und darum mühten wir unsere Kolonien in Afrika wieder haben. Und ein anderer, der sich Marine-pater betitelte und mit besonders viel Blech behängt war, sprach von Treue, Herzblut und Vaterland. Sie erteilten viel Beifall, denn sie hatten den ersten Faschingstag getroffen.

Konnte dieser Fez nun nicht so weitergehen? Unbegreiflicher-weise gerieten die Deutschen auf einmal in die Loreley-Stimmung. Unter den Klängen des Hofenriedbergers, dieses bestellten Schweine-schlachtfest-Marsches, brachte man 78 Fahnen in den Saal. Und da wurde mir ungemütlich. Ein alter Feldwebelbart gab mir nämlich sein Ehrentwort, daß es echte Schlachtfahnen seien. Besonders die eine, die von Karl Peters aus Ostafrika stamme, sei aller Ehren-wert. Mir verging jeder Maskenpaß. Ich bitte, was soll die Fahne, die ein grünenwahnförmiger Assessor mit sabdtischem Tropenkoller trug, als er den Regern ihr Heimland kante, auf einem Faschingsfest? Unter Protest verließ ich den Saal, wo ich mich doch anfänglich so gut amüsiert hatte.

Draußen orientierte ich mich erst jetzt, leider zu spät, wo ich eigentlich zu Gast gewesen war. Bei den China- und Afrika-kegeln. Aha! Aber einwandfrei stand da: Zubelsteier. Also doch ein Faschingsvergnügen? Was für merkwürdige Leute. Erst machen sie so netten Ill und dann werden sie feierlich. Sie sind zu ungeduldig, ein Faschingsvergnügen stillgerast durchzuführen. Oder ich habe sie mißverstanden. Jedenfalls haben sie mir die Karnevals-louise verdröben. Hannes.

Altenaufbewahrung bei Behörden

J. K. Vor kurzem hat das Reichsgericht die Revision der An-gelagten in dem Prozeß gegen Groß und Genossen verworfen. Groß und einige andre Justizbeamte waren wegen Vernichtung und Beseitigung von Akten und Beweisstücken aus Zivilprozeß-Alten-stücken zu längerer Freiheitsstrafe vorurteilt worden. Die Offensiv-lichkeit erfuhr durch den Prozeß, mit welcher geradezu unbegreif-lichen Sorglosigkeit bei den Gerichten wichtige Beweisstücke, Briefe, Urkunden und dergleichen mehr vernichtet werden. Das Justiz-ministerium hat nunmehr aus dem Prozeß die notwendigen Fol-gerungen gezogen. Es hat durch eine Verordnung vom 18. 11. 1927 (veröffentlicht im Justizministerialblatt 1927, Seite 187) die Ver-wahrung solcher Beweisstücke neu geregelt. In Zukunft sollen bei jedem Gericht verschließbare Behälter (Kästle, Schränke) an-geschafft und, soweit dies möglich ist, auch ein besonderes Zimmer zur sicheren Verwahrung bereitgestellt werden. Alle in einer Zivil-prozeß-Sache eingehenden Beweisstücke und die zu sonstigen Zwecken eingeleisteten Gegenstände sollen in ein „Verwahrungsbuch“ ein-getragen werden, welches von dem Urkundsbeamten der Geschäfts-stelle (d. h. dem sogenannten „Gerichtsschreiber“) geführt werden soll. Bei Gerichten mit mehreren Unterabteilungen, bei denen in-folge dessen auch mehrere Geschäftsstellen bestehen, soll ein einziger Beamter als gemeinsamer Verwahrungsbeamter bestellt werden. Er hat das Verwahrungsbuch zu führen, die Gegenstände an-zunehmen, sie zu verwahren und wieder herauszunehmen usw.; er ist für das Schicksal der Beweisstücke verantwortlich.

Das ist ein beschleunigter Fortschritt, er kann jedoch in keiner Beziehung befriedigen. Die Altenaufbewahrung bei den Gerichten und den übrigen Behörden bleibt nach wie vor ein Kapitel, welches

Für Monarchen und Sonntagsarbeit

Leipzig ist nicht nur Messestadt von internationalem Ruf, sondern hat auch einen Rat, der im zehnten Jahre der Deutschen Republik immer noch treue Hüter von Monarchenbildern und monarchistischen Emblemen ist. Die nach der Reichsstadt kommen-den Fremden laden z. B. über das städtische, jedes künstlerische Empfinden verkörpernde Siegesdenkmal auf dem Marktplatz — vom Volksmund das Karussell genannt —, aber der Rat breitet schüch-ternd seine Hände über die Bildhauerarbeiten aus Erz. Natürlich zollt der Rat auch im Neuen Rathaus den Monarchen noch immer seinen Tribut. So hängen im Festsaal des Neuen Rathauses drei Mon-archenbilder, deren Plaz der Rat nicht streitig machen lassen will. Als im vergangenen Jahre im Festsaal des Rathauses die Ver-fassungsfeier des Reichsbanners durch eine Festverlammlung, an der prominente Republikaner aus allen Teilen Deutschlands teil-nahmen, eröffnet werden sollte, mußten vorher erst die Monarchen-bilder verhängt werden, damit man im übrigen Deutschland nicht erfahre, wie monarchientreu bis auf die Knochen noch der Rat der Welt- und Messestadt ist.

Nun hatten die Stadtverordneten vor einiger Zeit den Rat be-auftragt, ihnen eine eingehende Darlegung der Rechtsgründe zu unterbreiten, die der Beseitigung des Sieges-, Bismarck- und König-Anton-Denkmal sowie des Kaiser-Wilhelm-Steins in Leusch und der Entfernung von Monarchenbildern im Neuen Rathaus ent-gegenstehe. Der Rat beruft sich in seiner Rückäußerung darauf, daß diese Denkmäler aus Sammlungen und die Bilder aus Stiftungsmitteln bezahlt worden sind, und daß der Beseitigung Be-stimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches entgegenstehen. Der Rat erklärt sich bereit, nur die nichtkünstlerischen Monarchenbilder im Rathausaal durch andere Bilder ersetzen zu wollen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung war es der Deut-sch-nationale Bötner, der sich heldenbrütig als Leiter der mon-archistischen Denkmäler und Bilder aufwarf. Von einem früheren „kaiserlichen“ Postsekretär, dem auch heute noch das mon-archistische Herz höher schlägt und der in Gedanken stramm steht, wenn er an die „herrlichen Zeiten“ Wilhelm des Lehten oder an seinen lieben Gering August denkt, ist nichts anderes zu erwarten. Herrn Bötners Rede wirkte wie eine beizende Satire auf den Monarchismus und auf die Verteidigung der mon-archistischen Götzen. Der deutsch-nationale Redner erzählte nämlich von der gestohlenen Wüste König Antons im Johannistal, die vom Post zerkleinert jahrelang für die Kinder die Ziehbühne von Klein-würzen war. Hätte doch Herr Bötner damals, wo täglich von der Jugend im Johannistal Duhende und Überduhende von Majestäts-beleidigungen durch die Mißhandlung der Wüste König Antons er-folgt sind, seine monarchistische Pflicht als „kaiserlicher“ Postsekretär erfüllt und den Älteren seines geliebten Gering August vor Angriffen der Jugend geschützt. Gestern erteilte Herr Bötner mit seinen Aus-führungen über den gestohlenen Anton stürmische Hellekeit.

Dem sozialdemokratischen Redner wurde der Widerspruch in der Ratsrückäußerung hervorgehoben, daß von der Stadt die Denkmäler nicht beseitigt werden könnten, und vom Rat doch das König-Anton-Denkmal beseitigt worden ist. Es handle sich um keine Bild-stürmerei, sondern darum, daß vollkommen kunst- und geschmacklose monarchistische Bildwerke beseitigt und künstlerisch wertvolle in Sammlungen gebracht werden, wo sie hingehören. Treffend war,

als der Vorsteher, Genosse Dr. Hübler, es als eine Takt- und Ge-schmacklosigkeit bezeichnet, daß im Festsaal des Rathauses immer noch Monarchenbilder hängen. Herr Bürgermeister Hofmann redete vom „historisch Gewordenen“ und will die Bilder weiter hängen lassen. Man wird nun abwarten müssen, was in den Schenkungsurlauben, die von den Stadtverordneten angefordert worden sind, steht, und ob der Rat sich weiter dagegen wehren wird, daß die Monarchenbilder beseitigt werden. Nach seiner Verteidigung der monarchischen Straßen- und Plaznamen ist allerdings damit zu rechnen, daß er die Erinnerungsmale der Monarchie auch in Zukunft an ihren jetzigen Stellen belassen will. Es wird also noch Kampf geben.

Der Rat schützt die monarchistischen Embleme; er ist aber auch für Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe. Diese war im kaiserlichen Deutschland an der Tagesordnung, und der Rat bleibt ganz im Fahrwasser der Monarchie, wen er dem Drängen des Leipziger Einzelhandelsverbandes nachgibt und erlaubt, daß am ersten Sonnt- tag der Frühjahrs- und Herbstmesse die Kleinhandelsgeschäfte der inneren Stadt einige Stunden am Nachmittag geöffnet werden dürfen. Von der sozialdemokratischen Fraktion war deshalb ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, der die Ausbreiterhaltung der Sonntagsruhe im Einzelhandel auch an den fraglichen Mes-sontagen verlangt. Der Syndikus des Einzelhandelsverbandes, Stadtverordneter Dr. Hilpert, wandte sich gegen diesen Antrag, konnte aber keine triftigen Gründe für Offenhaltung der Einzel-handelsgeschäfte erbringen. Geradezu katastrophal wirkte sich der Dringlichkeitsantrag in der aus Deutschen Volksparteiern und Deutschnationalen zusammengesetzten wirtschaftspolitischen Fraktion aus. Für die Sonntagsruhe sprachen die Wipolente Krüger, Schmidt und Enke, während neben Dr. Hilpert noch der Mes-samsdirektor Dr. Köhler und Baumeister Schneider sich für Offenhaltung der Einzelhandelsgeschäfte an den Messontagen ein-setzten. Der kleine Genosse Dr. Köhler glaubte durch seine Rede das nach seiner Auffassung durch die Debatte heruntergedrückte Niveau heben zu müssen, wußte aber zu der Sache selbst, die ihm als Direktor des Mesamtes doch besonders angeht, nichts zu sagen. Der Vorsteher wies den Hüter des Meocum mit der Bemerkung zurecht, daß eine durchaus sachliche Aussprache gepflogen worden sei. In der Abstimmung wurde schließlich der sozialdemokratische Dringlichkeits-antrag von der Linken, den Aufwärtigen und den Wipolenten Krüger, Franke und Krumsdorf angenommen.

Obwohl schon Vorfrühlingsweiser ist und nach Voraussage der Meteorologen kein Winter in diesem Jahre mehr kommen dürfte, gab es gestern im Stadtparlament noch eine Schneedebatte, die durch den Wipomann Kästlig entsetzt wurde, der sich bitter dar-über beschwerte, daß Hausbesitzer wegen nicht rechtzeitiger Schnee-beseitigung bestraft worden sind. Die Klagen der Hausbesitzer sind nicht ganz unberechtigt, denn der Rat hat selbst wochenlang in vielen Straßen den Schnee liegen lassen, und wenn wir weiter starren Schneefall gehabt hätten und nicht Tauwetter eingetreten wäre, würde wahrscheinlich Leipzig, ähnlich wie ein Ort in Es-terien, noch in Schneemassen eingepackt sein. Jedenfalls muß von den Stadtverordneten darauf gebrungen werden, daß in Zukunft bei starren Schneefällen für eine schnelle Schneebeseitigung gesorgt ist.

einer grundsätzlichen Neubehandlung bedarf. Schränke mögen vor diebstahlmässigem Zugriff schützen, sie schützen nicht gegenüber Brand-lichtung. Bei dem heutigen Stande der Feuerversicherungs-Technik ist es möglich, wichtige Beweisstücke nicht nur gegen diebstahlmässig Zugriff zu sichern, sondern auch gegen Brandlichtung. Solange man sich damit begnügt, einfache Altersschränke aufzustellen, wird man diejenigen, die an dem Verschwinden eines Aktenstückes ein erheb-liches Interesse haben, nur zu einem Wechsel in der Methode der Aktenvernichtung veranlassen, verhindern kann man auf diesem Wege die Aktenvernichtung nicht. Die Verhältnisse liegen übrigens bei den Parlamenten und bei den politischen Zentralstellen des Reichs und der Länder, insbesondere den Reichsministerien, ganz ähnlich, wenn nicht noch schlimmer. In dem Landes-vertragsprozeß gegen Schrad und Genossen wurde z. B. zur Sprache gebracht, daß auf einmal 20 umfangreiche Aktenbände von großer politischer Bedeutung aus dem Reichswehrministerium verschwunden waren. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn alle Behörden die Aktenverwahrung neu regeln würden.

Gift und Galgen in der Schule

Für den außerordentlich hohen Beitrag von 15 Pfg. pro Kind hat in der Aula der 10. Bezirksschule ein Kasperltheater sein An-wesen getrieben, gegen das nachträglich von den Eltern eingehende Verwahrung eingeleitet werden muß. Nicht zuletzt, um die Kinder anderer Schulen vor diesem pädagogischen Mißgriff zu bewahren, falls Kasperle geneigt sein sollte, seine Tournee fortzusetzen.

Nichts sei gegen das Kasperltheater in der Schule an und für sich gesagt. Es wird den Kindern nicht nur eine Aufforderung der sich gleichmäßig folgenden Unterrichtsarbeit sein, sondern könnte vielmehr auch erzieherisch ausgenutzt werden. Wenn Kasperle noch am stinkalten Thema vom König und der durch einen Räuber ge-raubten Prinzessin hängt, so wollen wir ihm das nur als eine läppische Talentlosigkeit ankreiden, denn ein Dummkopf kann nicht mehr geben als er hat. Doch hier schon ist zweifelhaft, ob dieser wichtige Unterricht in der Schule gehört. Zum mindesten sollte nach die Eltern vorher fragen, ob sie gewillt sind, diese mancherorts noch als Poeste angeordnete Blödsinn ihren Kindern vorlesen zu lassen. Ganz entschieden verbiten müssen es sich aber die Eltern, wenn dieser Kasperle seine Tölpelerei so weit treibt, die Kinder jeden Schulfalters mit den alten Wahngestirnen von Geißler und Hezen vertraut zu machen. Oder wenn er die unglaubliche Ge-schmacklosigkeit besitzt, vor den Kindern nicht nur die kasperl-

lichen Bräutigame, sondern eine Hängeleier mit Gaijen und eine heimtückische Ermordung durch Giftstrank vorzuführen. Sollte dieser Kasperle so dumm sein, nicht zu wissen, daß die Kinder keine Holzfiguren, sondern Menschen in seinen Personen sehen, und daß sie durch sein Theater sowohl mit den Gefühlen als auch der Mechanik derartiger Gemeinheiten vertraut werden, so hat er schleunigst aus den Schulen zu ver-schwinden. Es muß verlangt werden, daß Schulleiter und Lehrer vor dem Auftreten solcher Truppen sich genau vergewissern, was von ihnen zu erwarten ist, damit in den Kinderseelen nicht Schaden angerichtet wird, der oft nicht wieder gutzumachen ist. 111.

Ein vielseitiger Geschäftemacher

Der 48 Jahre alte Kaufmann Paul Profflich ist vor dem Gemein-samen Schöffengericht kein Unbekannter. Im Nebenvertragsprozeß gegen Pfaff und zehn Genossen spielte er eine Rolle, im Oktober vorigen Jahres sah er wegen Wuchers und Betrugs auf der Anklagebank und am Montag begann gegen ihn und den Tischlermeister Richard Hartmann ein neuer Prozeß wegen gemeinschaftlichen Betrugs und Wuchers. Wer ist Profflich und welche Methoden wandte er an?

Vor dem Kriege handelte er mit Kaushwaren. Nach dem Kriege ging er zum Handel mit Textilien und Möbeln über. Das einzige Beständige seiner Geschäftsmacherei war der Wechsel. Er wechselte dauernd Firma, Branche und Kompanon. Im Dezember 1923 gründete er mit dem Kaufmann Schmidt jenes Lombardgeschäft, durch das mehrere Existenzen vernichtet wurden und das Pfaff und Genossen fleißig in Anspruch nahmen. Profflich führt seinen Namen zu Recht. Rahm er doch im Jahre 1924 von seinen Opfern 730 Prozent Wucherzinsen! Nach Liquidierung dieses profitablen Geschäfts widmete sich Profflich der Möbelbranche. Die Möbelfirma Wurm & Co. machte unter seiner Mitwirkung Pleite; Profflich hinterließ 90 000 Mark Schulden. Statt die zu bezahlen, kaufte er im März 1925 für 1500 Mark Bargeld den Aktienmantel der Möbelfirma Gaul & Cie. Er gründete die Gaul & Cie. N. G. Möbelgroßhandlung mit 30 000 Mark Stammkapital, 8000 Mark will er dazu von seinem reichen Bruder aus Amerika erhalten haben, 5000 Mark in bar hat er dazu anscheinend aus der Westentasche zugelassen, obwohl seine Gläu-biger noch 90 000 Mark von ihm zu fordern hatten, weitere 12 000 Mark hat er in Aktien dazugelegt und 5000 Mark hat Richard Hartmann, der Möbelfabrikant, in Gestalt von Möbeln eingebracht. Profflich brachte auch diese Firma aus durchsichtigen Gründen be-reits nach wenigen Monaten zum Konkurs. Wieder hinterließ er 90 000 Mark Schulden. Jetzt begann der wegen Bestechlichkeit zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilte Gerichtsvollzieher Große bei ihm erfolglos zu pfänden, genau wie beim Großkaufmann Christian Meyer. Profflich wurde zum Offen-barungsbild getrieben. Kaltblütig leistete er ihn. Gehörten doch alle eroffenen Werte seiner Frau. (1) Ein mit Recht sehr beliebtes Hintertreiben untreuer Geschäftsteile. Dielem mehrfachen Ban-rotteure sprangen nun drei Privatleute mit einem Zwischkredit von 21 000 Mark zu Hilfe, damit Profflich aus neuem Geschäftlichen neuen Profit schlagen konnte. Während Gaul & Cie., dessen alleiniger Aktionär und Vorstand Profflich war, noch liquidiert wurde, gründete Profflich mit seinem Freunde Hartmann, der sich ver-schändnisvoll mit ihm eingearbeitet hatte, die neue Möbelfirma Richard Hartmann, diesmal zur Abwechslung in Form der G. m. b. H. Sie wurde bereits am 3. Oktober 1925 ins Handelsregister eingetragen. Der schlaue Fuchs Profflich ließ nur Hartmann als Inhaber eintragen. Die Gesellschaft war ohne einen Pfennig Kapital gegründet worden. Sie hatte von vornherein lediglich Schulden, nämlich ein Lager an bezahlter Möbel. Da mußte Rat geschafft werden. Profflich veranlaßte den Kaufmann Hofbach, Eisenbahn- und Loko-motiven-Handels-G. m. b. H., sich mit 3800 Mark Kapital zu be-teiligen. Pro forma wurde der Anteil Hartmanns mit 500 Mark

Die Erstaufführung des Sprechchorwerkes 'Seid geweift' von Bruno Schönlanck erfolgt am Sonntag, dem 4. März 1928 um 9 und 11 Uhr in der Alberthalle. Karten für Kinder zu 20 Pfg. sind bei den weltlichen Elternräten, Karten für Erwachsene zu 50 Pfg. bei den Ortsvereinsvorständen und den Kartenstellen des A.B.I. zu haben. Vorbereitender Ausschuss für eine gemeinsame Jugendweihe



# Wo ruft die Pflicht?

Vorständekonferenz der SPD Groß-Weipzig.  
 Sonnabend, 18 Uhr, (6 Uhr) im Volkshaus. — Die Geschäftsberichte für die Vorstände gehen heute dem Vorsitzenden zu.  
 Funktionäre.  
 Marktanfänger. Morgen Freitag, 20 Uhr, im Volkshaus, Funktionärsitzung.  
 Frauen.  
 Großschloher. Morgen Freitag, 20 Uhr, in der Endstation, spricht Gen. Zeiler über: „Ist die Ehe eine gottgewollte Einrichtung?“ (Fortsetzung.) Gäste herzlich willkommen.

**Schule.**  
 Elternräte der SPD Groß-Weipzig. Sonntag, den 4. März, 9 und 11 Uhr, in der Albertstraße, wird das Werk von Bruno Schönknecht „Seid geweiht“ für euch und die Kinder aufgeführt. Werbetage für den Besuch. Alle Bezirksveranstaltungen müssen zurückgestellt werden.

**Jungsozialisten.**  
 Zentrum. Freitag, 17. Februar, 19.30 Uhr, im Töpferheim, Arbeitsgemeinschaft über Mag. Adler, „Politische oder soziale Demokratie“. Vortrag des Gen. Seyder über „Wirtschaftsdemokratie“. Die Mitglieder der Siedlergruppe sind dazu eingeladen, da organisatorische Angelegenheiten zu besprechen sind.

**Gemeinschaft Kinderfreunde.**  
 Eutzsch. Sonnabend, Treffen 15.30 Uhr am Schmutzplatz, wir gehen in den Märchennachmittag der soz. Freizeiter. Alle können kommen. 10 Pfg. mitbringen. Sonntag, nachmittags 15 Uhr, lustiger Nachmittag im Gelsenhölchen (1. Treppe).  
 Kleinschloher. Alle Kinder kommen am Freitag, Punkt 17 Uhr, in Mägdchens Festhalle zum Bunter Nachmittag. Bringt 10 Pfg. mit. Die Mitspieler sind schon 16.30 Uhr dort. Turnschlüssel nicht vergessen.

**Schneefeld. Gruppe „Dihello“.** Fahrt nach Goseck. Sonnabend, Treffen 14.10 Uhr, pünktlich am Stadtplatz. Jede, 1 Mk. und 1 Brief mitbringen. Geigenspieler, 18 Uhr, Sonnabend, im Heim.

## Mitglieder-Veranstaltungen

SPD Thonberg-Neureudnitz. Sonnabend, den 18. Februar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Himmelfreich. Genosse Eitan-Budapest spricht.

festgesetzt — deren Gegenwert in unbezahlter Ware bestand! — und Profitlich gab 700 Mark bare Kasse, so daß plötzlich 5000 Mark Kapital vorhanden waren.

Vorsitzender: „Woher hatten Sie die 700 Mark?“  
 Profitlich: „Das war doch keine Summe!“  
 Vorsitzender: „Aber Sie müßten doch erst einmal Ihre zahlreichen Gläubiger wenigstens teilweise zu befriedigen versuchen.“  
 Staatsanwalt: „Zudem wurde Profitlich zu dieser Zeit ununterbrochen erfolglos gepfändet.“  
 Profitlich: „Die hunderttausend Mark waren der Ueberfluß meines Gehaltes.“

Vorsitzender: „Sie leisteten doch gerade den Offenbarungseid!“  
 So in die Enge getrieben, erklärte Profitlich nun kurz und bündig: „Ich weiß nicht mehr, woher ich das Geld damals hatte!“  
 Damals schwebten gegen Profitlich zwanzig Klagen; hundert Pfändungen wurden vom Gerichtsvollzieher Gröbe erfolglos „gemacht“. Mitte des Jahres 1928 geriet Rohbach plötzlich in Kontur. Rohbach habe damals dreimal täglich nach Geld gedrängt. Die Firma Richard Hartmann ließ sich gern in den Rohbachschen Kontur ziehen, und wieder waren die Gläubiger um mindestens 20.000 Mark betrogen! Profitlich zögerte nicht, eine neue Firma aufzumachen. Diesmal fand er keinen Nummern, der für ihn die Kassen aus dem Feuer holte. So mußte er neugegründeten Paul Profitlich & Co. firmieren; seine Frau galt als Teilhaber. Wie nicht anders zu erwarten war und wie sicher auch beabsichtigt, ging im Jahre 1927 auch diese Möbelfirma pleite!

Der Eröffnungsbeschluss wirt beiden Angeklagten, Profitlich und Hartmann, gemeinschaftlichen Betrug und Unterschlagung in 17 Fällen vor. Zum größten Teil haben sie die Lieferanten mit wertlosen Wechseln geprellt. Zwei Tausend Fugener werden Profitlich das Leben lauer machen. Der Prozeß wird erst Ende der Woche zu Ende gehen. P. K.

Die Fahrradhalle am Schulplatz geschlossen. Das städtische Arbeitsamt teilt mit: Die Fahrradhalle am Schulplatz ist wegen der Frühjahrsmesse vom 20. Februar bis 17. März 1928 geschlossen. Arbeitslose können während dieser Zeit ihre Fahrräder im Arbeitsamt, Gerberstraße 3, Hof, einstellen.

Volkshochschule. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt: Am Sonnabend, den 18. Februar, 17½ Uhr, findet im Frauenseminar, Königstraße 20, die Vertrauensleistung für den jetzt laufenden Lehrabschnitt der Volkshochschule Leipzig statt, zu der die Vertrauensleute des laufenden wie auch der früheren Lehrabschnitte eingeladen sind.

Ausstellung der Mädchenberufsschule West. Sonntag, den 19. Februar, findet von 10 bis 18 Uhr im Schulsaal der Mädchenberufsschule West, Plagwitz, Amalienstraße 10, eine Ausstellung von Schülerarbeiten statt unter dem Leitwort: „Wie hilft die Schule ihren Schülerinnen“. Es wird Gelegenheit geboten, Einblick in die Leistungen und Arbeitsmethoden einer Mädchenberufsschule zu gewinnen. Der Besuch der Ausstellung ist daher zu empfehlen.

Zeugen gesucht! Am 2. Januar 1928, gegen 19 Uhr, wurde in der Zeigener Straße, zwischen Schloß- und Weidenstraße, ein 19-jähriges Mädchen von einem Kraftwagen angefahren und erheblich verletzt. Personen, die den Vorgang beobachtet haben, wollen sich bei der nächsten Polizeistelle oder der hiesigen Staatsanwaltschaft zu 8 St. A. 57/28 melden. Insbesondere kommt ein Reichwehrsoldat in Frage, der mit einer Dame kurz zuvor in der Schloßstraße in einem Geschäft war und von der Verletzten in der Zeigener Straße überholt worden ist.

## Polizeinachtichten

Sachbeschädigungen und großer Unfug. Vermutlich in der Nacht zum 11. Februar wurden die Schaufenster und die Schaustafeln eines Kolonialwarengeschäfts im Grundstück Mittelstraße 10 angeknipst. — Am 11. Februar, in der 3. Stunde, ist in der Dresdner Straße ein Elektroladen der Straßencleinschloher von zwei unbekannten jungen Männern im Alter von etwa 18 bis 20 Jahren weggeführt worden. Der Kasten wurde gegen 8 Uhr in der Zeigenerstraße wiedergefunden. — Ferner wurde, vermutlich in der Nacht zum 11. Februar, eine Bank am Fußwege von Leipzig-Connewitz nach Leipzig-Schleußig in der Nähe der Schwarzen Lache vollständig zertrümmert. Das Kriminalamt bittet um Mitteilungen, die zur Ermittlung der Täter führen können.

Kantinenbruch. In der Nacht zum 13. Februar wurde in die Kantine „Zur Burgau“, Leipzig-Leutzsch, an der Verlängerung Rathenaustraße eingebrochen. Der Täter hat die Türöffnung eingetreten und ist durch das entstandene Loch in den Kantinenraum gelangt. Gestohlen wurden: ein Bajazzo-Automat älteren Systems mit etwa 5 Mark Inhalt in Zehnpendeln, etwa 25 Tafeln Schokolade, Marken „Böhme Vollmilch“, „Mignon Vollmilch“ und „Mignon Käse“, eine silberne Herrenremontuhr ohne Glas, ein Doubletend und arabisches Fohlen. Nummer unbekannt, eine 20-Stück-Zigarettenliste mit 30 Stück Zigaretten, Marke „Hochleistung“, und eine Tischdecke, weiß mit gelbblumten Ranken und gelblich farniert, 110 x 110 Zentimeter groß, in der der Täter die gestohlenen Sachen vermutlich fortgeschafft hat. Um sachdienliche Mitteilungen bittet das Kriminalamt.

# Monarchistische „Republikaner“

## Der gestohlene Sachsenkönig — Sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag gegen Sonntagsarbeit

### Johannishospital

Von den Ausschüssen war beantragt worden, in den Zweiganstalten des Johannishospitals eine Küche einzubauen, um deren Insassen ein gleiches Essen wie im Stammhause zu verabreichen. Weiter verlangen die Ausschüsse, in den einzelnen Geschossen der Zweiganstalten Gaslochstellen einzurichten.

Road (Aufwarter) beantragt, das Eintrittsgeld von 2000 auf 1800 M. herabzusetzen.

Genosse Krieg erklärt, die sozialdemokratische Fraktion stimme den Anträgen zu, erwarte aber vom Rat, daß er die Frage der Anstaltsbefestigung aus eigener Küche nicht aus dem Auge läßt, da die Einrichtung von Gaslochstellen nur als Zwischenlösung betrachtet werden könne.

Rehmann (Dem.) ist ebenfalls mit der Lösung nicht einverstanden.

Frau Schumann (SPD) verlangt, daß allen alten Leuten in Weipzig unentgeltlich volle Verpflegung gewährt wird. Sie beantragt im übrigen, eine Vorlage einzufordern für den Bau neuer Helme.

Stadttrat Lampe wendet sich gegen den Antrag Road sowie gegen die Errichtung einer Küche. Die Erfahrungen hätten ergeben, daß die Insassen gar nicht nach Anstaltskost verlangen.

Genossin Thiel betont mit Nachdruck, daß eine der Neuzeit entsprechende Küche geschaffen werden muß. Wenn bisher der Wunsch nach Anstaltskost nicht geäußert wurde, so deshalb, weil man bei solcher Befestigung auf das Alter der Leute, die doch auch nicht alles mehr vertragen können, keine Rücksicht nehme. Das sei auch der Grund, weshalb die Hospitalkassier die aus der nächsten städtischen Speiseanstalt geholten Speisen so wenig nehmen. Die Kücheneinrichtung im Stammhause und deren Inanspruchnahme beweisen, wie eine gut geführte Küche geschildert werde. Man müsse allerdings mehr auf bessere Zuteilungsorganisation sehen. Es mache einen depressierenden Eindruck, wenn man sehen müsse, daß die alten Leute sich ihre Mäntel wie Feldsoldaten von der „Gulaschkanone“ holen müssen.

Die Anträge der Ausschüsse werden angenommen, der Antrag Road wird abgelehnt, der Antrag der Frau Schumann angenommen.

### Erholungsmöglichkeit für Schulklasse

Am 20. Juni 1927 haben die Stadtverordneten beschlossen, Arbeits- und Erholungsmöglichkeiten für Jugendliche zu schaffen. Der Rat hatte sich dagegen gemeldet. Die Ausschüsse beantragten, den Beschluß voll durchzuführen.

Genosse Wölbert tritt der Ratsaufassung entgegen. Es sei nicht richtig, daß keine erwerbslosen Jugendlichen vorhanden seien. Der Rat könne nicht zu wissen, daß das, was hier verlangt werde, seit etwa neun Jahren in Hamburg bereits bestände und sich bestens bewährt habe.

Berg (Dem.) hält die Zustimmung für zweckmäßig. Treffe die Behauptung des Rates, es seien erwerbslose Jugendliche nicht vorhanden, zu, so entständen ja auch gar keine Belastungen der Stadt. Der Antrag der Ausschüsse findet Annahme.

### Schneebeseitigung

Anläßlich einer Rüdänderung des Rates über Ausgaben für Neuanschaffungen bei der Straßenreinigung entpinnst sich eine längere Debatte über die auch in höherem Maße verschiedentlich kritisierten Unzulänglichkeiten bei der Schneebeseitigung.

Köllig (WpW) eröffnet den Reigen. Er legt sich für die armen Hausbesitzer ins Zeug und bittet, sie nicht sofort in Strafe zu nehmen, wenn sie ihrer Pflicht zur Reinigung der Fußsteige nicht nachkommen.

Stadttrat Weise entgegnet, daß eine Milderung nur eintreten könne, wenn man die entsprechenden Bestimmungen ändere. Schenker (SPD) hält dem Rate vor, den Erwerbslosen, die sich zur Schneebeseitigung gemeldet haben, zu geringe Löhne gezahlt zu haben.

Genosse Kremer tritt den Ausführungen Kölligs entgegen. Die Gründe, die dieser zur Entschuldigung der Unzulänglichkeiten bei der Schneebeseitigung anführt, träfen daneben. Bei richtiger Organisation und entsprechender Entlohnung der Arbeiter hätte der Rat Leute genug gefunden, um den Schnee nicht nur gründlich, sondern auch rechtzeitig beseitigen zu können.

Kremer (WpW) beklagt sich bitter darüber, daß die Hausbesitzer gleich in Strafe genommen werden, sogar in Haftstrafe, wenn sie der Verordnung über Schneebeseitigung nicht sofort nachkommen. Man solle auch den Hausbesitzern zugestehen, was man sogar den Verbredern in der bedingten Begnadigung zuerkennt.

Ein Antrag der Ausschüsse, der verlangt, bei Verstößen gegen die Ordnungs- und Verkehrsvoorschriften nicht gleich mit Strafe vorzugehen, wird angenommen.

### Vergebung von Mietzinssteuermitteln

Die Stadtverordneten hatten in einer der letzten Sitzungen beschlossen, daß Mittel aus der Mietzinssteuer, soweit sie vom Rat nicht verbaut werden, nur an gemeinnützige Genossenschaften vergeben werden dürfen. Der Rat hatte mit der Begründung Einspruch erhoben, daß der Beschluß gegen eine Verordnung des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums verstoße, wonach auch Privatmietzinsbaummittel nicht verweigert werden dürfen. Die Ausschüsse beantragten deshalb, den Beschluß aufzuheben.

Der Kommunist Schenker wollte ihn aufrechterhalten und mußte sich vom Genossen Beyer sagen lassen, daß sich gegen den Ratsbescheid nicht ankämpfen lasse und es sich nur um eine zwecklose Demonstration handeln könne. In der Debatte wurde von bürgerlicher Seite wieder einmal für die Begünstigung von privaten und zweifelhaften Genossenschaften geredet.

### Das gestohlene Königsdenkmal

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hatte die Stadtverordnetenmehrheit die Beseitigung von vier monarchistischen Denkmälern verlangt. Der Rat erklärt, zu der Beseitigung nicht bereit zu sein. Die Denkmäler seien zum Teil Schenkungen, zum Teil aus städtischen Geldern errichtet. Der Stadtverordnetenbeschluss verlangte auch die Beseitigung der monarchistischen Bilder aus dem Rathaus. Der Rat will diesem Antrage nachkommen, soweit es sich um künstlerisch wertvolle Bilder handelt. Die Ausschüsse beantragen, vom Rate die Vorlegung der Schenkungsurkunden zu verlangen. Weiter fordern sie Auskunft, wer das König-Anton-Denkmal beseitigt hat.

Böner (WpW) erklärt, der Rat habe die Pflicht, für die Pflege der Denkmäler zu sorgen, aber nicht das Recht, Denkmäler zu beseitigen. Das König-Anton-Denkmal sei nicht vom Rate beseitigt, sondern von Spitzbuben gestohlen worden. Er beantragt, die Ausschüsse anzufragen, ob damit rechtliche Bestimmungen verletzt werden, zu verharren.

Schneider (SPD) beantragt, auf dem alten Beschluß, alle Denkmäler aus der monarchistischen Zeit zu beseitigen, unbefristet, darunter, ob damit rechtliche Bestimmungen verletzt werden, zu verharren.

Genosse Bauer betont, daß die rechtlichen Bedenken des Rates vielfach auf recht schwachen Füßen stehen. Um aber die Rechtsfrage eindeutig klären zu können, soll der Rat die Schenkungsurkunden vorlegen. Herr Böner meinte, das Denkmal des Königs Anton sei gestohlen worden. Soweit wir wissen, hat der Rat es entfernen lassen, nachdem der Bilbe der Kopf abgeschlagen worden war.

Hiermit hätte der Rat nach seinen eigenen Darlegungen wider Recht und Billigkeit gehandelt und Schenkungsvoorschriften verletzt. Die kommunistische Fraktion hat im Ausschusse für unsere Anträge gestimmt. Hier glaubt sie weitergehende Anträge stellen zu müssen. Aber wenn sie annimmt, daß darin die höhere Konsequenz liegt, so irrte sie. In ihrem Sinne konsequent würde die kommunistische Fraktion erst handeln, wenn sie auch die Beseitigung der Bilder aus der Hof- und Barockzeit, die jetzt in den Museen sich befinden, verlangt. Zu den Monarchenbildern im Rathaus bemerkt Genosse Bauer, daß sie nicht in die Verwaltungsgebäude der Republik gehören, sondern höchstens, soweit sie künstlerisch bedeutungsvoll genug sind, in ein Museum.

Stadtverordnetenvorsitzer Genosse Süßler: Der Rat hätte die Pflicht gehabt, und zwar im öffentlichen Interesse, als republikanische Behörde, die Embleme einer alten überwundenen reaktionären Zeit aus den Fest- und Repräsentationsräumen der Stadt zu beseitigen. Es sei geradezu eine Taktlosigkeit und Geschmacklosigkeit des Rates, mit Monarchenbildern repräsentativen republikanischen Zwecken dienen zu wollen. Mit den drei sächsischen Königen z. B., die man im Rathaus aufgehängt habe, könne man weder Ausländer noch sonst jemand den Geist der neuen Zeit vorführen, um so weniger, als der letzte sächsische König mit den Worten abgedankt habe: „Macht euren Dreck alleine“. (Große Heiterkeit und lebhafter Zustimmung auf der Linken.)

Bürgermeister Hoffmann wendet sich gegen die Ausführungen des Genossen Süßler. Es sei etwas anderes, ob man Bilder einer vergangenen Gesichtsepoche neu aufhänge oder, weil sie in früherer Zeit dort aufgehängt wurden, hängen lasse.

Die genannten Anträge der Ausschüsse werden angenommen; ein weiterer Ausschussantrag, vom sächsischen Landesamt für Denkmalpflege ein Gutachten einzuholen, ob die Erhaltung der in der Vorlage näher bezeichneten Denkmäler im künstlerischen Interesse liegt, wird von der Rechten mit Unterstützung durch die Kommunisten abgelehnt.

### Eine Debatte für Sonntagsruhe der Angestellten

Der Rat der Stadt hatte angeordnet, daß am Messesonntag die Geschäfte des Kleinhandels und die Bäckereien offen halten dürfen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beantragt, um diesem Raub der Sonntagsruhe entgegenzuwirken:

den Rat zu ersuchen, vom dem § 105 B. Absatz 2 der Gewerbeordnung seinen Gebrauch zu machen und an den Sonntagen der Frühjahrsmesse und Herbstmesse die Beschäftigung von Personal in städtischen Handelsgeschäften der Stadt sowie den Verkauf von Waren in Bäckereien außer der bis jetzt zulässigen Zeit nicht zu gestatten.

Genosse Frenzel begründete den Antrag. Er führte u. a. aus: Der Rat hat, getrieben auf die Gewerbeordnung, angeordnet, daß die Handelsgeschäfte in der inneren Stadt von 13 bis 18 Uhr und die Bäckereien von 1/8 bis 1/4 Uhr ihre Läden offen halten dürfen. Er ist mit dieser Verordnung einem Wunsche des Einzelhandelsverbandes nachgegeben. Ein Bedürfnis für eine solche Maßnahme liegt durchaus nicht vor. Bei einer Umfrage des Einzelhandelsverbandes z. B. haben sich von den rund 2000 Mitgliedern dieses Verbandes ganze 58 für die Offenhaltung der Läden an Messesonntagen ausgesprochen. Beispielt an dieser Umfrage haben sich nur 95 Mitglieder. Das ist also ein sehr mageres Ergebnis. Weitere Feststellungen ergaben, daß an den Messesonntagen nur fünf Prozent des in den Kleinhandelsgeschäften beschäftigten Personals arbeiten und daß die Einnahmen nur 10 Prozent der Tageseinnahmen eines gewöhnlichen Wochentages ausmachen. Da kann man doch nicht von einem Bedürfnis reden. Alle diese Tatsachen sind auch dem Rate bekannt. Ihm ist auch bekannt, daß der Landtag bereits am 10. Mai 1927 einen Beschluß gefaßt hat, die Geschäfte an den Sonntagen der Leipziger Messe nicht offen zu halten. Die Regierung hat sich allerdings um diesen Beschluß nicht gekümmert, sogar zu seiner Nichtachtung ermuntert. Dem Rate war das ein willkommener Anlaß, seine Liebe für die Untergebenen und seine Rücksicht gegenüber den Interessen der Angestellten zu bezeugen. Das Stadtverordnetenkollegium hat daher die Pflicht, gegen diese reaktionäre Einstellung des Rates entschiedenen Front zu machen.

Hilpert (WpW) hält es für selbstverständlich, daß die Stadt Leipzig an den Messesonntagen den Eindruck eines Festtages macht. Darum sei die Ratsverordnung durchaus am Platze.

Schneider (WpW) spricht sich im selben Sinne aus.  
 Krüger (WpW) hatte als Angehöriger des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes die Aufgabe, der Auffassung seiner Fraktionskollegen entgegenzutreten.

Herrmann (SPD) nagelt die Zweifelsentscheidung der Wirtschafts-politischen Vereinigung an und erklärt, für den Antrag der Sozialdemokraten stimmen zu wollen.

Genosse Frenzel findet es vergeblich, daß Hilpert als Syndikus des Einzelhandelsverbandes anders redet als Krüger, der die Angestellteninteressen nicht so offensichtlich mit Füßen treten darf. Wenn Hilpert von Ueberstundenbezahlung gesprochen habe, so sei zu bemerken, daß die Angestellten nicht Ueberstunden leisten, sondern ein solches reguläres Einkommen haben müssen, daß sie davon ein menschenwürdiges Dasein fristen können.

Schmidt (WpW), ein Gegner der Ratsverordnung, betont, daß die Kleinhandeltreibenden, die ohne Geschäfte arbeiten, gegen die Offenhaltung der Läden sind. Er beantragt, nicht nur den Lebensmittelhandel, sondern auch den Straßenhandel an Messesonntagen zu unterbinden.

Köhler (WpW) sieht in der Debatte eine Schädigung der Messe. Die Angestellten selbst würden sich, wenn sie gefragt würden, für die Arbeit an Messesonntagen entscheiden, dann brauchen sie sich nach dem Hauptbahnhof zu gehen, um Koffer zu tragen.

Köllig (WpW) hält alle die vorgebrachten Gründe für nicht haltbar, die Sonntagsruhe der Angestellten zu durchbrechen.

Der Dringlichkeitsantrag wird angenommen, der Antrag Schmidt abgelehnt.

## Verammlungskalender

Donnerstag, 16. Februar 1928.  
 Bund soz. Freizeiter, Ortsgruppe Süd, Goldner Stern, 20 Uhr.  
 Freireligiöse Gemeinde (öffentliche Versammlung), Goldner Stern, 20 Uhr.  
 Freitag, 17. Februar 1928.  
 Metallarbeiter, Generalversammlungsvorsteher, Volkshaus, 19 Uhr.  
 Freireligiöse Gemeinde (öffentliche Versammlung), Löwenpark, 20 Uhr.  
 Ortsverein Schneefeld, Gesellschaftshaus, 20 Uhr.  
 Tagungsordnung usw. in vorausgegangenem Inzertat erfüllt.

Die Firma **Sander & Co.** eröffnet heute, **Petersstraße 16**, im Salamanderhans-Daus 1. Etage, eine Spezialkaffee für Kleberkaffee, Selbe und Berrückkaffee. Die Firma ist einem der größten Einkaufsgütervereine Deutschlands angeschlossen, und kann infolgedessen in ihrer Leistungsfähigkeit von keiner Seite übertroffen werden. Sie ist auch dadurch in der Lage, ein reich sortiertes Lager bester Qualitäten zu unterhalten und zu unterhalten um selbst den vergrößerten Anforderungen gerecht zu werden.  
 Die Firma hat keine Schaufenster und deshalb große Unkostenersparnis.



## TATSACHEN.

Die Kulturen  
der alten und neuen Türkei bringen  
die besten Cigarettentabake,  
der Welt hervor.

Mit diesen Tabaken bringt die  
Mischungswerkstatt der Reemtsma  
A. G. die edelsten Cigaretten  
hervor, die die Welt kennt.

Die Spitzenleistung ist die

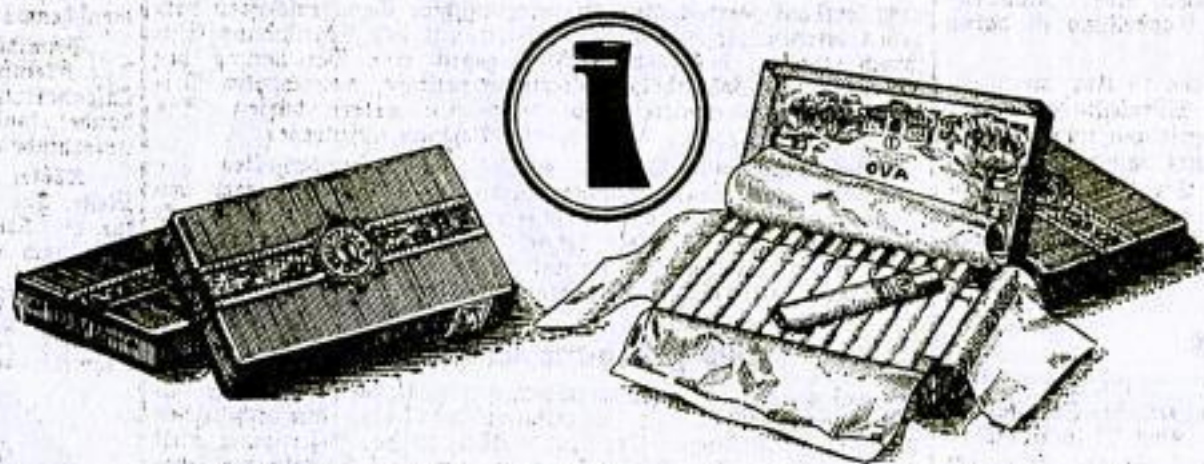
REEMTSMAS  
CIGARETTE

# OVA

in Araber-Format

5 Pf.

Eine Qualität, die jeder Kenner  
mit aller Ernsthaftigkeit anerkennt.





# Schützendorf Pepsin in Weinbrand

ist keine Arznei oder Geheimmittel, sondern magenstärkendes Genußmittel für jedermann!

Preise: 1/4-Literflasche 8.75, 1/2-Literflasche 7.00, 1-Literflasche 4.75  
1/8-Literflasche 2.75, 1/16-Literflasche 1.50 Mk.

### Alleinverkaufsstellen:

- |                                                                     |                                                                                      |
|---------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------|
| H. Konniger, Gasthaus und Weinhandlung, Südstraße 24                | M. Müble, Gasthaus, Lange Straße 19                                                  |
| G. Pinner, Restaurant und Café zum Oriental, Waldstr. 62            | H. Albrecht, Zills Tunnel, Barfußgäßchen 9                                           |
| R. Hohmann, Restaurant Alte Bura, Waffendorfer Str. 1               | C. Raube, Bahnhofrestaurant Schützenstr.                                             |
| E. Steberich, Restaurant Emilienstraße 12                           | H. Sanisch, Gasth. Terrasse Wahren, Hauptstraße 26                                   |
| Ha. Piesch, Café und Konditorei, Grimm Steinweg 8                   | H. Blüthner, Gasth. zum Roland, Wödem. Kroschstraße 15                               |
| Hierhaus Baermann, H. Wüagner G. m. b. H., Veterenstr. 37           | H. Baumgärtel, Gasth. Hausch, Koburger Straße 40                                     |
| G. Mühl, Neureudniger Gasthof, Neudn. Stötteritzer Str. 7           | H. Gladin, Gasth. zur Börse, Wödem. Holbeinstr. 10                                   |
| H. J. Salwender, Gasth. am Parier, Balkm. Kircht. 85                | H. Sanderhaußen, Gasth. Connewitz, Bruns-Eugen-Str. 1                                |
| H. Witzendorf, Gasthaus Ratskeller, Sell. Wurzer Str. 134           | H. Herold, Gasth. Neulöhnefeld, Eilenbahnstraße 72                                   |
| C. Hoop, Restaur. Goldener Löwe, Anger, Wurzer Str. 8               | H. Beyer, Gasth. Weintraube, Großschlocher, Kirchstraße 25                           |
| H. Schumann, Gasthof Köhning, Bornaische Straße 109                 | H. Däwerrh, Gasth. am Park, Anaukhain                                                |
| C. Baumann, Gasth. Reichsverweier, Kleinschlocher, Dieskaustraße 98 | H. Kummer, Bahnhofrestaurant Marktfrankfurt                                          |
| R. Weitzel, Gasth. Sonnenhof, Bl. Weihenfelder Str. 15              | H. Härtel, Gasth. Kalko, Al. Willig                                                  |
| H. Büttner, Gasth. Stadt Leipzig, Lind. Rühlenturm 29               | H. Feinich, Obhlweinbänke, Schloss Ehrenberg, Böhmitz-Ehrenberg, Leipziger Straße 56 |
| H. Jahn, Gasth. zur Börse, Schlenker, Könnertstraße 72              | H. Peter, Gasth. zur Endstation, Probstheida, Breußenstr.                            |
| H. Zudschwerdt, Gasth. zur Kummelapotheke, Gützig, Gütziger Markt 5 | H. Albrecht, Gasth. Schwarzes Roth, Liebertwolkwitz                                  |
| H. Lütber, Kumbacher Bierstube, Sebastian-Bach-Str. 29              | H. Müller, Gasth. Voltmarsdorf, Mariannenstraße 101                                  |
| H. Hofmann, Restaurant zum Kurprin, Kurprinstraße 20                | H. Nagel, Gasth. Schönefeld, Dresdener Straße 38                                     |
| H. Schäfer, Bierrestaurant, Querstraße 32                           | H. Friedel, Gasthof Böhlen, Gewerkschaftshaus Röhla                                  |



## Fisch-Marinaden

in sauberster Verarbeitung sind

preiswert und gut

- |                                                  |                                                         |
|--------------------------------------------------|---------------------------------------------------------|
| Hering in Oelee . . . . . 1/2-Liter-Dose - 75    | Sild norddeutsche Art, in Oelbottel . . . . . Dose - 50 |
| Hering in Oelee, ausgezogen, 1/2-Liter-Dose - 50 | Rosensardinen, 1/2-Liter-Dose - 90                      |
| Bratheringe . . . . . 1-Liter-Dose - 90          | Räucher-Seelachs in Oel, 1/2-Liter-Dose - 60            |
| Rollmöpfe . . . . . 1-Liter-Dose 1.10            | Sardellen . . . . . Pfund 1.40                          |
| Delfardinen, 3/4-Liter-Dose - 60                 |                                                         |
| Delfardinen, Postions-Dose . . . . . Dose - 30   |                                                         |

### Herings-Salat in Mayonnaise

wieder in allen Lebensmittelverteilungsstellen zu haben

1/4 Pfund nur 15 Pfennig

Bücklinge / Sprotten / Vollheringe  
zu niedrigsten Tagespreisen.

## Die Konsumvereine

der Leipziger Einkaufs-Vereinigung

Abgabe nur an Mitglieder

Ausnahmen in allen Verteilungsstellen

Willst du'n feinen Braten kaufen, mußt zu Wildtörk laufen.

Empfehle diese Woche **500 pa. starke Hasen** gestreift Stück 5.80 Mk.

**Prima Dresdner Gänse** Pfund 1.30 Mk., geteilt Pfund 1.40 Mk.

feine zarte Rehrätter, Dirschrüden, Reule Pfund 1.50  
Bratfleisch, Blatt 1.25, Kochfleisch vom Dirsch

**Wilde Kaninchen** gestreift Stück 2.50  
Fette Brat- und Suppenhühner

**Breite Straße 2, am Kuchengarten**  
Ecke Dresdner und Breite Straße.

## LINOLEUM



**Läufer Teppiche**  
mit kleinen Fehlern  
ab 1.80 Mk. ab 9.- Mk.  
Staunen werden Sie über  
die riesige Auswahl und  
die billigen Preise.

**Wachstuche**  
ab 1.80 Mk  
**Tischdecken**  
ab 3.- Mk

**Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99**

Unsere **Weißer Woche**

ist **Sonnabend zu Ende.**

Machen Sie sich die große Kaufgelegenheit noch zunutze.

Besichtigen Sie unsere Dekorationen.



# Lebensmittel

Vorzüglich u. billig

## Frisches Fleisch

- |                                     |                                        |
|-------------------------------------|----------------------------------------|
| <b>Pa. Schweinefleisch</b>          | <b>Pa. Mastochs Fleisch</b>            |
| Bauch . . . . . Pfund 80            | Kochfleisch . . . . . Pfund 1.00       |
| Keule . . . . . Pfund 90            | Hoho Rippe . . . . . Pfund 1.30        |
| Koletschen . . . . . Pfund 1.20     | Braten o. Knoch. . . . . Pfund 1.40    |
| Kamm . . . . . Pfund 1.10           | Gulasch . . . . . Pfund 1.20           |
| <b>Pa. Kalbfleisch</b>              | <b>Pa. Hammelfleisch</b>               |
| Pfefferfleisch . . . . . Pfund 1.00 | Bauch . . . . . Pfund 1.10             |
| Brust . . . . . Pfund 1.20          | Keule . . . . . Pfund 1.40             |
| Nierenbraten . . . . . Pfund 1.35   | Koletschen . . . . . Pfund 1.30        |
| Keule . . . . . Pfund 1.35          | Blatt . . . . . Pfund 1.15             |
| Rindertals . . . . . Pfund 45       | Gehackte Rindfl. . . . . Pfund 1.20    |
| Schweinefett . . . . . Pfund 90     | Geh. Schweinefett . . . . . Pfund 1.10 |

## Wurstwaren

- |                                        |                                  |
|----------------------------------------|----------------------------------|
| Blutwurst . . . . . Pfund 35           | Kassel. Leberw. . . . . Pfund 35 |
| Frankf. Leberw. . . . . Pfund 40       | Frankf. Leberw. . . . . Pfund 48 |
| Jungswurst . . . . . Pfund 50          | Salamiwurst . . . . . Pfund 50   |
| Zorvelawurst . . . . . Pfund 50        | gut u. Leberwurst 1 Pfund nur 75 |
| Nieren, geschmort 1 Pfund - 0.135      |                                  |
| Leberwurst, extra gut 1/2 Pfund nur 45 |                                  |
| Schinken, extra bill. 1/2 Pfund 52     |                                  |

## Butter, Käse, Eier

- |                                       |                                       |
|---------------------------------------|---------------------------------------|
| Brio-Käse . . . . . Pfund 30          | Holl. Boude-Käse, vollf. 1/2 Pfund 85 |
| Schweiz. Käse 1/2 Pfund 78            | Tilsiterart . . . . . Pfund 58        |
| Feinst. Limburg. . . . . Pfund 85     | Feinst. Ziegenk. 1 Pfund, schw. 48    |
| Emmenthal. o. R. 811 Kart 85          | Camembertvollf. 811g. Kt. 90          |
| Harz. Käse, K. ea. 3 Pfund schw. 1.10 |                                       |
| Ausnahme-Angebot!                     |                                       |
| Frische Eier 10 St. nur 1.15          |                                       |

## Konserven

- |                                            |                                             |
|--------------------------------------------|---------------------------------------------|
| gemüse-erbsen . . . . . 2 Pfund - 0.65     | Kartoffel-Karotten . . . . . 2 Pfund - 0.38 |
| g. Schnittbohnen . . . . . 2 Pfund - 0.65  | Jung. Spinat . . . . . 2 Pfund - 0.65       |
| erbsen m. Karott. . . . . 2 Pfund - 0.95   | Pflückerling . . . . . 2 Pfund - 0.75       |
| Pilgamen m. Stein . . . . . 2 Pfund - 0.85 | apfelmus, weiß . . . . . 2 Pfund - 1.25     |
| Stachelbeeren . . . . . 2 Pfund - 1.25     | irsch. rot. m. St. . . . . 2 Pfund - 1.30   |
| <b>Jam.-Rum-Verschn. 285</b>               |                                             |
| 38 Proz. 1/4 Flasche                       |                                             |

## Kolonialwaren

- |                                                                        |                                          |
|------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------|
| Weiße Bohnen . . . . . Pfund 22                                        | GeschMte Erbsen, halb . . . . . Pfund 36 |
| Linsen . . . . . Pfund 48                                              | Eiernudeln . . . . . Pfund 50            |
| Bruch-Makkaroni . . . . . Pfund 50                                     | Suppeninlage . . . . . Pfund 24          |
| Voll-Weiz. . . . . Pfund 90                                            | Pflaumen, kalif. . . . . Pfund 60        |
| Milchobst, kalif. . . . . Pfund 60                                     | Aprikosen, kalif. . . . . Pfund 1.10     |
| Vollnuß, Milch, Mokka, Halba- od. Edel-Schokolade 3 Taf. à 100g nur 95 |                                          |

## Fischwaren

- |                                    |                                            |
|------------------------------------|--------------------------------------------|
| Seelachs i. Scheib. D. 80, 70 50   | Haselnuß-Kerne . . . . . Pfund 40          |
| lollmops i. Ramoul, Dose 1.10      | Amerik. Äpfel . . . . . Pfund 85           |
| olltheringe i. Ramoul, Dose 1.10   | Apfelsinen 10 Stück nur 85                 |
| Selk.-Heringe i. versch. Saucen 75 | Jefta-Orangen 5 St. 95 5 St. 20            |
| Oelardinen, Club, Dose 50          | und getrocknete Kaffees aus eigener Fabrik |
| Bratheringe i. Weinsauce, D. 1.10  | Per.-Kaffee . . . . . Pfund 65             |
| Makrelen . . . . . Dose 78 42      | Santos . . . . . Pfund 70                  |
| Seelachs i. Scheib. 1/2 Pfund 45   | Mexiko . . . . . Pfund 1.00                |
| Gabelbissen . . . . . Pfund 50     | Maraonvne . . . . . Pfund 1.10             |
| Weinbr.-Verschn. 38 Pfund 2.50     |                                            |
| Scharlach. Silber, 1/4 Pfund 4.75  |                                            |

## Verschiedenes

- |                                                      |  |
|------------------------------------------------------|--|
| Alterteinsten Guatemala-Peri-Kaffee 1/4 Pfund nur 90 |  |
|------------------------------------------------------|--|



**Sächsische Angelegenheiten**

**Der Streit unter den Koalitionsbrüdern**

Die sächsischen Koalitionsbrüder haben auch am Mittwoch wieder eifrig gekuhandelt. Gegenstand der Verhandlungen war die Forderung der Aufwärtler auf Aufhebung der Loderungsverordnung im Chemnitzer Bezirk, weil sich dort die Loderungsverordnung bei den Gewerberaumietern besonders verheerend ausgewirkt hat. Der vom interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien eingesehter Unterausschuss hat sich Mittwoch mit den Beschwerden der Gewerberaumietern beschäftigt. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt. Wie wir aus gut orientierter Quelle erfahren, kam der Unterausschuss zu dem Ergebnis, dem am Donnerstag tagenden interfraktionellen Ausschuss die Aufhebung der Loderungsverordnung in Chemnitz zu empfehlen. Es kommt nun alles darauf an, wie sich die Wirtschaftspartei zu diesem Vorschlage stellen wird. Wahrscheinlich wird auch sie dem Vorschlage zustimmen, weil für sie Aussicht besteht, auf andere Art genügend entschädigt zu werden. Bekanntlich verlangen die Wirtschaftsparteier ab 1. April weitere 4% v. H. Mietanteil für die Hausbesitzer. Da nach den Erklärungen der Regierungsparteien keine Mieterhöhung geplant ist, soll der größere Anteil der Hausbesitzer aus dem dem Staat und den Gemeinden zufallenden Mietanteil genommen werden. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß diese Regelung eine Verminderung der Mittel für den Wohnungsbau bedeutet. Der jüngste Hauskrach in der sächsischen Koalition soll also auf Kosten der Wohnungslosen beigelegt werden. Die Regierungsparteien wollen diese Forderung der Wirtschaftspartei bewilligen, wenn sie sich ihrerseits bereit erklärt, der Aufhebung der Loderungsverordnung in Chemnitz zuzustimmen. Was allerdings dann aus den anderen Gewerberaumietern im übrigen Sachsen wird, darum scheint man sich noch nicht zu kümmern. Hoffentlich wehren sich die Gewerberaumietern aus den anderen Städten ebenso energisch wie die Chemnitzer gegen die Auswirkungen der Loderungsverordnung und fordern ihre Aufhebung. Zu der Forderung der Wirtschaftspartei, den Mietanteil für die Hausbesitzer zu erhöhen, schreibt die Zittauer Morgenzeitung:

„Kompliziert wird die Angelegenheit (die Regierungskrise. Die Red.) noch dadurch, daß die Wirtschaftsparteier, besonders die Hausbesitzer-Abgeordneten, wie gemeldet, vor kurzem die Forderung erhoben haben, daß der Anteil der Hausbesitzer an der Miete um 4% Prozent erhöht werden müsse. Da eine Mieterhöhung nicht in Frage kommt, schlagen sie vor, diese 4% Prozent darauf zu gewinnen, daß sie dem Wohnungsbau 3 Prozent, dem Staate 1 Prozent und den Gemeinden 1/2 Prozent von ihren bisherigen Anteilen wegnehmen wollten. Darunter würde vor allem der Wohnungsbau leiden, zumal im laufenden Jahre schon mit einer geringeren Neubautätigkeit gerechnet werden muß als 1927. Ebenso scheint es schwierig, dem Staat 1 Prozent abzunehmen; denn das würde ungefähr 4 1/2 Millionen ausmachen, und bei einem Fehlbetrag von über 20 Millionen Mark wird sich der Finanzminister auf eine solche Erhöhung seines Defizits kaum einlassen. Bei den Gemeinden würde der Ausfall von 1/2 Prozent Mieteuer sich auch recht unangenehm bemerkbar machen, denn die Finanzen der Gemeinden sind ja vielfach in noch größerer Unordnung als die des Staates.“

Die Dresdner Neuesten Nachrichten schreiben zu dem Hauskrach der Koalitionsbrüder:

„Bei den Differenzen über die Loderungsverordnung ist im übrigen zu beachten, daß auch die Demokraten und die Altsozialisten für eine Aenderung eintreten, falls die Nachprüfung der eingegangenen Beschwerden ihre Berechtigung ergibt. Die Aufwärtlerpartei steht also in dieser Frage keineswegs isoliert da. In dieser Erkenntnis hat sie offenbar auch die ursprüngliche Andeutung, sie werde aus der Koalition austreten, nicht weiter verfolgt. Die Hoffnungen der sozialistisch-kommunistischen Opposition auf einen Auseinanderfall der Regierungskoalition werden sich also aller Voraussicht nach nicht erfüllen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in der Dienstagssitzung des Landtages der Geschäftsordnungsantrag, die sozialistischen und kommunistischen Wahländerungsanträge auf die Tagesordnung der Donnerstagssitzung zu setzen, durch eine Zufallsmehrheit angenommen wurde. Dieser Beschluß wird voraussichtlich am Donnerstag fertiggestellt werden, d. h., die beiden Anträge werden wieder von der Tagesordnung abgesetzt.“

Nach mehr fehl gehen die in der sozialistischen Presse auftauchenden Meldungen über den angeblichen Wunsch der Deutschen Volkspartei, den durch die Pensionierung des Ministerialdirektors Dr. Wulffen freigewordenen Posten im Justizministerium mit dem früheren Justizminister Dr. Büniger zu besetzen. Voraussetzung dafür wäre, daß Dr. Büniger selbst diesen Posten erstrebt. Davon ist jedoch gar keine Rede.“

Die Drahtzieher sind also wieder eifrig bemüht, den neuesten Streit in der Selbst-Koalition zu befeitigen. Vielleicht gelingt es ihnen auch diesmal — wie schon so oft. Aber die Gegenläufe in

dieser Koalition werden auch durch die tägliche Angst der Koalitionsbrüder vor der Landtagsneuwahl nicht befeitigt. Und wenn auch die Regierungsparteien die Aussprache über die sozialdemokratischen Anträge noch weiter verschleppen sollten, dem Staatsgerichtshofs Urteil über die Klagen des Zentrums und der Unabhängigen können sie doch nicht entgehen. Dazu kommt, daß die Reichstagswahlen immer näher rücken, so daß auch schon deshalb eine Entscheidung über die Auflösung des sächsischen Landtages und eventuelle Zusammenlegung der Landtags- und der Reichstagswahlen getroffen werden muß.

Uebrigens können die Regierungsparteien die Aussprache im sächsischen Landtage über die sozialdemokratischen Anträge nur um den Preis der Verfassungsverletzung immer und immer wieder verhindern; denn nach den einschlägigen Bestimmungen kann die Beratung von Anträgen im Landtage nicht durch einfachen Mehrheitsbeschluß unmöglich gemacht werden. Außerdem bietet ja auch die bevorstehende Etatberatung die Möglichkeit, die Koalitionsparteien und die Regierung zum Reden zu bringen.

Al das zeigt, wie kleinlich die Mittel der Koalitionsbrüder sind, mit denen sie sich über die parlamentarischen Schwierigkeiten weghelfen wollen. Sie leben wirklich von der Hand in den Mund und sind froh, ihre Herzlichkeit wieder ein paar Tage gerettet zu haben. Aber für die Dauer werden sich die Angsthelden auch mit diesen Mitteln nicht vor der Abrechnung der Wähler schützen können.

**„Altsozialist“ Winnig**

Ein den Hitlerstudenten Nahstehender.

Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund, dessen Sitz sich in Leipzig befindet, gibt für die Hitlerstudenten ein Wintertätchen heraus, das den vielversprechenden Titel „Der junge Revolutionär“ führt. In der neuesten Nummer dieses Hakenkreuzletztorgans wird ein Aufruf des Verbandes deutscher Akademiker abgedruckt, der zur Teilnahme am 3. deutschen Akademikertag einladet. Zu dieser im April dieses Jahres in Elberfeld stattfindenden Tagung bemerkt die Schriftleitung dieses wästen Antisemitenblättchens folgendes:

„Wir bringen im nachfolgenden auch das Programm zur Kenntnis, nicht so sehr, weil der Verband deutscher Akademiker

**Frischfleisch**

aus eigenen Schlachtungen

**Schweinefleisch**

Kotelett .....	Pfd. 1.30
Wende .....	Pfd. 1.80
Schnitzel .....	Pfd. 1.80
Kamm, ohne Beilage .....	Pfd. 1.20
Bauch, ohne Beilage .....	Pfd. 0.96

**Rindfleisch**

Suppenfleisch (Bauch, Flanke, Querrippe) .....	Pfd. 1.10
Hohe Rippe .....	Pfd. 1.24
Roastbeef, mit Knochen .....	Pfd. 1.28
Roastbeef, ohne Knochen .....	Pfd. 1.52
Wende .....	Pfd. 1.80

**Kalbfleisch (Frischfleisch)**

Kamm .....	Pfd. 1.10
Brust .....	Pfd. 1.10
Keule .....	Pfd. 1.40
Schnitzel .....	Pfd. 2.00

**Gefrierfleisch**

billiger

**Gefrier-Rindfleisch**

Bratenfleisch ohne Knochen .....	Pfd. 1.00
Rouladen .....	Pfd. 1.10
Suppenfleisch .....	Pfd. 0.60

**Gefrier-Schmelfleisch**

Bauch .....	0.85
Schulter .....	0.85
Rücken .....	Pfd. 0.85
Keule .....	Pfd. 0.95

**Schmer, Fettles ohne Schwarte**

Pfd. 80

Ferner empfehlen wir:

Weißfett .....	Pfd. 1.10
Grübenfett .....	Pfd. 1.10
Wurffett .....	Pfd. 0.60
Schwarzfleisch .....	Pfd. 1.40
Schinkenstück .....	Pfd. 1.40

Napp-Sülze .....	Stück 0.35
Schüssel-Sülze .....	Pfd. 0.80
Delikatess-Sülze .....	Pfd. 1.20
Sülzen-Wurst .....	Pfd. 1.20
Delikatess-Preßkopf .....	Pfd. 1.40
Westfälischer Preßkopf .....	Pfd. 1.40

**Knoblauchwurst**

Pfund 1.40

**Konsum-Berein Leipzig-Blagwitz**

und Umgegend G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder — Aufnahmen in allen Verteilungsstellen



uns darum gebeten hat, sondern um auch einmal zu zeigen, wie sehr der Nationalsozialismus schon im Akademikerverband Wurzel gefasst hat.

Kun ist aber auf der Tagung bei den großen Reden nicht etwa unter Reichsleiter (Adolf Hitler, Red. der NS) mit vorzugehen, um als Vertreter der nationalsozialistischen Weltanschauung das bei uns schon gelöste Problem der Hand- und Kopfarbeiter darzulegen, nein, dazu ist Herr Winnig ausersehen. Wir haben nichts gegen Herrn Winnig, der uns ja so nahesteht...

Ueber was der den Fakultätsstudenten nahestehende Herr Winnig sprechen wird, erfährt man aus dem Programm der Akademikertagung. Winnig, der führende Mann der sogenannten „Antisozialisten“, wird nach dem Vortrag des völkisch-antisemitisch-deutschnationalen Professors Dr. Wundt, Jena, zu Worte kommen. Es heißt im Programm: „Vortrag Oberpräsident August Winnig, Potsdam, Führer der antisozialistischen Arbeiterbewegung über „Die neue deutsche Front“. Um aber die nationalsozialistischen Prägen dieses Kappenhängers auch Nichtakademikern zugänglich zu machen, ist der Vortrag Winnigs öffentlich und soll auch noch durch Rundfunk weitergegeben werden.

Das Arrangement dieser Tagung, insbesondere aber die Beurteilung Winnigs durch das Blättchen der akademischen Hitlerjünglinge verrät, was zu den sogenannten „Antisozialisten“ ist. Die Kampagne um Winnig, Selb und Rietsch steht den völkischen Kabaubrütern so nahe, daß diese, die sonst jeden Sozialdemokraten niederbrüllen, nichts gegen die Reden solcher Renegaten einzumenden haben. Die Hitlerstudenten werden nach der Tagung sicher der Auffassung geworden sein, daß Adolf Hitler ihre völkisch-nationalistischen Ideen nicht besser propagieren und vertreten konnte als August Winnig, der „Führer der antisozialistischen Arbeiterbewegung“. Wie der ehemalige liberale Käterepublikaner Rietsch einst den Beifall der nationalsozialistischen Studentenklaue in Erlangen fand, so wird August Winnig, der abgetotete Oberpräsident, für sein Kelerat über die neue deutsche Front, oder besser die Gemeinschaft mit dem Unternehmertum, die Beifallsalben der angeblich rassistischen in Elberfeld versammelten Akademiker ernten. Und der Volksstaat, das Organ der Sozialisten mit seiner Auflage von 2000, wird dann in der Lage sein, täglich Sympathieerklärungen Gleichgesinnter aus allen Teilen des Reichs seinen Lesern vorzuführen, um diesen glaubhaft zu machen, welche ungeheuren Anhang die Partei der Völkchenkinder und Heilmacher hat.

### Das Polizeibeamtengesetz im Rechtsauschuß.

Am 15. Februar fand das Polizeibeamtengesetz im Rechtsauschuß zur zweiten Beratung. Von der sozialdemokratischen Fraktion waren eine Anzahl Anträge gestellt, mit denen wenigstens noch einige Verbesserungen der Regierungsvorlage erlangt werden sollten. Diese Anträge wurden aber ebenso abgelehnt, wie die Verbesserungsanträge in der ersten Lesung. Die Regierungsvorlage ist also im wesentlichen unverändert geblieben. Daher stimmen die Sozialdemokraten und die Kommunisten gegen das Gesetz. Da der Gesetztext der Entente vorgelegt werden muß, die unter Umständen Einwendungen gegen das Gesetz erheben kann, würde die endgültige Verabschiedung des Gesetzes noch einige Zeit auf sich

warten lassen. Im Ausschuß wurde allerdings verlangt, das Gesetz vor der Entscheidung der Entente im Landtagsplenum zu verabschieden. Die Regierung erklärte aber dazu, es müsse dann mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß der Landtag das verabschiedete Gesetz nach den Anforderungen der Entente abändern muß.

### Haushaltplan und Verwaltungsreform

Wie der deutschnationale Sächsische Zeitungsdienst zu berichten weiß, sind die Sächsischen Verwaltungsreformvorschläge im neuen Haushaltsplan, der dem Landtag immer noch nicht zugegangen ist, noch nicht berücksichtigt. Zweifellos werden aber diese Vorschläge bei der kommenden Etatberatung eine gewisse Rolle spielen. Die Regierung hat deshalb beschlossen, daß jedes Ministerium für sein Ressort einen Referenten bestellt, der die Sächsischen Vorschläge, soweit sie das betreffende Ressort angehen, durchzuarbeiten und zu prüfen hat. Diese Spezialreferenten der einzelnen Ministerien haben dann das Ergebnis ihrer Prüfungsarbeit einem vom Ministerpräsidenten bestellten Generalkommissionen zu unterbreiten. Diese Prüfungsergebnisse sollen dann bei der Beratung der einzelnen Etatkapitel mit verdrückt werden.

### Rein Volkstrauertag in Sachsen

Das Gesamtministerium hat, wie im Vorjahre, auch für das laufende Jahr beschlossen, von der Festsetzung eines bestimmten Tages als Volkstrauertag für das Gebiet des Freistaates Sachsen abzusehen, da eine einheitliche gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit für das gesamte Reichsgebiet auch jetzt noch nicht getroffen ist.

Das Eisenbahnwesen in der Oberlausitz. Die Deutsche Volkspartei hat im Landtage einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, auf die Reichsbahnverwaltung einzuwirken, das Eisenbahnwesen in der Oberlausitz, besonders in dem südlichen Teil, besser auszubauen.

Die Münzprägungen in Sachsen. Im Januar 1928 sind in der sächsischen Münze in Rudenbüttel für 660 000 Mark Fünfmärk- und für 450 000 Mark Fünfzigpfennigstücke geprägt worden.

Dresden. Die Abwälzung der Besoldungserhöhung hat im Dresden der Dresdener städtischen Werke beschlossen, einen einmaligen zehnprozentigen Zuschlag zu den Rechnungen für Gas, Wasser und Elektrizität zu erheben, und zwar für eine Verbrauchsperiode von zehn Wochen, die am 29. April beginnt. Sofern die Rechnung zehn Mark nicht übersteigt, wird der Zuschlag nicht erhoben.

Leipzig. Unter dem Verdacht der Brandstiftung. Kürzlich war in einem Hause ein Brand ausgebrochen. Jetzt wurde der Besitzer, ein Schneidermesser, verhaftet, weil er verdächtig ist, den Brand selbst angelegt zu haben.

Blauen. Selbstmord im Gefängnis. In der hiesigen Gefangenenanstalt hat sich am Sonntag ein 56 Jahre alter Geschäftsmann aus Delsitz aufgehängt. Der Mann befand sich seit dem 8. Januar in Untersuchungshaft, weil er einen Zuderwarenfabrikanten bei einem Streit mit einem Messer schwer verletzt hatte.

Blauen. Ein Brandstifter festgenommen. Ein 22 Jahre alter Schuhmacher aus Treuen, der eingestanden hat, in Altmanngrün am 16. Januar an einem Bauerngut einen Brand angelegt zu haben, wurde in Haft genommen.

Chemnitz. Tagung der Kaffeehausbesitzer. Kürzlich wurde die Gründung eines Verbandes sächsischer Kaffeehausbesitzer und verwandter Betriebe zur Wahrung örtlicher sächsischer Interessen beschlossen. Es waren Delegierte aus Chemnitz, Dresden, Leipzig, Zwickau, Riesa und anderen Städten Sachsens erschienen. Zum Sitz des Verbandes Sächsischer Kaffeehausbesitzer wurde Dresden bestimmt.

### Rundfunkprogramm

Leipzig.

Freitag, den 17. Februar. Unterhaltung und Belehrung. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage (Deutsch und Esperanto). Schneberichte und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsschmuck auf einer Sprech- und Schallplattenmaschine der Vox-A.G., Berlin. 12,55 Uhr: Neuerer Zeitzeichen. 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 15-15,30 Uhr: Proben aus den Neuzuschreibungen auf dem Musikalienmarkt. 15,45-16 Uhr: Bücherbesprechungen der Sächsischen Landesbibliothek Dresden. 1. Neuzuschreibungen auf dem Gebiete der Theologie, gesprochen von Prof. Dr. Bollert, Direktor der Sächsischen Landesbibliothek Dresden. 16,30-18 Uhr: Konzert. (Von 17-18 Uhr: Übertragung auf den Deutschlandsender.) Die Dresdener Rundfunkkapelle. Dirigent: Theodor Blumer. 18,05-18,30 Uhr: Besprochen aus den Neuzuschreibungen auf dem Büchermarkt. 18,30-18,55 Uhr: Deutsche Belle, Berlin. Studentat Freibel und Viktor Mann: Englisch für Fortgeschrittene. 19-19,30 Uhr: Dr. Gertrud Hille vom Theatermuseum München: „Künstlerische und wissenschaftliche Fragen der Theatergeschichte.“ 19,30-20 Uhr: Direktor Raß vom Museum in Leipzig: „Allgemeine Messe, Fachmesse und Ausstellung in ihrer heutigen Bedeutung.“ 20 Uhr: Wettervorhersage, Schneberichte und Zeitangabe. Tönende Operngeschichte. VI. Abend: Die Nachfolge Glucks. 20,15 Uhr: Die Bestatin. Oper in 3 Akten. Text von Foun, Musik von Gasparo Spontini. Dirigent: Alfred Spendrei. Personen: Vicinius, römischer General, Adolf Dimano, Cinnas Hauptmann der Legionäre, U. Lente. Der Oberpriester, Dr. W. Roßenthal. Ein Zeichenbeuter, Hans Jost, Julia, Bestatin, Eva Graf. Die Oberpriesterin der Besta, Margret Lindström. Die Handlung spielt in Rom. 1. Akt: Das Forum mit Vestas Tempel. 2. Akt: Das Innere des Tempels der Besta. 3. Akt: Vor den Mauern Roms. Orchester: Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Chor: Die Leipziger Oratorien-Vereinigung. Einführender Vortrag von Dr. Wilhelm Hübner. (Textbücher sind durch die Mitrag erhältlich.) 22,45 Uhr: Pressebericht und Sportsunk. 23-24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik. Dresdener Rundfunkkapelle.

### Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Paprika-Klops mit Kartoffelmus 80; Gefüllte Kalbroulade mit Spinat und Kartoffeln 120; Moros: Weißbrot mit Kartoffelknödelchen 30; Dasselbe mit Gohrentfleisch 80; Schlesiisches Himmelsreich 100; Geschmortes Hammelkeule mit Straßburger Kartoffeln 1,25

### Familien-Nachrichten

Hierdurch die traurige Nachricht, daß meine liebe, gute, unvergessliche Frau, unsere Schwester, Schwägerin und Tante

## Frau Ida Löps geb. Rockstroh

am Dienstag sanft entschlafen ist.  
L-Möckern, Hallische Str. 203.  
In tiefer Trauer  
Gustav Löps nebst Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 14 Uhr. auf dem Friedhof zu Möckern statt.

### Danksagung.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen

## Hermann Tauchnitz

sagen wir nur hierdurch allen Freunden und Verwandten unsern herzlichsten Dank. Besonders Dank noch Herrn Dr. Kippenberger und Herrn Wittig für die trostreichen Worte sowie den Kameraden vom Reichsbanner für die Kranzspende und das letzte Geleit.

Leipzig, Albertstraße 12, den 14. Februar 1928.

Ida verw. Tauchnitz  
nebst Kindern und Angehörigen.

### Baby-Ausstattungen

Badewannen  
Wickelkommoden  
Wagen  
zum Wägen des Säuglings  
auch Ischwaner  
Windelwagen

## Gummi-Klose

LEIPZIG-HAINSTR.17-19

### Freude und Leid

verhündet Verwandten und Bekannten die

## Familien-Anzeige

### KLEINER ANZEIGER

### Stellenangebote

#### Dirigent gesucht!

Sängerabtl. i. West. Lichtlos ein Dirigenten für Mittwoch abends Wert. Off. bis Sonntag abend an W. H. W 32, Ringstr. 6, pt. 1.

#### Stüchtiger Arbeiter

30-35 Jahre alt, im Faden von Glas- und Metallwaren durchaus bewandert, gesucht. Zu melden mit Zeugnissen Freitag, vormittags 10-12 Uhr.

#### Schale & Lackemann Metallwarenfabrik

Leipzig-Gohlis, Möderische Straße 14.

### Von Herrschaften wenig getragene Garderobe

Maßarbeit  
low, neu herbe  
zu sehr bill. Preis  
Frack, Gehrock u.  
Smoking-Anzüge  
zu bill. vertrieben

## Friedmann

Ranstädter Steinweg 13. I.  
Ein- u. Verl.-Gesch.

Teppiche - Mehrere neue Anzahlung in 10 Monatsraten liefert Teppichherren Jany & Co., Frankfurt a. M. Schreiben Sie sofort 799

## Billige Lebensmittel

Frische Eier	10 Stück	1.10
Geräucherter Speck	1 Pfund	88
Schmalz	1 Pfund	75
Margarine	1 Pfund	45
Blut- und Leberwurst	1 Pfund	70
Linsen	5 Pfund	95
Kaffee-Auslese gebrannt	1/2 Pfund	95
Kakao garantiert rein	1 Pfund	78
Schokoladen-Pulver rein	1 Pfund	85
Apfelmus	2-Pfund-Dose	58
Pflaumen mit Stein	2-Pfund-Dose	70
Gemischtes Gemüse	2-Pfund-Dose	75
Spinat	2-Pfund-Dose	45
Schnittbohnen	2-Pfund-Dose	58

### Möbel

ZU SEHR BILLIGEN PREISEN -- UND -- TROTZDEM -- AUF -- TEILANLUNG

1/10 ANZAHLUNG 24 MONATSRATEN!

Küchen-Schlafzimmer  
Speise- u. Herrenzimmer  
Teppiche u. Linoleum  
Korb- u. Kleimmöbel  
Einzelmöbel  
Polstermöbel

Beamte ohne Anzahlung | Kredit auch nach Auswärts

### Neues Unternehmen

Sucht für leichte, vornehme Heftetätigkeit bei hohem Einkommen noch einige redengewandte

## Damen und Herren

Meldungen Leipzig, Fochplatz 18, pt. 1.

### Verkäufe

#### Bonherrschaften

wenig gute Garderobe  
Bollen, Wädel, 3 Mädel  
billig ver. Grund.  
Eisfenster 2 x 3,80 x 27  
Ein- u. Vertriebsgesch.

#### Maurer

Zimmer- Klebung  
Reparaturen. Ros.  
Schirmerstr. 28, Erd.

#### Maurer

Werkzeuge  
und Reparaturen  
Eckardt, Sodendamm 10

### Auf Kredit Schlafstimmer

Rüben  
mit 5 Mark Anzahlung  
Abbl.-Waren-Kredit - Hans Hoffmann  
Balastraße 10, I. Etz.

### Teilzahlung

Alles kauft Planwitzer  
Kleiderbrände 88-94  
Küch., Schlafst., Bett.  
Schreibtisch Möbelwerkst.  
Wla., Schmiedestr. 7

### Auf Kredit Schlafstimmer

Rüben  
mit 5 Mark Anzahlung  
Scherbel  
Eismüllerei Nr. 10  
und Markt 2

## GEBRÜDER Goske

Windmühlenstraße 4-12  
Unser Geschäft wird ab Montag, den 20. Februar früh um 8:30 Uhr geöffnet

## PETER & Co

KATHARINEN-STR. 4 I, II

### Gute Drucksachen

von der einfachsten bis zur geschmackvollsten, modernsten Ausführung in ein- und mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Gewerbe, Handel, Behörden und Private, auch in Massenaufgaben (hergestellt im Flachdruck sowie im Rotationsbetrieb) bei billigster Preisberechnung.

Leipziger Buchdruckerei A.G.  
Leipzig, Teuchner Straße 19/21 - Fernsprecher Nr. 72206



# HEUTE

nachmittag

# 3 UHR

# ERÖFFNUNG

Wir bringen Ihnen *minig Snipin* uns Leistungsfähigkeit!

**Der große Frühjahrsartikel**  
**Kasha**  
 reine Wolle . . . . . **1 95**  
 Meter **2.90**

**Fantasiestoffe** Popeline etc.  
 tabelhaft billig  
 reine Wolle . . . . . **1 45**  
 ca. 85 bis 100 cm breit  
 Meter **1.95**

**Papillon - Schotten**  
 reine Wolle, in den schönsten  
 Stellungen . . . . . **1 65**  
 Meter **1.90** u.

**Rohseide**  
 extra gute Qualität  
 volle Breite . . . . . **1 95**  
 Meter

**Velour de laine**  
 In reinwollene Qualität, 1/2schwere  
 Frühjahrsware, auch in  
 hellen Farben, ca. 130  
 bis 140 cm breit, Meter **4 90**

**Herrenstoffe**  
 in moderner Ausmusterung  
 für Knaben-Anzüge be-  
 sonders geeignet . . . . . **1 95**  
 ca. 145 cm brt., Mtr. **2.40**

**Großes Sortiment**  
**Kammgarnstoffe**  
 für elegante Frühjahrs-  
 kostüme, in mod. Karos,  
 ca. 130 cm brt., Mtr. **4.90** **3 90**

**Crêpe de Chine**  
 großes Sortiment  
 uni und bedruckt . . . . . **3 90**  
 Mtr. **6.90** **5.90**

**Herrenstoffe**  
 für Sport und Reise  
 besonders preiswert . . . . . **5 90**  
 ca. 150 cm breit . Mtr.

**Velour de laine**  
 reine Wolle, solide Qualitäten  
 in vielen Farben, ca. **1 95**  
 130 cm breit . . . Meter

**Helvetia-Seide**  
 bedruckt  
 in großer Ausmusterung **2 90**  
 . . . . . Meter

**Mantelstoffe**  
 reine Wolle  
 in moderner engl. Aus-  
 musterung, ca. 140 cm  
 breit, Meter **6.90** **4.90** **2 90**

**Eleg. Bordürenstoff**  
 in Kashaönen  
 reine Wolle . . . . . **4 90**  
 ca. 130 cm breit - Meter

**Waschsamt**  
 florfest  
 in allen Farben . . . . . **1 45**  
 . . . Meter **2.65** **1.95**

**Kleiderstoffe**  
 in modernen Karos  
 u. neuartigen Streifen **58**  
 . . . . . Meter **95** **78**

**Besondere Gelegenheit!**  
**Futter - Damasse**  
 großes Sortiment, solide Qualität,  
 ca. 130-150 cm breit ca. 75-85 cm breit  
 Meter **2 90** Meter **1.65** **95**

**Ripo und Ripse**  
 in nur 1a reinwollenen Qualitäten  
 große Farbsortimente, für  
 Kleider, Kostüme, Mäntel  
 ca. 130 cm brt. Mtr. **4.90** **2 90**

Wir unterhalten  
**große Sortimente**  
**eleg. Stoffe** für Damen- und  
 Herrenbekleidg.  
 darunter auch  
**original engl. Ware**

Überzeugen Sie sich unverbindlich von unserer Leistungsfähigkeit!

# SONDER & CO

Petersstr. **16** I. Etage  
 im Salamanderhaus

*Das Glück  
 für  
 Leipzig!*



# Extra billige Lebensmittel

<b>Frisches Fleisch</b> Fettes Schweinohr . Pfd. 70 Schweinsbauch mag. Pfd. 78 Schweinskeule . Pfd. 88 Fettes mit Schmer . Pfd. 80 Koteletts . Pfd. 1.25 Rindkochfleisch . Pfd. 85 Gehacktes gar. rein . Pfd. 85 Gulasch . Pfd. 1.05 Schmorfleisch . Pfd. 1.20 Rouladen . Pfd. 1.25 Hammel-Ragout . Pfd. 88 Hammel-Rücken oder -Keule . Pfd. 1.10 Kalbs-Pfefferfleisch . Pfd. 1.05 Kalbskeule o. -Rück. Pfd. 1.25 <b>Rinder-Nieren-Talg</b> Pfd. 45	<b>Wild u. Geflügel</b> Hirschkochfleisch . Pfd. 65 Rohblätter . Pfd. 1.05 Puten . Pfd. 95 Enten . Pfd. 1.35 Brathühner . Pfd. 1.26 Suppenhühner . Pfd. 1.28 <b>Gänse</b> gefroren Pfd. 75 <b>Matjes-Heringe</b> 10 Stück 48 Bratheringe . 2-Pfd.-Dose 78 Rollmöps . 2-Pfd.-Dose 78 Bismarckheringe 2-Pfd.-D. 78 Kronen-Sardinen 2-Pfd.-D. 78 Hering in Golee 2-Pfd.-D. 78 Seelachs . . . . . 1-Pfd.-D. 48	<b>Wurstwaren</b> Gek. Schinken . Pfd. 55 48 Landjowurst . Pfd. 95 Speckwurst . Pfd. 98 Knackwurst . Pfd. 1.25 Mettwurst n. Braunsch. Art Pfd. 1.35 Fetter Speck . Pfd. 88 Schwarzzfleisch . Pfd. 1.20 Schinkenknochen . Pfd. 98 Schweinskopf . Pfd. 1.25 Pökeltamm . Pfd. 55 <b>Butter u. Käse</b> Tafel-Margarine . Pfd. 45 Amerik. Schmalz . Pfd. 75 Molkerel-Butter . Pfd. 88 Kokosfett . Pfd.-Pckg. 55 Schweizer Käse . Pfd. 1.48	<b>Weine u. Liköre</b> Weinbrand-Vorschnitt 225 Jg. Schnittbohnen 2-Pfd.-D. 75 Lejps. Allerlei mit Spargel und Morchein . 2-Pfd.-D. 95 Lejps. Allerlei mit Mören . 2-Pfd.-D. 1.38 Karotten . 2-Pfd.-D. 38 Bayr. Pfefferlinge 2-Pfd.-D. 95 Prinzeßbohnen 2-Pfd.-D. 1.00 <b>Schokolade</b> Bena-dorp-Frühtüch. Kakao 95 Bena-dorp-Vollmilch o. Schmelzschokolade 3 Tafeln à 100 g . 98 ff. Pralinen 3 Tafeln n. Nuß Pfd. 98 Johanniseer-Konfitüre 1.18 Ananas-Konfitüre . . . 1.55 Allee in 2-Pfund-Elmorn	<b>Gemüse- und Obst-Konserven</b> Apfelsinen . 2-Pfd.-Dose 68 Pflaumen . 2-Pfd.-Dose 70 Pflaumen-Stein 2-Pfd.-Dose 98 Birnen . Früchte 2-Pfd.-Dose 98 Stachelbeeren 2-Pfd.-D. 1.08 Ananas 3 Scheiben 1.35 extra Qual. . . 2-Pfd.-Dose Ananas . . . . . Dose 95 50 Sauerkirschen 1-Pfd.-Dose 95 Erdbeeren . . . . . 1-Pfd.-Dose 95 <b>Kolonialwaren</b> Kaffee gebr. . . . . 1/2 Pfd. 1.10 Perikaffee . . . . . 1/2 Pfd. 1.25 Weizenmehl 1-Pfd.-Beutel 85 Kaiser-Auszugmehl 1.18 Mühle Rünigen . . . . . 1.68 Mühle Bismert . . . . . 1.68
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**Fabelhaft billig!**  
 Kasser Rippensteak . Pfd. 1.35  
 Dauer-Zervelatwurst oder Selamiwurst . . . . . Pfd. 1.68

**Pflaumenmus** 2-Pf.-Eim. 85  
 Johannisb. Kirsch. 2 Pfd.-E. 95  
 Aprikose oder Erdbeere mit Apfel. . . . . 95


**Dreifucht-Marmelade** oder Heidelbeer-Konfit. 95  
 Aprikosen-Konfit. 1.38 1.25  
 Erdbeer-Konfitüre 1.38 1.28

**Johannisbeer-Konfitüre** 1.18  
 Ananas-Konfitüre . . . 1.55  
 Allee in 2-Pfund-Elmorn

**Spinat** 4-Pfund-Dose 59  
**Junge Schnittbohnen** 1-Pfund-Dose 1.08

**Imbissraum!**  
 gek. Schinken 25  
 mit Brötchen . . . . . nur  
 Gratis! Kostproben d. Maggi-Erzeugnisse

Lassen Sie unsere Weiße Woche nicht achtlos vorübergehen! **Sonnabend letzter Tag!**



**Reellste Bezugsquelle!**  
**Neue Gänsefedern**  
 wie von d. Gans gerupft, m. voll. Daunen, dopp. gereinigt, Pfd. 2.50, dies. beste Qual. 3.50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5.00, Damen 6.75, gerein. gerissene Federn mit Daunen 4.00 u. 5.00, hochprima 5.75, allerfeinste 7.50, la. Voll-daunen 9.00 u. 10.50. Für reelle staubfreie Ware Garant. Vers. geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kost. zur. Willy Manteuffel, Gänse-mäst. Gegr. 1852. Neutrebbin 18 (Oderbr.)

In unserm Verlage erschien  
**Die zweite ergänzte Auflage**  
**Heraus aus der Kirche**  
 Eine Mahnung  
 Kirchenaustritts-Gesetz vom 4. August 1919 und 26. Januar 1920 sowie die Verordnung vom 4. Februar 1920 nebst Vordrucken von  
**Richard Lipinski**  
 Preis 25 Pfg.  
 Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen  
**Leipziger Buchdruckerei A. - G.**  
 Abl. Buchhandlung, Tauchaer Str. 19-21

**Nur noch diese Woche lieferbar!**  
 Hochprima Safermaß, absolut reinrindend  
**Gänse 85**  
 ausgeflachtet, 1/2-Pfd. Gänse 1.00  
 Gänsefett . . . . . 1.70  
 Extra mit Daunen mit harter gestreift 5.50  
 Safermaß 2.40 - heute 1.25  
 auf 40% Safermaß (Klein) 30

**Prima Sirichfleisch** Roh- 50  
 fleisch  
 Sirichhälften 1.75, heute i. ganz. 1.80,  
 Sirichblatt 1.00, Sirichhälften 85 Pfg.  
 Junge fette Truthühner 1.40  
 gemästete  
 Stück 8-12 Pfd. schwer. Pfd.  
 Prima junge Brathühnerchen 1.45  
 1-1 1/4 Pfd. Pfd.



**Ernst Krieger**  
 Wild-Feinkost-Großhandlung-Geflügel  
**Burgstr. 16**  
 Tel. 72561

**Ortsverein Schönefeld**  
 Freitag, den 17. Februar, 20 Uhr:  
**Mitgliederversammlung im Gesellschaftshaus.**  
 Tagesordnung: 1. Referat der Genossin Bofdt über die Tätigkeit der Stadterordnetenrat. 2. Aufstellung der Kandidaten am Reichstag.  
 Erscheinen aller ist notwendig. Der Vorstand.

**URANIA**  
 (Leipziger Kulturfilm-Gemeinde)  
 Wegen ausverkauften Hauses auf vielseitigen Wunsch Wiederholung nur Sonnabend, den 18. Februar, und Sonntag, den 19. Februar, abends 6,15 Uhr und 8,30 Uhr im Planetarium am Zoo  
**FILMVORTRAG**  
**Das schaffende Amerika**  
 (Eine Studienreise durch die Vereinigten Staaten von Amerika)  
 Der bekannte Vortragsredner  
**Kapitän Karl Held, Bremen**  
 Ueberfahrt auf einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd, Bremen  
 Die Breslauer Zeitung schreibt: . . . Das ist nun ein Film und ein Vortrag, den sich eigentlich alle ansehen und anhören sollten, die am Fortschritt der Technik und der Menschheit überhaupt interessiert sind: Ingenieure und Baumeister, Verkehrsbeamte aller Art, Kaufleute und Gewerbetreibende, Lehrer und Schüler, Erfinder, Hausfrauen usw. ein Filmvortrag voller erstaunlicher Neuigkeiten, voller Belehrung und Unterhaltsamkeit, wie er sobald nicht nachgeholt werden dürfte.  
 Hersteller: Döring-Film-Werke Hannover, in Gemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd, Bremen  
 Eintrittspreise I. Platz 2. Platz  
 Erwachsene . . . . . 1.20 1.-  
 Jugendliche und Erwerbslose . . . . . 50 40  
 Vorverkauf: Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd, Poststraße 1. Meßamt (Lloyd-Agentur) und Geschäftsstelle der Urania im Planetarium (9-1 Uhr).

**Ämtliche Bekanntmachungen**  
 Der vom Polizeipräsident Leipzig am 18. 8. 1925 unter der Viten-Nr. 14170 auf den Namen Franz Albert Kurt Müller ausgestellte Führerschein für Verbr.-Machine Klasse 3b ist abhandelnommen.  
 Zur Verhütung von Mißbrauch wird dieser Führerschein hiermit für ungültig erklärt.  
 V. R. III 348  
 Leipzig, den 13. Februar 1928.  
**Das Polizeipräsidentium.**

**Montag, den 20. Februar 1928 14.30 Uhr**  
 findet im Verhandlungslokal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt. Die Tagesordnung hängt in der Tür des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zur Einsichtnahme aus.  
 Leipzig, am 15. Februar 1928.  
**Die Amtshauptmannschaft.**

**Groißsch** Für die Wahl der Vertreter der Bezirksämter im Ausschub der Landesverwaltungsanstalt Sachsen ist Herr Verwaltungsinventor Jahn in Groißsch, Rathaus, Zimmer Nr. 7, als Vorsteher des für den Bezirk des Verwaltungsamts Groißsch gebildeten Stimmbezirks ernannt worden.  
 Groißsch, am 14. Februar 1928.  
**Der Vorsteher des Verwaltungsamts der Stadt Groißsch.**

**Begau** Dessehlische Stadtverordneten-Sitzung, Freitag, den 17. Februar 1928, abends 8 Uhr, Stadtverordneten-Sitzungslokal. Tagesordnung: 1. Anlauf des Kurkürdes Nr. 579 von Junohanns Erben. 2. Bewilligung von Erziehungsbefehlen für Hans Six und Rosalie Koch. 3. Antrag der Kommunalfraktion, betr. Verwendung der Mittel zur Kohlenbeförderung der Erwerbslosen. 4. Einbürgerung des Kaufmanns Josef Kohler.

**Vau-Sperre in Böhlich-Ehrenberg.**  
 Der Gemeinderat in Böhlich-Ehrenberg hat über das Gelände in diesem Orte, das im Osten von den westlichen Grundstücken an der Gutshofstraße, von der Leisiger und der Auenstraße, im Süden von der Eisenbahn und der Heinrich-Heine-Straße, im Westen von der Fürst Gundorf und im Süden von der Luise befreit wird, einen Bauungsplan (A) eingereicht.  
 Gemäß § 35 des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900 wird über das vorbezeichnete Plangebiet die **Vau-Sperre** mit der Wirkung verhängt, daß Neu- oder Veränderungsbauten nicht oder doch nur insoweit genehmigt werden, als sie nicht die Durchführung der neuen Plannungen zu erschweren geeignet sind.  
 Leipzig, den 15. Februar 1928.  
**Die Amtshauptmannschaft.**

**Die Stelle einer zweiten Maschinenschreiberin (Hilfsarbeiterin)**  
 in der Gemeindeverwaltung ist am 1. April d. J. zu belegen. Bedingungen: Stenographischer, Sicherheit in der deutschen Rechtschreibung, gute Schulbildung, Prüfung in Stenographie und schriftlicher Arbeit erforderlich. Alter möglichst nicht über 17 Jahre. Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugnissen und Verhaltensanforderungen wollen geeichtete junge Damen bis spätestens 1. März d. J. hierher einreichen.  
 Lindenthal-Leipzig, 15. 2. 1928  
**Der Gemeinderat.**

**Fahrrad-Handlung**  
**Arthur Ittmann**  
 L. - Möckern  
 Kirschbergstr. 14 (Laden)  
**Markenräder** 10 bis 15 Mark Anzahlung - wöchentlich 2 bis 5 Mk. Abzahlung  
 Kein Preisausschlag  
 Eigene Reparaturwerkstatt

**Gutschein!**  
**Mk. 10.-**  
 als Anzahlung des Rades

**Verleih**  
 von Gesellschaftsanzügen  
**Baumgärtel**  
 Königsplatz 8.

**"Dicke Gärtner"**  
 10 Stück 1.50  
 100 " 14.50  
 Zigarren-Gärtner  
 Reichsstr. 16

**Wild-Geflügel**  
**Otto Schirke Parth**  
 Ecke Stötteritzer Str. - Mühlstraße  
 Diese Woche die altbekanntesten prima  
**Hasen**  
 extra stark  
**5.75**  
 mit